

Protokoll 11/2025

Grosser Gemeinderat von Zug

**Sitzung vom Dienstag, 16. September 2025, 17:00 – 20:55 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug**

Vorsitz: Ratspräsident Ivano De Gobbi

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsident Ivano De Gobbi eröffnet die 11. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder **Esther Ambühl Tarnowski**, **Christoph Iten**, **Richard Rüegg** und **Werner Hauser**; die übrigen 36 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Albina Fässler (18:00 Uhr), **Patrick Steinle** (19:20 Uhr) und **Daniel Blank** (20:15 Uhr) haben die Sitzung vorzeitig verlassen.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Traktandenliste

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 10/2025

- 1.1 10/2025 – GGR-Protokoll vom 19. August 2025

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

Keine Vereidigung

3 Kommissionsbestellungen

Keine Kommissionsbestellung

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

- 4.1 Kleine Anfrage der SP-Fraktion vom 14. August 2025 betreffend Wo bleibt der 2-Jahresbericht zur 2000-Wohnungsinitiative der SP?
- 4.2 Motion der SP-Fraktion vom 14. August 2025 betreffend Erstellung eines Hitzemassnahmenplans für die Stadt Zug in Anlehnung an das Modell Basel
- 4.3 Interpellation der GLP-Fraktion vom 20. August 2025 betreffend «Zukunftsfähige Schulbauten: Tut die Stadt genug, um Kinder und Lehrpersonen vor der zunehmenden Hitzebelastung zu schützen?»
- 4.4 Interpellation P. Steinle, ALG, und Mitunterzeichner vom 22. August 2025 betreffend Umbau der Bushaltstelle Oberwiler Kirchweg
- 4.5 Interpellation P. Steinle, ALG, und Mitunterzeichner vom 22. August 2025 betreffend Sanierung Zugebergstrasse
- 4.6 Motion S. W. Huber, GLP, und Mitunterzeichner vom 1. September 2025 betreffend Zukunft der KEB - Für nachhaltige Finanzen, eine klare Strategie und Transparenz
- 4.7 Einzelinitiative Monika Mathers-Schregenberger vom 2. September 2025 betreffend «Die Stadt Zug kauft die Liegenschaft 1388, Artherstrasse 6 in Zug und macht den Park der Öffentlichkeit zugänglich. Damit verdoppelt sie den öffentlich zugänglichen Seeanstoss im Gebiet Casino/Seeliken»
- 4.8 Motion der FDP-Fraktion vom 10. September 2025 betreffend Erarbeitung einer Immobilienstrategie der Stadt Zug

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

- 5.1 Motion der SP-Fraktion vom 14. August 2025 betreffend Erstellung eines Hitzemassnahmenplans für die Stadt Zug in Anlehnung an das Modell Basel
- 5.2 Motion St. W. Huber, GLP, und Mitunterzeichner vom 1. September 2025 betreffend Zukunft der KEB - Für nachhaltige Finanzen, eine klare Strategie und Transparenz

- 5.3 Einzelinitiative Monika Mathers-Schregenberger vom 2. September 2025 betreffend «Die Stadt Zug kauft die Liegenschaft 1388, Artherstrasse 6 in Zug und macht den Park der Öffentlichkeit zugänglich. Damit verdoppelt sie den öffentlich zugänglichen Seeanstoss im Gebiet Casino/Seeliken»

6 Politische Sachgeschäfte

- 6.1 2949 SR – Finanzpolitik: Finanzstrategie 2026 bis 2032 der Stadt Zug

- 6.1.1 2949.1 GPK – Finanzpolitik: Finanzstrategie 2026 bis 2032 der Stadt Zug

- 6.2 2954 SR – Rechtsdienst: § 25a GO Stadtrat, Ergebnisse der Berichterstattung über die Aktualität des städtischen Rechts, Bericht des Stadtrates gemäss § 46 Abs. 2 GSO

7 Nicht behandelte Geschäfte der letzten Sitzung

Keine Geschäfte

8 Parlamentarische Vorstösse

- 8.1 2957 SR – Motion der Fraktion ALG-CSP vom 18. September 2024 betreffend «Sanfte Landung» - Ausstieg aus der Tiefsteuerspirale vor dem Nullpunkt, Zug soll kein zweites Monaco werden!

- 8.2 2958 SR - Postulat (Motion) der FDP-Fraktion vom 1. Dezember 2023 betreffend «Stadtweites Konzept zu Tempo 30er Zonen»

9 Mitteilungen

1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 10/2025

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste ist somit stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und das Protokoll Nr. 10/2025 zur Sitzung vom 19. August 2025 demnach stillschweigend genehmigt ist.

2 Vereidigung der Ratsmitglieder

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass an der heutigen Sitzung keine Vereidigung von Ratsmitgliedern stattfindet.

3 Kommissionsbestellungen

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass an der heutigen Sitzung keine Kommissionsbestellung erfolgt.

4 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

4.1 Kleine Anfrage der SP-Fraktion vom 14. August 2025 betreffend Wo bleibt der 2-Jahresbericht zur 2000-Wohnungsinitiative der SP?

Am 18. Juni 2023 wurde die 2000-Wohnungsinitiative der SP von der Stadt Zuger Bevölkerung angenommen. Die Initiative verlangt u.a. alle zwei Jahre einen Zwischenbericht:

6. Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat alle 2 Jahre einen Bericht über die erreichten Ziele der Initiative und die diesbezüglichen Aktivitäten.

Die ersten zwei Jahre seit der Annahme sind seit dem Juni 2025 vorbei, ein Bericht wurde uns aber noch nicht vorgelegt. Deshalb wollen wir vom Stadtrat wissen:

- Ist der Bericht bereits in Arbeit?
- Wenn ja: Wann können wir damit rechnen?
- Wenn nein: Warum wurde das noch nicht gemacht?

Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung unserer Fragen.

Ergebnis

Gemäss § 44 der Geschäftsordnung beantwortet der Stadtrat die Anfrage schriftlich innert 30 Tagen.

4.2 Motion der SP-Fraktion vom 14. August 2025 betreffend Erstellung eines Hitzemassnahmenplans für die Stadt Zug in Anlehnung an das Modell Basel

Der Stadtrat wird beauftragt, einen umfassenden Hitzemassnahmenplan für die Stadt Zug zu erarbeiten und umzusetzen.

Begründung

Der Klimawandel führt auch in der Schweiz zu steigenden Durchschnitts- und Extremtemperaturen. Prognosen des Bundesamts für Meteorologie und Klimatologie zeigen, dass Hitzetage und Tropennächte in den kommenden Jahrzehnten deutlich zunehmen werden. Diese Entwicklung betrifft insbesondere städtische Gebiete in tiefen Lagen wie Zug, wo der städtische Wärmeinseleffekt die Belastung zusätzlich verstärkt. Extreme Hitze gefährdet die Gesundheit der Bevölkerung, beeinträchtigt die Lebensqualität und führt nachweislich zu erhöhter Morbidität und Mortalität – vor allem bei vulnerablen Gruppen wie älteren Menschen, Kleinkindern, Schwangeren, chronisch Kranken oder sozial benachteiligten Personen. Auch für gesunde Menschen kann Hitze die Leistungsfähigkeit mindern und gesundheitliche Risiken bergen.

Der Kanton Basel-Stadt hat im Juni 2025 einen Hitzemassnahmenplan veröffentlicht, der seit mehreren Jahren intern erprobt wurde. Er hat zum Ziel:

- Steigerung der Kompetenz im Umgang mit Hitze und des individuellen Wohlbefindens
- Senkung des Gesundheitsrisikos
- Verringerung der Morbiditäts- und Mortalitätsrate

Um diese Ziele zu erreichen, umfasst der Hitzemassnahmenplan drei zentrale Handlungsbereiche:

1. Vorbereitung vor dem Sommer – Informationskampagnen, gezielte Ansprache von Risikogruppen, Kooperation mit Gesundheitsinstitutionen.
2. Schutz während des Sommers – Betrieb einer Hitze-Hotline, laufende Sensibilisierung, Hinweise auf Abkühlungsmöglichkeiten.
3. Spezielle Massnahmen bei akuten Hitzewellen – Medien- und Radiokampagnen, direkte Kontaktaufnahme mit vulnerablen Gruppen, koordinierte Warnungen in Zusammenarbeit mit MeteoSchweiz.

Diese praxisorientierte Vorgehensweise hat sich als wirksam erwiesen, um hitzebedingte Gesundheitsfolgen zu minimieren.

Der Stadtrat wird daher beauftragt:

- Einen Hitzemassnahmenplan zu erarbeiten, der sich inhaltlich und organisatorisch am Modell von Basel orientiert.
- Die Bevölkerung, insbesondere gefährdete Gruppen, proaktiv zu informieren und zu unterstützen.
- Ein Frühwarn- und Handlungssystem in Zusammenarbeit mit MeteoSchweiz und kantonalen Behörden einzuführen.
- Den Plan regelmässig zu evaluieren und an neue klimatische, wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen anzupassen.

Ergebnis

Die Motion ist an der heutigen Ratssitzung unter Traktandum 5.1 zur Überweisung traktandiert.

4.3 Interpellation der GLP-Fraktion vom 20. August 2025 betreffend «Zukunftsfähige Schulbauten: Tut die Stadt genug, um Kinder und Lehrpersonen vor der zunehmenden Hitzebelastung zu schützen?»

Hitzewellen und höhere Sommertemperaturen sind auch in Zug Realität. Studien belegen, dass bereits ab rund 26 °C Raumtemperatur die kognitive Leistungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen spürbar abnimmt. Bei noch höheren Temperaturen steigen Fehlzeiten sowie Unfall- und Gesundheitsrisiken. Eine US-Langzeitstudie zeigt, dass pro zusätzlichem Grad Fahrenheit in der durchschnittlichen Jahrestemperatur etwa 1 % eines Schuljahrs Lernfortschritt verloren geht - ein Effekt, der sich über die Schulzeit kumuliert. Besonders betroffen sind jüngere Kinder sowie Schülerinnen und Schüler mit Vorerkrankungen oder Konzentrationsschwierigkeiten. Auch der Kanton Zug hält in seiner Klimastrategie fest, dass häufigere Hitzeperioden Gesundheit, Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit zunehmend beeinträchtigen.

Vor diesem Hintergrund ist ein der Norm entsprechendes Raumklima keine Komfortfrage, sondern Voraussetzung für Bildungsqualität und Gesundheit. Eidgenössische Normen und Empfehlungen setzen klare Leitplanken: Das Seco empfiehlt für geistige, sitzende Tätigkeiten 21-23 °C im Winter und 23-26 °C im Sommer. 26 °C gilt bei grosser Hitze draussen als obere Grenze. Ab 28 °C werden Tätigkeiten für Schwangere als gesundheitsgefährdend eingestuft. Die SIA-Norm 382/1 definiert zulässige Innentemperaturbereiche, die SIA-Norm 180 fordert einen ausreichenden sommerlichen Wärmeschutz und begrenzt die Stunden, in denen eine definierte Temperatur (z. B. 26 °C) überschritten werden darf. Beim Minergie-Standard liegt die zulässige Überschreitung typischerweise bei rund 100 Stunden pro Jahr (> 26,5 °C), während frühere Standards für konventionelle Bauten sogar bis zu 400 Stunden zulassen. Viele der heute genutzten Schulhäuser wurden nach diesen früheren Vorgaben geplant und errichtet, die den heutigen klimatischen Anforderungen jedoch nicht mehr genügen.

Seit Juli 2025 betreibt die Stadt Zug Thermal-Mapping. Dabei misst ein Netz von rund 300 Temperatursensoren, wo und wann sich das Stadtgebiet aufheizt. Besonders die Schulareale mit grossen Pausenhöfen fallen dabei als Hitze-Hotspots auf. So wurden am 30. Juni 2025 auf dem Schulareal Loreto Aussenwerte nahe 40 °C registriert. Diese Befunde legen nahe, dass auch Innenräume an Hitzetagen stark belastet sind, insbesondere in älteren Schulhäusern, die noch ohne systematische Klimaanpassung geplant wurden. Technisch stehen bereits wirksame, energieeffiziente Lösungen bereit. Beim Erweiterungsbau der Schulanlage Herti ist beispielsweise eine „sanfte Kühlung“ über die Fussbodenheizung mittels reversibler Wärmepumpe vorgesehen. Mangels Erdsonden oder Grundwasser erfolgt die Kühlung aktiv, die Abwärme kann im Sommer zum Erwärmen des Badewassers genutzt werden. Auch der Minergie-Standard erlaubt bei Bedarf aktive Kühlung, sofern der Mehrverbrauch kompensiert wird - etwa durch höhere Effizienz im Winter oder grössere Photovoltaik-Anlagen. PV und Kühlung ergänzen sich dabei ideal: Denn zu Zeiten, in welchen der Kühlbedarf am höchsten ist, steht immer auch am meisten Solarstrom zur Verfügung. Mit einer intelligenten Regelung (Vorkühlung während Sonnenstunden, Lastverschiebung) und der Speicherkapazität der Gebäudemasse lassen sich so überhitzte Unterrichtsräume vermeiden, der Eigenverbrauch erhöhen, das Verteilnetz entlasten und mögliche Abregelungen reduzieren.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Werden in städtischen Schulgebäuden die massgebenden Vorgaben für das Innenraumklima (z. B. SIA-Normen, Seco-Empfehlungen) eingehalten? Welche Messungen liegen für Sommerhitze vor, in welchen Schulhäusern wurden Überschreitungen der Richtwerte (ca. 26 °C) festgestellt und welche Gegenmassnahmen wurden ergriffen?
2. Inwiefern wurden die zunehmenden Hitzetage und höheren Sommertemperaturen in den letzten Jahren bei Planung, Bau und Sanierungen berücksichtigt? Bitte an jüngeren Projekten und Renovationen konkretisieren.
3. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass künftige Neubauten und grössere Sanierungen mit Blick auf die erwartete Klimaentwicklung ausreichend gegen sommerliche Überhitzung geschützt sind? Werden aktuelle Klimaszenarien und verschärfte Baustandards systematisch einbezogen?
4. Sieht der Stadtrat bei bestehenden Schulhäusern Handlungsbedarf? Welche zusätzlichen Massnahmen werden geprüft (z. B. aussenliegender Sonnenschutz, Fassaden- und Hofbegrünung, optimierte natürliche und mechanische Lüftung, Einsatz aktiver Kühlung)?
5. Wie hoch ist heute der Eigenverbrauchsanteil des auf Schulbauten erzeugten PV-Stroms? In welchem Umfang mussten 2023-2025 Einspeisungen auf Schularealen abgeregelt werden (Stunden/Anteil), und welche Lastverschiebungsmassnahmen sind bereits umgesetzt oder in Planung?
6. Prüft die Stadt bei Neu und Gesamtsanierungen standardmässig Kombinationen aus PV, reversibler Wärmepumpe/„sanfter Kühlung“, intelligenter Regelung sowie thermischen oder elektrischen Speichern? Nach welchen Kriterien und mit welchen Zielwerten werden dazu Entscheide gefällt?
7. Besteht die Absicht, auf grösseren Schulanlagen Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch einzurichten, um PV-Strom gebäudeübergreifend für Kühlung und Grundlasten zu nutzen?
8. Angesichts wiederkehrender Hitzesommer und ihrer Auswirkungen auf Unterricht und Gesundheit erachtet die GLP-Fraktion das Thema als dringlich. Zug soll frühzeitig für ein gesundes Raumklima sorgen, damit unsere Kinder und Lehrpersonen auch künftig unter gesunden Bedingungen lernen und lehren können. Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung dieser Interpellation.

Quellen:

- Seco Wegleitung ArGV3 Art. 16: Raumklima, Temperaturen am Arbeitsplatz
- Klimastrategie Kanton Zug (2022), Planungsbericht Energie und Klima: Auswirkungen von Hitze auf Gesundheit und Leistungsfähigkeit
- VBE BW (2025): Hitze in Klassenzimmern, wachsende Belastung, wissenschaftliche Erkenntnisse zur Auswirkung hoher Temperaturen auf die Schulleistung
- Harvard Kennedy School (2018): Studie zu Hitzeexposition und Lernerfolg (Goodman et al.)
- Stadt Zug (2025): Thermal Mapping Pressemitteilung, Hotspots im Stadtgebiet (Schulareale)
- Projektunterlagen Schulanlage Herti, Zug (2022): Klimakonzept mit sanfter Kühlung via Fussbodenheizung (Wärmepumpe)
- Aargauer Zeitung (09.07.2019): «Klimaanlagen auch bei Minergie-Bauten erlaubt», Aussagen Minergie-Geschäftsführer zu Überhitzung und Kühloptionen in Schulhäuser
- Kanton Zug Klimaanalyse (2025): Thermal-Mapping Daten und städtische Klimaanpassungsmassnahmen

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

4.4 Interpellation P. Steinle, ALG, und Mitunterzeichner vom 22. August 2025 betreffend Umbau der Bushaltstelle Oberwiler Kirchweg

Gemäss Referat des Stadtgenieurs an der letzten GV der Nachbarschaft St. Michael plant das Baudepartement im Rahmen der Sanierung der Zugerbergstrasse die Aufhebung der Fahrbahn-Haltestelle Oberwiler Kirchweg (Umbau zu einer Busbucht).

Dies wäre eine fundamentale Kehrtwende, die Busbuchten wurden dort erst 2008 entfernt, was von der Nachbarschaft, den Schulleitungen Kirchmatt und Heilpädagogische Schule (HPS), der Elternvereinigung HPS sowie den ZVB gewünscht und etwa von der HPS als «grossen Sicherheitsgewinn» für ihre vulnerablen Schülerinnen und Schüler begrüsst wurde.

Der Stadtrat selbst begründete die Aufhebung damals, sie sei gemäss einem unabhängigen Bericht für Quartiersammelstrassen normgerecht und erhöhe die Sicherheit für Fussgänger (Bericht vom 23. Juni 2009 zum Postulat Manuel Brandenburg, Geschäft Nr. 2037).

Nicht zuletzt gaben Geschwindigkeitsmessungen den Ausschlag: Vor Einführung der Fahrbahn-Haltestellen wurden Maximalgeschwindigkeiten von 103 (bergwärts) respektive sogar 112 km/h (talwärts) gemessen.

Noch 2024 meinte der Stadtrat: «Auch bei den weiteren Bushaltestellen in der Stadt Zug ist das Potenzial zur Umgestaltung zu Busbuchten nicht vorhanden.» (Interpellationsantwort Nr. 2900).

Die Planung einer Busbucht, die den motorisierten Individualverkehr bevorzugt und den Bus separiert, widerspricht den behördenverbindlichen strategischen Leitsätzen zur «Flächen-effizienten Mobilität» und dem «Prinzip der Koexistenz» im Mischverkehr.

(Kommunaler Richtplan 2025, S. 9: «Zug gestaltet das städtische Mobilitätsnetz nach dem Prinzip der Koexistenz [...]» und S. 33, Massnahme M1.1: «Das kommunale Strassennetz wird [...] nach dem Prinzip der Koexistenz gestaltet [...]».)

Zudem sind Busbuchten auch weniger optimal bezüglich Hindernisfreiheit und die verkehrsberuhigende Wirkung der Fahrbahn-Haltestelle würde aufgehoben. Auch hier geben die verbindlichen Handlungsanweisungen des Richtplans die Richtung vor: Seite 40, Handlungsanweisung M4: «Die Haltestellen des öffentlichen Verkehrs sind hindernisfrei gestaltet [...]» und Seite 42, Handlungsanweisung M5: «Insbesondere auf Schulwegen entspricht die Weginfrastruktur den sehr hohen Sicherheitsanforderungen für Kinder.»

Vorliegend würde für Busbuchten kürzlich gekauftes Zurlaubenhof-Land beansprucht. Abgesehen von den reinen Baukosten würden die Nachteile einer solchen Haltestelle somit unverhältnismässig teuer erkaufft.

Die Inanspruchnahme von Land des Zurlaubenhofs für Verkehrsinfrastruktur steht zusätzlich im Konflikt mit den Zielen des Kommunalen Richtplans für dieses Areal.

(S. 13, Massnahme L1.03 Areal Zurlaubenhof: «Verbesserung Zugänglichkeit für öffentliche Nutzungen, Umsetzung des Pflege- und Entwicklungskonzeptes, Erhöhung Biodiversität».)

In diesem Zusammenhang stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen mit der Bitte um schriftliche Beantwortung:

Fragen:

1. Stimmt es, dass die Haltestelle Oberwiler Kirchweg wieder mit Busbuchten ausgestattet werden soll? Ist das (nur) ein Projekt des Baudepartements oder ein Beschluss des Stadtrats?
2. Falls letzteres: was erhofft sich der Stadtrat davon und wie ist dieses Vorhaben mit dem «Prinzip der Koexistenz» (M1.1) und dem Leitsatz der «optimierten Führung der Buslinien» (Kommunaler Richtplan 2025, S. 9 & 33) vereinbar?
3. Was hat zum Meinungsumschwung gegenüber der Interpellationsantwort Nr. 2900 geführt? Insbesondere: Weshalb erachtet der Stadtrat seine eigenen Argumente von 2009 (Sicherheit der Fussgänger, Normgerechtigkeit; vgl. GGR-Vorlage 2037, S. 2), die durch das Gutachten ARP bestätigt wurden, heute nicht mehr als gültig? Wie wird die Sicherheit angesichts der 2009 gemessenen Höchstgeschwindigkeiten von bis zu 112 km/h gewährleistet?
4. Das Gutachten ARP 2009 (S. 7) stützte sich auf Forschung, wonach Fahrbahn-Halte-stellen bei < 600 Fahrzeugen/h empfohlen werden; gemessen wurden damals 250 Fz/h (S. 8). Wie hoch ist das aktuelle Verkehrsaufkommen (Spitzenstunde), und wie rechtfertigt der Stadtrat die Abkehr von dieser fachlichen Empfehlung und den damals gültigen Normen (VSS SN 640 880)?
5. Befürwortet der Stadtrat eine fakten- und vernunftbasierte Verkehrspolitik?
6. Wie viele Quadratmeter Kultur- resp. Bauland des Zurlaubenhofs würden durch Busbuchten, welche wegen der hindernisfreien Ausgestaltung sehr lang sein müssten, dauerhaft versiegelt und vernichtet?
7. Werden durch eine circa 40 Meter lange Busbucht mögliche Erschliessungsmöglichkeiten für eine spätere Überbauung der Zurlaubenhof-Parzelle negativ präjudiziert? Wurden diesbezügliche Optionen geprüft?
8. Was kostet das Projekt unter Einsetzen eines realistischen Preises für das benötigte Land? Wie hoch sind die Kosten bei einer Vollkostenrechnung (Baukosten, Land, allenfalls Abschreibung Restwert Fahrbahn-Haltestelle)?
9. Ist beim Kauf des Zurlaubenhofs die Möglichkeit der Landnutzung für eine Busbucht je explizit in Betracht gezogen worden? Wenn ja, warum wurde dies der Stimmbevölkerung nicht dargelegt? Ist der landschaftliche Eingriff für den Stadtrat unerheblich und mit den Zielen der Massnahme L1.03 (Pflege- und Entwicklungskonzept, Biodiversität; vgl. Kommunaler Richtplan 2025, S. 13) vereinbar?
10. Gab es nicht andere Ideen, was auf dem Gelände des Zurlaubenhofs gebaut/gemacht werden könnte? Wie oft kam der Vorschlag «Busbucht» bei der derzeit noch laufenden Umfrage zur Zukunft des Zurlaubenhofs (Mitwirkung mit dem Ziel, das historische Erbe zu bewahren und öffentlich erlebbar zu machen)?
11. Wurden die ZVB, die Nachbarschaft und die dort verorteten Schulen zur Stellungnahme eingeladen?

12. Wie beurteilen die ZVB die Auswirkungen auf die Fahrplanstabilität – auch im Lichte ihrer damaligen Aussage, dass Fahrbahn-Haltestellen den Vorteil hätten, dass keine Wartezeit beim Einspuren entstehe (ARP Gutachten 2009, S. 15)?
13. Wie beurteilen die Schulen (insb. HPS) die Auswirkungen auf die Schulwegsicherheit (Kommunaler Richtplan 2025, M5), angesichts der sehr positiven Beurteilung der Fahrbahn-Haltestelle durch die HPS im Jahr 2009 (ARP Gutachten 2009, S. 14)?
14. Wie stellt der Stadtrat sicher, dass der autonome, niveaugleiche Zugang gemäss Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) gewährleistet wird, obwohl Busbuchten das korrekte, parallele Anfahren der Haltekante technisch erschweren?"
15. Wiegt der minimale Zeitgewinn (< 20 Sek.) für wenige Automobilisten die Zeitverluste und Komforteinbusse für ÖV-Nutzende, die erschwerte Umsetzung der Hindernis-freiheit, den Verlust der verkehrsberuhigenden Wirkung, den Landverschleiss und die Projektierungs- und Baukosten auf? Hat der Stadtrat eine entsprechende Kosten-/ Nutzenrechnung gemacht oder machen lassen?

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

4.5 Interpellation P. Steinle, ALG, und Mitunterzeichner vom 22. August 2025 betreffend Sanierung Zugebergstrasse

Pünktlich zu Beginn der Sommerferien (10.7.2025) veröffentlichte das Baudepartement ein Baugesuch zur Sanierung der unteren Zugerbergstrasse (Abschnitt Arther- bis Kirchmattstrasse).

Das Projekt weicht wesentlich vom Stadtratsbeschluss Nr. 323.23 vom 6. Juni 2023 ab. Mit dieser, von der kantonalen Sicherheitsdirektion bereits genehmigten Verkehrsanordnung mit Tempo 30 und einem lärmarmen Belag im ganzen Perimeter, wäre der Stadtrat der Lärmsanierungspflicht nachgekommen. Zudem hätte eine Fahrbahn-Haltestelle «Bibliothek» (talwärts) für mehr Platz für Zufussgehende sowie für eine bessere Fahrplanstabilität in den Morgenspitzen, mehr Komfort für ÖV-Nutzende und die bestmögliche Gewährleistung des barrierefreien Zugangs zum ÖV gesorgt.

Das Vorhaben wurde aus unklaren Gründen abgebrochen (Amtsblatt vom 23.11.2023). Jetzt legt das Baudepartement ein neues Projekt auf, das in mehreren Punkten stark vom ursprünglichen Beschluss abweicht.

Konsequenterweise haben 20 Anwohnende eine Einsprache eingereicht, in der sie eine weitgehende Umsetzung der früheren Pläne verlangen. Das neue Baugesuch wird abgelehnt, da es mit Tempo 50 zu wenig Lärmschutz bringt, die für den Langsamverkehr (kantonale Veloroute) wichtige Querung von der Hofstrasse zur St. Oswaldsgasse nicht verbessert und weil die sechs Linden vor der Bibliothek gefällt würden.

Gemäss Stadtraumkonzept 2050 hat die Planung des Strassenraums «integral mit Sicht auf alle Verkehrsteilnehmenden und im Siedlungskontext» zu erfolgen, um (angenehme) «Begegnungen und eine hohe Aufenthaltsqualität» zu ermöglichen. Die «Umgestaltung Strassenraum Grabenstrasse-Kirchmattstrasse» ist im behördenverbindlichen kommunalen Richtplan festgehalten. Kommunale Strassen sollen "flächenschonend dimensioniert, effizient betrieben und mit hoher Aufenthaltsqualität gestaltet" werden, und allfällige Ausbauten seien "zu minimieren". Die Umsetzung dieser Handlungsanweisungen (Stadtraumkonzept, Richtplan) ist im jetzt aufgelegten Projekt nicht zu erkennen.

Mit den Leitungssanierungen im Untergrund und der Busbucht vor der Bibliothek wären nachträgliche Korrekturen mühsam oder unmöglich, wie beispielsweise bei der sanierten Alpen-/Gotthardstrasse, wo nebst der unglücklichen Lösung für Fussgänger im Bereich Bahnhof/Musikschule auch das im Rahmen der erheblich erklärten Motion «Bike to school» (Astrid Estermann, 29.10.2007) gegebene Versprechen einer Veloführung im Gegenverkehr trotz 17 Metern Strassenbreite nicht eingelöst wurde.

Bevor auf einem neuen Strassenabschnitt wieder Fakten geschaffen werden, stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen und bitten um schriftliche Beantwortung:

Fragen zum generellen Vorgehen:

1. Weshalb wurde die vom Kanton bereits gutgeheissene und auch von den ZVB gewünschte Planung 2023 für Tempo 30 und eine Fahrbahn-Haltestelle talwärts abgebrochen? Gibt bzw. gab es in der Stadt Zug vergleichbare Fälle, in der ein Projekt ohne Durchführung des ordentlichen Verfahrens «abgebrochen» beziehungsweise «zurückgezogen» worden ist?
2. Gemäss welchen Kriterien wird entschieden, ob für Verkehrsplanung und Strassen-umbauten in der Stadt Zug erst das Ergebnis der kantonalen «Fokusstudie Mobilität» abgewartet wird oder nicht?
3. Wurde inzwischen eine Verkehrsmodellierung eingeführt, die gemäss der erheblich erklärten Motion «Gemeinsame Taten für eine verantwortungsvolle städtische Verkehrspolitik» (vom 6.1.2023) Voraussetzung für neue Verkehrsmassnahmen wäre, oder focht sich der Stadtrat um diesen Beschluss des GGR?
4. Wann ist mit der stadträtlichen Stellungnahme zur überwiesenen Motion der FDP vom 1.12.2023 betreffend «Stadtweites Konzept zu Tempo 30er Zonen» zu rechnen? Müsste deren Beratung im GGR nicht abgewartet werden, bevor auf einem weiteren Strassenabschnitt Fakten geschaffen werden, unabhängig davon, welches Temporegime eingeführt werden soll?
5. Würde es sich diesbezüglich nicht aufdrängen, Tempo 30 auf diesem Abschnitt provisorisch bereits jetzt als Versuch einzuführen, um den überfälligen Lärmschutz für die Anwohnenden während des Bewilligungsverfahrens zu gewährleisten, zumal bereits 2022 zwei vom Stadtrat beauftragte Gutachten (Basler & Hofmann, B. Sägger) die Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit von Tempo 30 aufgezeigt hatten?
Könnte damit nicht auch die zunehmende Belästigung durch übertriebene Beschleunigungsmanöver stark motorisierter Fahrzeuge massgeblich reduziert werden, was bei sanierungspflichtigen Strassen angezeigt ist (vgl. BGer IC_589/2014 vom 3. Februar 2016, «Grabenstrasse ZG II», E. 6.1 – 6.5)?
6. Kann der Stadtrat der Ansicht der Einsprechenden wie der Interpellanten folgen, dass an diesem städtebaulich sensiblen Ort am Rand der historischen Altstadt eine möglichst geringe Strassenbreite mit Niedriggeschwindigkeitsregime anzustreben ist, im Interesse der Siedlungsqualität, der Verkehrssicherheit, des Lärmschutzes, des Ortsbilds, der Vermeidung von Hitzeinseln dank zusätzlicher Grünflächen und Bäume, und dem Gewinnen von Freiflächen zum Verweilen, etwa im Umfeld der Bibliothek oder des Pulverturms?
Versteht er die Handlungsanweisungen des Stadtraumkonzepts und des kommunalen Richtplans (Massnahme M1 4.10) auch in diesem Sinne?
7. Gibt es nachvollziehbare Gründe, warum die Zugerbergstrasse deutlich breiter bleiben soll als die doppelt so stark befahrene Ägerstrasse?
8. In welcher Art und Weise wurde die Nachbarschaft, inklusive Institutionen wie die Bibliothek, schulergänzende Betreuung und Theater Casino in die Planung einbezogen, was war deren Haltung zum ursprünglichen und zum jetzigen Projekt?

Fragen zur Bushaltestelle Bibliothek (talwärts):

9. Weshalb wird auf die ursprünglich geplante Fahrbahn-Haltestelle verzichtet? Welche Vor- und Nachteile wurden bei der Abwägung miteinbezogen?
10. Wurden die ZVB und Behindertenorganisationen zur Vernehmlassung betreffend Belassen der heutigen Busbucht und BehiG-gerechte Anpassung mittels «Trottoirkissen» an einer Hanglage eingeladen? Was war deren Haltung?
11. Der Stadtrat begründete seinerzeit die Aufhebung der Busbucht Oberwiler Kirchweg damit, dies sei gemäss unabhängigem Bericht für Quartiersammelstrassen normgerecht und erhöhe die Sicherheit für Fussgänger und Fussgängerinnen (Bericht vom 23. Juni 2009 zum Postulat Manuel Brandenburg, Geschäft Nr. 2037).
Gilt dies für die Haltestelle Bibliothek talwärts nicht gleichermassen? Kommt hier nicht noch der Vorteil des Zeitgewinns für den ÖV hinzu, wenn der Bus kurz vor dem Einbiegen in die Grabenstrasse zum «Pulkführer» wird?
12. Ist dem Stadtrat der minime Zeitgewinn einzelner Automobilisten wichtiger als die Fahrplanstabilität des ÖV und der damit einhergehende massive Zeitverlust der Passagiere?
13. Kann sich der Stadtrat vorstellen, für die Bushaltestellen Bibliothek und Casino stadtbildverträgliche Unterstände zu schaffen?

Fragen zu Bäumen/Grünflächen:

14. Ist sich der Stadtrat der Bedeutung der sechs Linden an der Südfassade der Bibliothek für das Ortsbild und für die Beschattung der Bibliothek (und mehrerer Arbeitsplätze) sowie für den Sonnen- und Regenschutz der ÖV-Nutzenden bewusst?
15. Sieht er die vorgesehene zusammengestauchte Ersatzpflanzung, die nur einen Teil der Fassade abdeckt, als gleichwertig an?
16. Wäre der Erhalt der alten Linden, das Pflanzen zusätzlicher Bäume und generell eine Vergrösserung der Grünflächen an dieser Lage (gemäss kommunalem Richtplan am Rand der «klimaverträglichen Stadtentwicklung») nicht angezeigt?
17. Erscheint das Fällen der Linden vor dem Hintergrund des laufenden "Thermal-Mappings", bei dem der Stadtrat die gewonnenen Erkenntnisse als fundierte Grundlage für gezielte Klimaanpassungsmassnahmen wie die Standortwahl von Bäumen oder die Planung neuer Grünräume nutzen möchte, nicht als voreilig?

Detailfragen zum Projekt:

18. Welche Resultate der Umfrage Schulwegsicherheit wurden im Projekt umgesetzt und welche wurden nicht berücksichtigt? Warum? Sind die entsprechenden GIS-Einträge für städtische Planungen behördenverbindlich?
19. Wurde ein Road Safety Audit (RSA) für das vorliegende Projekt erstellt?
20. Weshalb wird im Technischen Bericht WPS und im Erläuterungsbericht des TBA des im Juli 2025 aufgelegten Projekts behauptet, die «Umweltauflagen» würden mit dieser Sanierung eingehalten, während doch gemäss Gutachten Sägesser (2022) auch mit Tempo 30 und durchgehend lärmarmem Belag SDA4 noch immer eine Liegenschaft (Zugerbergstrasse 2) über dem sanierungspflichtigen Immissionsgrenzwert der eidg. Lärmschutzverordnung liegen würde und nach einer sogenannten «Erleichterung von der Sanierungspflicht» verlangt?
21. Weshalb soll gerade auf dem am stärksten lärmbelasteten unteren Abschnitt von der Artherstrasse bis oberhalb der Bushaltestelle «Bibliothek» mit den meisten Anwohnerinnen und Anwohnern kein SDA4-Belag eingebaut werden?

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

4.6 Motion S. W. Huber, GLP, und Mitunterzeichner vom 1. September 2025 betreffend Zukunft der KEB - Für nachhaltige Finanzen, eine klare Strategie und Transparenz

Die Kunsteisbahn Zug AG (KEB) ist für das gesellschaftliche und sportliche Leben in Zug von zentraler Bedeutung. Sie sichert den Eissport für Schulen, die Öffentlichkeit, zahlreiche Vereine und den Profisportbetrieb der EVZ-Gruppe (EVZ Holding AG und deren Tochtergesellschaften). Dennoch reiht sich Notkredit an Notkredit: Am 1. September 2025 gab der Stadtrat bekannt, der KEB erneut einen à-fonds-perdu-Beitrag von CHF 200'000 gestützt auf §29 des kantonalen Finanzhaushaltsgesetz zu gewähren, um einen akuten Liquiditätsengpass zu überbrücken. Dies, nachdem bereits im Dezember 2022 eine städtische Nothilfe nötig war. Der wiederholte Rückgriff auf dieses Ausnahmeinstrument ist Symptom einer strukturellen Schieflage. Wiederkehrende Notkredite ersetzen kein tragfähiges Geschäftsmodell. Sie verlagern Risiken in den Stadthaushalt, umgehen den ordentlichen Budgetprozess und verwischen die Verantwortlichkeiten zwischen Stadt, KEB und der EVZ-Gruppe. Die Ursache liegt im heutigen problematischen Dreiecksverhältnis: die Stadt als Eigentümerin und Mehrheitsaktionärin, die KEB als Betreiberin und die EVZ-Gruppe als Hauptnutzerin.

Diese Konstruktion verschleiert Kosten, vermischt Verantwortlichkeiten und begünstigt intransparente Subventionen sowie Interessenkonflikte, was eine professionelle Steuerung verhindert. Infolge dieser unklaren Verhältnisse fehlen bis heute wesentliche Grundlagen für eine saubere Führung: eine klare Eigentümerstrategie, moderne Steuerungsinstrumente und eine aktuelle Leistungsvereinbarung. Vorstösse des Parlaments, diese Defizite zu beheben - wie die vor einem halben Jahrzehnt überwiesene parteiübergreifende Motion zur «Kostenmiete für städtische Liegenschaften» von 2020 - wurden bisher nicht umgesetzt. Obwohl der Stadtrat eine Überprüfung angekündigt hat, liegen die Grundsatzentscheide über die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Leitplanken beim Grossen Gemeinderat. Nach Jahren der Verzögerung soll diese Motion den überfälligen Entscheid herbeiführen, die bislang faktisch nicht gewährleistete parlamentarische Steuerung sicherstellen und die Basis für eine nachhaltige, transparente und finanziell solide Lösung schaffen.

Antrag

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine Beschlussvorlage zu unterbreiten, die drei vollständig ausgearbeitete und beschlussfähige Varianten für die zukünftige Organisation der KEB enthält. Diese sollen unterschiedliche Lösungsansätze aufzeigen und die Bandbreite möglicher Organisationsformen abdecken. Dazu ist im Sinne eines «Best Practice»-Vergleichs aufzuzeigen, wie andere Städte mit Eissportanlagen und professionellen Eishockeyclubs den Betrieb regeln.

Mögliche Varianten sind beispielsweise:

- a) Eine Weiterführung als Aktiengesellschaft mit Kostenmiete nach HRM2 und Anlagenrechnung, modernisierter Public Corporate Governance, klarer Eigentümerstrategie und verbindlicher Leistungsvereinbarung.
- b) Eine Überführung in eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft bis hin zu einer vollständigen Integration in die Stadtverwaltung
- c) Ein Konzessions- oder Leistungsauftragsmodell, in dem der Betrieb nach städtischen Vorgaben an einen Dritten vergeben wird.

Im Sinne einheitlicher Standards gelten für alle Varianten die folgenden Anforderungen:

1. **Vollständige Entscheidungsgrundlagen:** Jede Variante enthält die für einen Grundsatzentscheid des Grossen Gemeinderats erforderlichen Unterlagen (Eckwerte der Organisationsform, rechtlicher Rahmen, Eigentümerstrategie, Entwurf einer Leistungsvereinbarung mit Kennzahlen und Controlling-Konzept, sowie eine mehrjährige Finanzplanung inkl. Investitions- und Folgekosten).
2. **Überprüfbare Transparenz und wirksame Steuerung:** Für jede Variante sind sämtliche Finanzflüsse zwischen Stadt, KEB, Unternehmen der EVZ-Gruppe und Dritten offenzulegen. Die städtische Steuerung ist durch eine klare Leistungsvereinbarung, eine definierte Eigentümerstrategie und ein wirksames Controlling gemäss den Grundsätzen moderner Public Corporate Governance sicherzustellen.
3. **Nachhaltige finanzielle und rechtliche Stabilität:** Die Vorlage hat für alle Varianten eine mehrjährige Finanzplanung (inkl. Investitionsbedarf und Folgekosten) sowie den Nachweis der rechtlichen und steuerlichen Konformität zu erbringen. Insbesondere ist die bundesrechtliche Zulässigkeit zu gewährleisten und steuerliche Nachteile (z. B. bei der Mehrwertsteuer) sind zu vermeiden.

Weiter wird festgehalten: Bis zur Beschlussfassung über die künftige Organisationsform sind keine langfristig verbindlichen Verpflichtungen einzugehen, welche den Handlungsspielraum des Grossen Gemeinderates einschränken. Der Stadtrat trägt dem Rechnung und wirkt in seiner Rolle als Hauptaktionär darauf hin, dass soweit rechtlich und betrieblich zulässig keine mehrjährigen Verträge abgeschlossen werden, welche den Handlungsspielraum des Grossen Gemeinderats einschränken.

Wir danken für die Unterstützung.

Ergebnis Motion

Die Motion ist an der heutigen Ratssitzung unter Traktandum 5.2 zur Überweisung traktandiert.

4.7 Einzelinitiative Monika Mathers-Schregenberg vom 2. September 2025 betreffend «Die Stadt Zug kauft die Liegenschaft 1388, Artherstrasse 6 in Zug und macht den Park der Öffentlichkeit zugänglich. Damit verdoppelt sie den öffentlich zugänglichen Seeanstoss im Gebiet Casino/Seeliken»

Begründung:

- Mit dem Verkauf der Liegenschaft Artherstrasse 6 bietet sich der Stadt Zug die einmalige Gelegenheit, das Gelände Casino/Seeliken mit einem kleinen Park mit Seeanstoss zu erweitern.
- Laut Grundbuch beträgt die Gartenanlage des 5514 m² grossen Grundstücks 4759 m². Das ist fast doppelt so viel wie der unbebaute Gartenanteil von Casino und Seeliken zusammen (2451 m²). Auch wenn diese denkmalgeschützte Anlage nicht als Teil der Badi Seeliken ausgebaut werden sollte, könnte man z.B. mit einem Uferweg und einem Steg zum Ein- und Ausstieg der Schwimmenden die Attraktivität der Badi erhöhen.
- Mit der Öffnung des Casino Areals zum Park der Liegenschaft Artherstrasse 6 würde die grosse Bau (Casino) «mehr Luft» bekommen und mit einem Park mit wunderbarem alten Baumbestand ergänzt. Dieser Park soll während des ganzen Jahres der Öffentlichkeit frei zugänglich sein.
- Die Villa an der Artherstrasse 6 wurde um 1850 vom Architekten Leonhard Zeugheer erbaut, demselben Architekten, der die Chamer Villetta geplant hatte. Sie steht unter Denkmalschutz. Über die Nutzung dieses Juwels könnte später- eventuell unter Mitwirkung der Bevölkerung entschieden werden.
- Die Stadt muss die Gelegenheit nutzen, diese 5514 m² grosse Liegenschaft für sich und ihre Bewohner zu erwerben, bevor sie für die nächsten Jahrzehnte hinter den Zäunen von super reichen, vielleicht nicht einmal in Zug ansässigen Personen, von der Bildfläche verschwindet.
- Ich bitte Sie, das Anliegen wohlwollend zu prüfen und den Zuger Stimmbürgern zur Abstimmung vorzulegen.

Oberwil, 29. August 2025

Ergebnis

Die Einzelinitiative ist an der heutigen Ratssitzung unter Traktandum 5.3 zur Überweisung traktandiert.

4.8 Motion der FDP-Fraktion vom 10. September 2025 betreffend Erarbeitung einer Immobilienstrategie der Stadt Zug

Die Stadt Zug hat in den vergangenen Jahren bedeutende Immobilienkäufe getätigt, etwa den Erwerb des Zurlaubenhofs 2022 oder des Grundstücks beim Theilerplatz 2024, beide im Umfang von rund 65 Millionen Franken. Aktuell steht mit der Liegenschaft an der Artherstrasse 16 ein weiteres Objekt für 50 Millionen Franken zur Diskussion. Auch kleinere Liegenschaften werden der Stadt immer wieder angeboten, über deren Erwerb jeweils entschieden werden muss.

Die heutige Immobilienstrategie stammt aus dem Jahr 2012. Sie konzentriert sich primär auf die Bewirtschaftung bestehender Liegenschaften, legt jedoch keine klaren Leitlinien für künftige Erwerbe fest. Entsprechende Entscheide werden bislang ad hoc getroffen. Bereits für 2021 wurde dem Grossen Gemeinderat eine Überarbeitung der Strategie in Aussicht gestellt (G2636_SR.pdf); bis heute ist diese jedoch nicht erfolgt.

Die FDP-Fraktion ist überzeugt: Unsere Stadt braucht eine zeitgemässe und griffige Immobilienstrategie, die festlegt, nach welchen Kriterien Zug Immobilien erwerben – oder eben nicht erwerben – soll. Solche Entscheide müssen zudem in Einklang mit einer vorausschauenden Finanzplanung stehen. Wie viele weitere Grossprojekte neben Zurlaubenhof und Theilerplatz kann und will sich die Stadt Zug leisten? Zu berücksichtigen sind dabei auch die langfristigen Folge- und Unterhaltskosten. Entscheide über Käufe dürfen nicht zufällig erfolgen, sondern müssen Teil einer verantwortungsvollen Politik sein. Ein weiterer zentraler Punkt ist die Frage, ob die Stadt erworbene Grundstücke und Liegenschaften selber entwickeln und bebauen will oder ob diese Aufgaben besser an Wohnbaugenossenschaften und andere geeignete Partner übertragen werden sollen. Das Beispiel Theilerplatz zeigt, dass hier eine strategische Klärung notwendig ist.

Eine klare Strategie schafft Transparenz, Orientierung und Verbindlichkeit. Sie stärkt das Vertrauen der Bevölkerung, schützt die finanzielle Stabilität und unterstützt eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Die FDP-Fraktion bittet den Stadtrat deshalb, eine neue Immobilienstrategie zu erarbeiten und dem Grossen Gemeinderat vorzulegen.

Ergebnis

Die Motion wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

5 Überweisung parlamentarischer Vorstösse

5.1 Motion der SP-Fraktion vom 14. August 2025 betreffend Erstellung eines Hitzemassnahmenplans für die Stadt Zug in Anlehnung an das Modell Basel

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass zur Überweisung das Wort verlangt wird.

André Bliggenstorfer

Wie den Motionären liegt auch der FDP-Fraktion die Gesundheit und das Wohlergehen der Zuger Bevölkerung am Herzen.

Aus folgenden Gründen sehen wir jedoch keinen Mehrwert in den geforderten Massnahmen und beantragen daher die Nichtüberweisung dieser Motion:

Die Bevölkerung wird bereits heute schweizweit und niederschwellig via MeteoSchweiz, Naturgefahrenportal und Alertswiss gewarnt. Zusätzlich gibt das BAG Verhaltensempfehlungen bei grosser Hitze heraus. Ein kommunales System würde nur Doppelspurigkeit und unnötigen Aufwand bringen.

Besonders gefährdete Menschen sind sensibilisiert und werden durch Organisationen betreut, die über etablierte Massnahmenpläne verfügen – hier kann man von Kitas oder auch von Pflegeheimen sprechen.

Wir setzen auf Eigenverantwortung und gesunden Menschenverstand und sind überzeugt, dass der Grossteil der Bevölkerung weiss, wie man sich bei grosser Hitze schützt. Andernfalls müssten wir konsequenterweise zum Beispiel auch Patrouillen organisieren, die bei Gewittern am Zugersee dafür sorgen, dass niemand beim Schwimmen vom Blitz getroffen wird – und so weit wollen wir nicht gehen.

Setzen wir also auf die bestehenden funktionierenden Systeme und verhindern wir unnötigen Aufwand für die städtische Verwaltung, indem wir diese Motion nicht überweisen.

Sollte der Rat gegen die Nichtüberweisung stimmen, stellen wir eventualiter den Antrag auf Umwandlung in ein Postulat.

Marcus Bühler

Mit dieser Motion will die SP erneut eine neue staatliche Massgabe durchsetzen. Was im Text harmlos daherkommt, ist alles andere als ungefährlich. Sagen wir es doch deutsch und deutlich: Hier wird ein erneuter Versuch lanciert, die Hitze politisch auszuschlachten.

Dies soll uns via Motion – Zitat aus der NZZ: «aus dem links-grünen Wunderland Basel-Stadt», also konkret aus der linksten Stadt der Schweiz, die ergo die strengsten Klimaziele, das progressivste Gleichstellungsgesetz und so weiter kennt – angepriesen werden.

In Zug wird aktuell mittels Bundessubventionen eine Thermal-Heat-Map erstellt. Die Resultate liegen noch nicht vor. Aber schon ist die SP mit diesem Vorstoss zugange.

Eigentlich ist der Inhalt eine Blaupause von Bekanntem. Wer genauer hinschaut, sieht: Was als tolle basilenische Hitzebekämpfungs-Propaganda daherkommt, ist alter Wein in neuen Schläuchen.

Konkret: Man findet fast genau das Gleiche auf der Webseite des BAG.

Es ist nicht an der Stadt Zug, ihren Einwohnern vorzuschreiben, wie sie sich verhalten sollen beziehungsweise, im Sinne der Linken, verhalten müssen. Es braucht hier keine städtischen Vorschriften.

Die SVP-Fraktion beantragt, weder diese Motion noch, falls dies vorgeschlagen würde, ein entsprechendes Postulat zu überweisen. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Jérôme Peter

Ich kriege auch fast Hitzewallungen bei solchen Aussagen wie vorher. Hier geht es nicht um eine politische Ausnutzung dieses Themas. Es ist leider so, die Hitze ist ein Problem, viele Menschen leiden darunter, besonders vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kleinkinder und chronisch Kranke sind besonders stark betroffen. Dies ist ein Fakt, dem können wir uns nicht verschliessen, auch wenn dies einige hier drin öfters tun.

Die Stadt hat eine Verantwortung gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern, sie so gut wie möglich vor diesen Belastungen zu schützen. Ein Hitzemassnahmenplan kann dabei eine wichtige Hilfe sein. Die Motion will nicht vorschreiben, welche Massnahmen es schlussendlich sein sollen, der Stadtrat soll ausarbeiten, welche Massnahmen sinnvoll erscheinen. Das Modell aus Basel-Stadt kann als gutes Vorbild dienen.

Wir bitten Sie, diese Motion zu überweisen, dass sich der Stadtrat dem wichtigen Thema annehmen kann, Massnahmen erarbeiten kann, die ergänzend zum jetzigen Angebot dienen können, dass wir unsere Bevölkerung möglichst gut schützen können. Denn das Thema Hitze wird uns leider in Zukunft immer mehr begleiten.

Nina Koller

Die Problematik zunehmender Hitzetage ist real und betrifft auch Zug. Aber ein eigener, vollumfänglicher Hitzemassnahmenplan nach Basler Vorbild macht für unsere Stadt wenig Sinn.

Erstens: Hitzeperioden betreffen ganze Regionen. Frühwarnungen, Wetterprognosen und gesundheitliche Empfehlungen laufen bereits über Bund, Kanton und MeteoSchweiz. Wenn wir als Stadt ein paralleles System aufbauen, kommt es zu Doppelspurigkeiten.

Zweitens: Basel-Stadt verfügt als Stadtkanton über ganz andere Strukturen und Ressourcen. Zug müsste für einen solchen Plan zusätzliche Kapazitäten schaffen, die in keinem Verhältnis zum Nutzen stünden.

Drittens: Viele Massnahmen – etwa die Koordination mit Spitälern oder Pflegeinstitutionen – funktionieren nur über kantonale und nationale Zusammenarbeit. Ein isolierter städtischer Plan hätte hier wenig Wirkung.

Und viertens: Verbindliche Vorgaben im Sinne einer Motion würden den Handlungsspielraum der Stadt unnötig einschränken. Sinnvoller ist es, bestehende kantonale Systeme zu nutzen und bei Bedarf mit lokalen Elementen zu ergänzen.

Darum plädiert die Fraktion der GLP wie folgt: Die Thematik ist wichtig, aber nicht im Rahmen unserer städtischen Politik, und daher lehnen wir die Motion somit ab.

Magdalena Carlen

Der Hitzemassnahmenplan von Basel ist ein Informations- und Hitzewarnsystem in drei Stufen. Er dient dabei besonders der Information und dem Schutz der vulnerablen Bevölkerung, den schwangeren Frauen, den Menschen, die im Freien arbeiten, den Kindern und sogar den Haustieren.

Mit dem Plan von Basel wird die Massnahmen-Toolbox des Bundes bei Hitzewellen sehr gut umgesetzt.

Auf verschiedenen Kanälen wird die Bevölkerung systematisch informiert und vorbereitet. Dies kann viel Leid und den Gang ins Spital verhindern. Somit können Kosten gespart werden, die unnötig sind. Hitzesommer bedeuten für viele vulnerable Menschen Isolation. Dafür ist im Massnahmenplan ein wichtiger Hinweis, dass die übrige Bevölkerung auf alleinstehende ältere Menschen achten soll und gegebenenfalls auch mal nachfragt. Auch für manch Tetraplegiker oder Paraplegikerin ist dies eine Zeit, in der sie sich kaum im Freien aufhalten können, da der Körper die Hitze nicht mehr richtig regulieren kann.

Der Fächer vom Hitzemassnahmenplan ist einfach zu lesen und sehr informativ. Für das Gesundheitswesen sind solche unterstützenden Massnahmen sehr hilfreich, da Hitze nicht nur viel trinken bedeutet. Durch die Sensibilisierung können die Menschen früher reagieren und dadurch braucht es die Intervention der Pflege gar nicht. Wie zum Beispiel bei Hautdefekten durch entstandene Ödeme oder Herzkreislaufschwächen, Verwirrtheit und so weiter.

Was wir dabei als sehr wichtig erachten, ist, dass es nicht beim Hitzemassnahmenplan aufhört, sondern an der Weiterentwicklung des Hitzeschutzes mit den verschiedensten Akteuren gearbeitet wird und nicht zuletzt die Ursachen der Klimaerwärmung weiter angegangen werden.

Die Fraktion ALG-CSP ist für die Überweisung der Motion.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf Nichtüberweisung vorliegt. Die Nichtüberweisung der Motion erfordert zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend. Die Zweidrittelmehrheit beträgt 24 Stimmen.

Abstimmung Nr. 1

- Für die Nichtüberweisung stimmen 22 Ratsmitglieder
- Für die Überweisung stimmen 11 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Nichtüberweisung abgelehnt hat.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat vorliegt (Eventualantrag der FDP-Fraktion). Die Umwandlung der Motion in ein Postulat erfordert zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend. Die Zweidrittelmehrheit beträgt 24 Stimmen.

Abstimmung Nr. 2

- Für die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 27 Ratsmitglieder
- Gegen die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 8 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 2

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat dem Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat zugestimmt hat.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Vorstoss als Postulat überwiesen hat.

5.2 Motion St. W. Huber, GLP, und Mitunterzeichner vom 1. September 2025 betreffend Zukunft der KEB - Für nachhaltige Finanzen, eine klare Strategie und Transparenz

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass zur Überweisung das Wort verlangt wird.

Philip C. Brunner

Ich möchte Namens der SVP-Fraktion einen Antrag stellen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Begründung: Sie rennen mit Ihrer Motion eigentlich bereits offene Türen ein. Es ist klar – und ich kann da mit einem gewissen Wissensvorsprung, auch aus der GPK, berichten –, der Stadtrat ist dran, er muss dieses Problem lösen. Und das Problem ist insofern akut, als ja der Umbau des Stadions bereits begonnen hat und auch sonst Veränderungen anstehen.

In diesem Sinne, Ihre Fragen sind berechtigt, aber ich denke, wir sollten da ein bisschen zurückhaltend sein und dem Stadtrat die Möglichkeit geben, uns mit einem Postulat die clevere Lösung zu bringen.

Es sind ja eigentlich drei Varianten, die bereits hier in der Motion anklingen. Das ist einerseits die Weiterführung der traditionellen Kunsteisbahn, welche ja auch teilweise im Privatbesitz ist, ungefähr zu etwas über 20 %. Das sind die damaligen Pioniere, die diese Kunsteisbahn eigentlich ermöglicht haben seinerzeit. Dann gibt es die Variante EVZ. Da ist beim EVZ ist sicher Interesse vorhanden, genau so wie an einem Baurecht über 35 Jahre ein Interesse vorhanden war. Und drittens eine Integration in die Stadtverwaltung.

Das sind die drei Varianten. Vielleicht gibt es weitere Mischformen, ich weiss es nicht, aber ich würde dem GGR doch jetzt beliebt machen, in dieser Sache den Stadtrat zu unterstützen und ihn nicht mit einer Motion eigentlich in eine bestimmte Ecke zu drängen. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung unseres Antrags.

Stefan W. Huber

Die Thematik der Kunsteisbahn begleitet uns schon sehr lange. Ich muss Ihnen die Problematik wahrscheinlich nicht mehr im Detail erklären, sie ist uns allen bestens bekannt – genauso wie die unbestrittene Notwendigkeit, hier für die Zukunft nicht nur die Finanzen zu sanieren, sondern auf dem Eis endlich für klare Verhältnisse zu sorgen.

Momentan laufen rund um die KEB diverse wichtige Prozesse parallel und weitgehend unkoordiniert: Da ist die GPK, die eine Analyse betreibt. Da ist die Umsetzung der Kostenmiete-Motion, die vor fünf Jahren hier im Gemeinderat überwiesen wurde. Dann gibt es vielleicht eine mögliche Potenzialanalyse der Kunsteisbahn. Dann gibt es die Umsetzung des Neubaus mit den damit zusammenhängenden Vertragsverhandlungen mit dem EVZ, wie das genau mit dem Grundstück gemanaged wird. Und bald wird uns der Stadtrat wahrscheinlich mit einer Leistungsvereinbarung zur Überbrückung für die nächsten zwei Jahre beglücken.

Angesichts dieser Vielzahl an Fäden, die aktuell frei in der Luft hängen, bietet unsere Motion die einmalige Gelegenheit, endlich Klarheit zu schaffen und ein sauberes, koordiniertes Vorgehen für die Zukunft zu planen, bei welchem der Grosse Gemeinderat nicht wie bisher auf der Strafbank sitzt, während die entscheidenden Pässe auf dem Feld gespielt werden.

Der zeitliche Ablauf ist dabei ideal: Die Übergangs-Leistungsvereinbarung sichert den Betrieb für die kommende Phase. In dieser Zeit, voraussichtlich in rund einem Jahr, erhalten wir die Antwort des Stadtrats auf unsere Motion. Das ist genau rechtzeitig. So können wir das Ergebnis in Ruhe beraten,

um dann ein Jahr später – pünktlich zur Perspektive des Neubaus und bereit für das nächste Drittel – die nötige Klarheit für die Zukunft geschaffen zu haben.

Das Kernanliegen der Motion bleibt dabei dasselbe: Es geht darum, einmalig eine echte, fundierte Wahlmöglichkeit für dieses Parlament zu schaffen. Wichtig ist dabei zu betonen: Unsere Motion stellt keine der vorgeschlagenen Varianten in den Vordergrund oder bevorzugt eine von diesen. Es geht einzig und allein darum, dass der Gemeinderat die Wahl hat und eine bewusste Entscheidung treffen kann.

Der Stadtrat wird so nicht einfach davon ausgehen können, dass wir seine finale Beschlussvorlage zähneknirschend abnicken, weil für eine Grundsatzdiskussion oder grössere Änderungen dann ja die Zeit fehlt und wir nicht in die Verlängerung gehen können. Indem wir diese Motion jetzt überweisen, stellen wir sicher, dass wir einen fundierten Grundsatzentscheid treffen können und über die nötigen Grundlagen verfügen, um am Ende einen sauberen Treffer versenken zu können.

Diese Motion ist somit ein konstruktiver Vorschlag zur Prozessgestaltung, der: die Kräfte bündelt und die Erkenntnisse aus allen laufenden Prozessen in eine Vorlage überführt, die Entscheidungsqualität sichert, indem wir ganzheitliche Lösungsansätze statt isolierter Einzelmassnahmen erhalten, und eine abschliessende Klärung ermöglicht und damit das Spielfeld für die Zukunft ebnet.

Lassen Sie uns dieses Powerplay für einmal nutzen. Geben wir dem Stadtrat den Auftrag, die Grundlagen für eine echte Wahl zu schaffen, damit wir eine Entscheidung treffen können, die der Bedeutung der Kunsteisbahn für unsere Stadt gerecht wird.

Albina Fässler

Nach den wiederholten Schwierigkeiten und Problemen im sogenannten Dreiecksverhältnis zwischen Stadt, Kunsteisbahn und der EVZ-Gruppe ist klar: So kann es nicht weitergehen. Die bisherige Praxis aus wiederkehrenden Notkrediten und undurchsichtigen Verantwortlichkeiten ist keine nachhaltige Lösung. Die Motion greift ein zentrales Thema der Stadtentwicklung und Finanzpolitik auf. Die anhaltenden finanziellen Herausforderungen und die undurchsichtigen Verantwortlichkeiten bei der Kunsteisbahn Zug erfordern eine klare Lösung.

Die vorliegende Motion ist deshalb wichtig, um endlich eine klare, transparente und nachhaltige Strategie für die KEB zu erarbeiten. Die politische Überweisung der Motion ist unabdingbar.

Da es schon so lange Thema ist, lehnen wir eine Umwandlung der Motion in ein Postulat ab. Nur eine Motion mit klarem Auftrag kann den politischen Prozess wirksam vorantreiben und sicherstellen, dass die geforderten Varianten – sei es die Weiterführung als Aktiengesellschaft, die Überführung in eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft oder ein Konzessionsmodell – sorgfältig ausgearbeitet und miteinander verglichen werden.

Philip C. Brunner

Ich muss jetzt doch noch zwei, drei Ergänzungen machen. Punkt Nummer 1 habe ich vergessen, ich entschuldige mich. Ich habe eine Interessenverbindung hier verschlafen beziehungsweise sie existiert: Ich bin seit ein paar Jahren mit ein paar kleinen Aktien an dieser KEB beteiligt, weil mich das eigentlich so wie die GLP auch interessiert hat, was da eigentlich vorgeht.

Und ich kann sie beruhigen, es sind im Moment vier Wirtschaftsprüfer dran, diese Zahlen zu analysieren, damit die Stadt vielleicht Informationen bekommt, die sie bis jetzt nicht hat oder nicht genügend erkannt hat, auch über eine längere Phase.

Und es ist kein grosser Schaden entstanden bis jetzt. Es ist richtig, die Kunsteisbahn hat zweimal Grössenordnung CHF 200'000.00 als Darlehen erhalten. Sie hat das beide Male der Stadt zurückgezahlt. Sie hat jetzt ein drittes Mal einen Kredit erhalten – und der ist auch begründbar. Das sind insbesondere die Wetterverhältnisse, die verkürzten Öffnungszeiten, und die sind wiederum verbunden mit den hohen Energiepreisen, elektrisch ist teuer. Und da sind die Probleme.

Und jetzt muss man vielleicht die Strukturen auch anschauen, aber es besteht absolut kein Grund, jetzt irgendwie hypernervös reinzufahren. Ich denke, der Stadtrat macht seine Arbeit diesbezüglich und Sie können entsprechend Vertrauen haben. Die Dinge werden angeschaut, das kann ich Ihnen versichern.

Ich bitte Sie also, der Umwandlung in ein Postulat, was der ganzen Sache eine gewisse Schärfe nimmt, zuzustimmen

Patrick Steinle

Ein Notkredit, der innert weniger Tage gesprochen werden muss, dürfte kaum auf hohe Energiepreise und schlechtes Wetter zurückzuführen sein. Ich nehme an, da ist systematisch der Wurm drin. Und das hätten wir gerne angeschaut. Diese Motion ist genau das, was es jetzt braucht und was unsere Fraktion auch will, nämlich eine saubere Auslegeordnung um dieses Konstrukt der KEB und des Stadions und einen ergebnisoffenen Variantenvergleich. Und wir wollen das gerne als Motion überweisen, sodass wir den Fuss in der Türe beziehungsweise den «Pögg» auf der Schaufel haben, und nicht als kraftloses Postulat, wo wir von Anfang an dann in Unterzahl spielen. Bitte also als Motion überweisen.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat vorliegt. Die Umwandlung der Motion in ein Postulat erfordert zwei Drittel der Stimmen der anwesenden Ratsmitglieder. Es sind 36 Ratsmitglieder anwesend. Die Zweidrittelmehrheit beträgt 24 Stimmen.

Abstimmung Nr. 3

- Für die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 16 Ratsmitglieder
- Gegen die Umwandlung der Motion in ein Postulat stimmen 19 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 3

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat abgelehnt hat.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat die Motion überwiesen hat.

5.3 Einzelinitiative Monika Mathers-Schregenberg vom 2. September 2025 betreffend «Die Stadt Zug kauft die Liegenschaft 1388, Artherstrasse 6 in Zug und macht den Park der Öffentlichkeit zugänglich. Damit verdoppelt sie den öffentlich zugänglichen Seeanstoss im Gebiet Casino/Seeliken»

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

In der Publikation im Amtsblatt wie auch im Titel der Einzelinitiative wird von der Adresse Artherstrasse 16 geschrieben. Es geht aber um die Artherstrasse 6, dies zuhanden des Protokolls und zu Klarstellung.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass zur Überweisung das Wort verlangt wird.

Roman Burkard

Ich nehme es gleich vorweg: Die FDP-Fraktion lehnt die Einzelinitiative einstimmig ab.

Man muss sich nur einmal den Initiativtext vor Augen führen:

«Die Stadt Zug kauft die Liegenschaft 1388, Artherstrasse 6 [...]».

Das ist ein klarer Auftrag ohne irgendwelchen Verhandlungsspielraum. Wenn sie mit so einem Auftrag in eine Verhandlung gehen, haben sie mit Sicherheit die schlechtere Position. Allein schon deshalb lehnen wir die Initiative ab.

Aber mal abgesehen vom Initiativtext. Bei dieser Liegenschaft handelt sich um ein reines Liebhaberobjekt ohne jegliches Entwicklungspotenzial. Eine allfällige Erweiterung der Badi Seeliken ist aufgrund der bestehenden Topographie nicht sinnvoll und das Gebäude selber kann auch nicht erweitert werden.

Interessant wäre zu erfahren, was für eine zukünftige Nutzung der Stadtrat in Betracht zieht, falls er eine Vorlage zum Kauf ausarbeiten würde. Bei einer Gesamtinvestition in dieser Grössenordnung kann man schon ein zumindest in den Grundzügen erarbeitetes Konzept erwarten. Welche Strategie verfolgt der Stadtrat mit diesem Kauf?

Wie sie sehen, gibt es in dieser Sache noch diverse Fragezeichen.

Wie bereits anfangs erwähnt, lehnt die FDP-Fraktion die Einzelinitiative in dieser Form ab.

Daniel Marti

In der GLP-Fraktion sind wir uns einig, dass der Kauf der Liegenschaft Artherstrasse 6 eingehend geprüft werden soll und eine einmalige Chance darstellt, eine weitere Perle in unserer Stadt zu sichern. Es gibt sehr viele, sehr gute Argumente, wieso die Stadt sich diese Chance nicht entgehen lassen sollte. Trotzdem sind wir gegen die Überweisung dieser Initiative. Warum das?

Die Stadt ist bereits in Gesprächen mit den Eigentümern. Mit einer Initiative, die fordert, «Die Stadt kauft», setzen wir uns unnötig unter Druck – und riskieren, dass wir die Liegenschaft zu einem überhöhten Preis übernehmen müssen.

Der kolportierte Preis von rund CHF 50 Mio. ist schlicht zu hoch. Unsere eigenen Recherchen zeigen klar: Ein solches Höchstgebot kommt nicht infrage. Wir müssen verhandeln können – und uns nicht durch eine starre Initiative den Spielraum nehmen.

Und: Die Kosten enden eben nicht beim Kaufpreis. Die Villa ist denkmalgeschützt, sanierungsbedürftig und schon kurzfristig fallen mehrere Millionen für minimale bauliche Massnahmen an. Hinzu kommen jährlich mehrere hunderttausend Franken Unterhalt. Diese Folgekosten sind im Initiativtext völlig ausgeblendet.

Zudem haben wir rechtliche Einschränkungen, die eine freie Nutzung sehr schwierig machen: Das Grundstück liegt in der Wohnzone, mindestens 80 Prozent müssen Wohnen sein. Für andere Nutzungen braucht es eine Umzonung – das ist ein langwieriger politischer Prozess.

Und schliesslich finden wir auch: Es fehlt ein Nutzungskonzept für die Villa. Wir laufen Gefahr, sehr viel Geld auszugeben, ohne zu wissen, was wir damit langfristig eigentlich anfangen wollen.

Ein unreflektierter Kauf zum Maximalpreis würde auch als Signal verstanden werden, dass die Stadt bereit ist, bei Prestige-Immobilien jeden Preis zu bezahlen. Damit würde ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, der die Stadt auch bei künftigen Verhandlungen schwächt.

Wir finden daher, die Stadt soll weiterhin frei und ohne unnötigen Zwang verhandeln können. Eine Überweisung der Initiative würde diese Position stark schwächen und die Gefahr eines überbewerteten Kaufs massiv erhöhen.

Die Initiative rennt also einerseits offene Türen ein, da die Stadt den Kauf der Liegenschaft bereits prüft, andererseits ist sie nun eher ein Störfaktor, der angesichts der fortgeschrittenen Diskussionen nun etwas schräg in der Landschaft liegt.

Deshalb unser Appell an Sie: Lassen wir doch den Stadtrat in Ruhe ein faires und verantwortbares Angebot ausarbeiten – ohne uns durch eine Initiative die Hände binden zu lassen.

Wir bitten Sie deshalb: Lehnen Sie die Überweisung ab.

Roman Küng

Man kann verschiedene Ansichten haben, ob ein Kauf der Villa Etter an der Artherstrasse 6 sinnvoll wäre oder nicht.

Ja, ein Park direkt am See, das wäre natürlich eine feine Sache. Schattenspendende Bäume, direkter Zugang zum See für alle – wunderbar.

Wenn da nur das Preisschild nicht wäre. Wobei, wir haben ja gar keines. Und hier liegt wohl der Hauptfehler in dieser Initiative. Wir können doch nicht über einen Kauf einer Liegenschaft abstimmen, ohne zu wissen, was diese denn überhaupt kosten soll.

Wie gesagt, man kann der Ansicht sein, die Stadt Zug soll die Liegenschaft kaufen. Dies aber via diese Initiative zu tun, ist sicherlich der falsche Weg. Denn auf diese Weise würde sich die Stadt bereits vor Start der Preisverhandlungen in eine schwache Position begeben. Daniel Marti und Roman Burkard haben es bereits erwähnt.

Der zweite Fehler der Initiative besteht darin, keine Vorstellungen zu haben, wie die Villa dann dereinst genutzt werden soll. Wir hätten dann einen Zurlaubenhof 2.0 gewissermassen.

Aus diesen beiden Gründen, Fehlen von Preisschild und Idee zur Nutzung, empfiehlt Ihnen die SVP-Fraktion ebenfalls die Ablehnung beziehungsweise Nichtüberweisung der Initiative.

Persönlich hat mich zudem eine gewisse Doppelmoral in diesem Vorstoss gestört; und dies gleich in zweifacher Hinsicht.

Erstens befürchtet die Initiantin den Kauf der Liegenschaft durch einen Superreichen. Man spürt richtiggehend die Verachtung gegenüber Besserbegüterten und lässt dabei völlig ausser Acht, dass es doch genau diese, Monika Mathers so verhassten Superreichen sind, die uns überhaupt erst erlauben, über den Kauf dieser Liegenschaft zu diskutieren.

Und zweitens wird befürchtet, es könnte eine nicht ansässige Person die Villa Etter kaufen. Es könnte also jemand von auswärts nach Zug ziehen. Ganz schlimm. Wenn ich jedoch richtig informiert bin, sind weder Monika Mathers noch ihr Ehemann im Liebfrauenhof geboren oder im Burgbach zur Schule gegangen. Eine gewisse Zurückhaltung in der Wortwahl wäre also schon angebracht gewesen.

Wie auch immer: Die SVP-Fraktion beantragt ebenfalls die Ablehnung oder Nichtüberweisung der Initiative.

Mariann Hegglin

Dass der Kauf der Villa an der Artherstrasse 6 für unsere Bevölkerung eine Chance bieten könnte, hat der Stadtrat schon früh erkannt. Mit dieser Einzelinitiative sollen wir jedoch bereits heute ein politisches Signal abgeben, in welche Richtung es gehen soll – ohne dass fundierte Grundlagen vorliegen. Das ist schlicht nicht seriös.

Ein solcher Erwerb verlangt eine gründliche Prüfung mit der gebotenen Sorgfalt. Dabei müssen Chancen und Risiken, Kosten und Nutzen umfassend abgewogen werden. Auch Vorgaben des Denkmalschutzes müssen berücksichtigt werden, damit keine Überraschungen auf uns zukommen.

Der politische Prozess wird mit dieser Einzelinitiative jedoch unnötig vorgezogen und der Stadtrat in der Verhandlung geschwächt. Wir sprechen da die Voten der GLP, FDP und SVP an.

Die Mitte-Fraktion lehnt daher die Überweisung dieser Einzelinitiative mehrheitlich ab.

Wir verlangen aber vom Stadtrat, dass er einen möglichen Kauf der Liegenschaft seriös prüft, verlässliche Grundlagen ausarbeitet und die mögliche Nutzung transparent aufzeigt.

Klar ist: Wir sind nicht bereit, jeden Preis zu bezahlen.

Gabriela Furrer Auf der Mauer

Die Villa Etter an der Artherstrasse 6, die zum Verkauf steht, ist ein wunderschönes Gebäude mit einem wunderschönen Garten, eine kleine Villette in der Stadt Zug, wir haben es alle nachgelesen. Die Liegenschaft grenzt an das Casino. Würde die Stadt die Liegenschaft kaufen, könnte die Umgebung südlich des Casinos offener gestaltet werden, der öffentlich zugängliche Seeanstoss würde erweitert, eine attraktive Nutzung für die Öffentlichkeit würde möglich. Insofern ist ein Kauf der Liegenschaft durch die Stadt Zug sicher zu bedenken.

Die Frage ist für uns, um welchen Preis. Die Besitzerinnen haben eine Summe von CHF 50 Mio. genannt. Das Gebäude an der Artherstrasse 6 steht unter Denkmalschutz, auch Teile des Gartens sind schützenswert, Bauland ist nicht in Sicht. Das bedeutet, dass die neue Besitzerin oder der neue Besitzer dieser Liegenschaft mit hohen Renovations- und Instandhaltungskosten rechnen muss und

auch kaum Gestaltungsmöglichkeiten hat. Deshalb betrachten wir den Preis von CHF 50 Mio. als deutlich zu hoch angesetzt.

Unsere Fraktion wünscht sich, dass die in Zug verwurzelte Eigentümerinnenschaft mit der Stadt in Kontakt tritt, falls das nicht schon geschehen ist, und Verhandlungen über einen realistischen Preis für den Kauf der Liegenschaft aufnimmt, um der Stadt Zug eine Chance zu geben, das Grundstück zu kaufen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In diesem Sinn möchte unsere Fraktion abwarten, wie die Stadt verhandelt.

Jérôme Peter

Wir möchten uns herzlich bedanken für die Einreichung der Einzelinitiative. So haben wir die Chance, hier im GGR über dieses wichtige Thema zu diskutieren.

Grundsätzlich erachten wir es als sinnvoll, dass die Stadt Zug über den Erwerb von Land am See nachdenkt, solche Gelegenheiten sind selten und zusätzlicher öffentlicher Raum am See wäre ein Gewinn für die Bevölkerung. Gleichzeitig dürfen wir aber nicht die Herausforderungen ausblenden, auf der Liegenschaft steht ein denkmalgeschütztes Haus, die künftige Nutzung ist daher schwierig und mit vielen Unsicherheiten verbunden.

Genau deshalb braucht es eine sorgfältige Abklärung durch den Stadtrat. Wir erwarten einen fundierten Bericht und Antrag, der die Chancen und Risiken darlegt und insbesondere auch eine realistische Einschätzung der Kosten enthält. Klar ist für uns, ein Kauf um jeden Preis sehen wir kritisch. CHF 50 Mio. erscheinen uns zu viel. Es wäre das falsche Signal, wenn die Stadt den Eindruck erweckt, sie sei bereit, für Land und Liegenschaften jeden beliebigen Preis zu bezahlen.

Uns erscheint es sinnvoll, wenn am Schluss das Stimmvolk dann entscheiden kann, ob die Liegenschaft erworben werden soll. Mit der Überweisung der Initiative stellen wir sicher, dass dieses eine solide Grundlage hat, eine Entscheidung verantwortungsvoll zu treffen. Wenn uns der Stadtrat hier aber versichert, dass er diese Verhandlungen aufnimmt, ein Angebot macht oder Angebote überprüft, können wir uns auch überlegen, Stimmfreigabe zu erteilen oder von einem offenen Ausgang auszugehen, wenn uns der Stadtrat hier noch Antworten liefert.

Philip C. Brunner

Ich spreche jetzt zuerst als GPK-Präsident. Die GPK hat bereits am 30. Juni, also noch vor den Sommerferien – damals waren diese Berichte in den Medien, im Blick, die CHF 50 Mio. – mit dem Stadtrat, ohne eine Vorlage, unterhalten. Aufgrund dieses Gespräches kam es am 4. Juli, das war der Freitag vor den Schulferien, zu einer Besichtigung der Artherstrasse 6 über den Mittag. Beteiligt waren die Kolleginnen und Kollegen aus der BPK, teilweise aus der GPK sowie, ich meine, praktisch der ganze Stadtrat. Wir haben die Gelegenheit gehabt, das Objekt damals anzuschauen. Wir waren auch persönlich in Kontakt mit den beiden Herren Maklern und konnten einen Eindruck gewinnen.

Ganz kurz, das ist jetzt mein persönlicher Eindruck, von unten nach oben, das Gebäude hat einen Keller, der eigentlich eine Filmkulisse sein könnte für einen tollen Film aus dem 19. Jahrhundert, mit gebogenen Stützen – war früher offenbar ein Kohlenkeller, heute wird das Gebäude mit Gas beheizt. Das Erdgeschoss, das auch eine Terrasse Richtung See hat, ist im Stil von 1860 ziemlich ursprünglich erhalten geblieben. Ich denke da an die Decken, an die hohen Decken. Ich denke auch an die Tapeten, ich denke an das Interieur, das weitgehend erhalten ist. Der 1. Stock bestand oder besteht vermutlich, weil er teilweise im Moment des Besuches ausgeräumt war, aus Schlaf-, ich muss

fast sagen Sälen, grossen Zimmern, die ebenfalls eine wunderbare Sicht haben, die bereits nicht mehr ganz dem Standard des unteren Teils entsprechen, insbesondere aus historischer Sicht. Dann gibt es ein Dachgeschoss, das ist der 2. Stock. Diese Geschosse sind alle zusammen über eine Treppe, eine relativ unspektakuläre Treppe, zu erreichen. Also wer sich da eine grosse Treppe im Hollywood-Stil oder ähnlich vorstellt, liegt falsch. Sie ist sehr bescheiden, das waren vermutlich früher Räume, die den Mitarbeiterinnen, dem Personal zur Verfügung standen.

Ratspräsident Ivano De Gobbi bittet darum, zur Überweisung zu sprechen.

Philip C. Brunner

Ja, ich glaube, dass dieses Thema interessiert. Wir stehen heute, glaube ich, nicht so unter Zeitdruck. Lassen Sie mich ein bisschen erklären, die Eindrücke, über was wir hier reden. Dieser Estrich ist also nicht in einem guten Zustand.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Wir sprechen hier zur Überweisung der Einzelinitiative, zum Inhalt des Gebäudes lade ich sie gerne ein, das zu erläutern, wenn ein Bericht und Antrag vom Stadtrat vorliegt. Ich bin interessiert an dem, was Sie sagen, aber es geht jetzt um die Überweisung und nicht um den Zustand vom Gebäude selber.

Philip C. Brunner

Gut, dann fahre ich weiter mit den Informationen aus der GPK. Die GPK hat sich gestern ebenfalls mit dieser Sache auseinandergesetzt. Eine dreiviertelstündige Beratung folgte. Es waren anwesend zwei Personen aus der Immobilienabteilung sowie zwei Stadträte. Diese Präsentation, die wir erhalten haben, ist sehr interessant und ich könnte mir gut vorstellen, dass man die an die Mitglieder des GGR verschicken könnte.

Ja, was war die Stimmung bezüglich dieses Kaufs? Weil wir haben natürlich auch über den Vorstoss gesprochen, Herr Präsident. Ja, die Meinungen sind geteilt. Es gibt Gläubiger, Ketzer und Halbgläubige – so wurde das gesagt. Ich kann also nicht eine Meinung vertreten, beispielsweise dass die GPK komplett gegen einen Kauf ist oder komplett dafür. Die Meinungen sind sehr differenziert, das kann ich hier berichten.

Jetzt komme ich zu meinem Votum als Einzelsprecher.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Aber nur zur Überweisung, bitte.

Philip C. Brunner

Ich spreche zur Überweisung. Wissen Sie noch, wie hoch der Jahresgewinn 2024 der Stadt Zug war? Es waren CHF 144 Mio. Ich habe ausgerechnet, dass in den letzten fünf Jahren Gewinne in der Höhe von CHF 400 Mio. gemacht wurden. Also alle Rechnungen waren bezahlt. Man hat das dann ausgerechnet und wir haben das Geld entsprechend angelegt. Das Eigenkapital dieser Stadt beträgt eine CHF 1 Mia. Sie können das auf Seite 80 der Jahresrechnung 2024 nachlesen. Von was reden wir? Wir reden davon, dass die Stadt Zug jährlich CHF 103 Mio. an die Zuger Gemeinden verteilt. Was kriegt sie dafür? Ein müdes Lächeln. Und vielleicht noch die Forderung, man müsse am einen oder anderen Ort mehr bezahlen.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Ich muss Sie nochmals unterbrechen. Wir wissen alle, die Stadt hat ein grosses Eigenkapital, das Geld ist vorhanden für den Kauf der Villa. Wir reden zur Überweisung der Einzelinitiative.

Philip C. Brunner

Ja, die Einzelinitiative verlangt den Kauf genau. Unbeschränkte Mittel verlangt die Initiative, und ich versuche, Ihnen zu sagen, wie die finanzielle Situation der Stadt aussieht. Sie kann den Kauf tätigen. Wenn Sie ein Auto kaufen, schauen Sie vielleicht auch vorher Ihr Konto an.

Ivano De Gobbi

Ich gehe davon aus, dass alle Mitglieder des GGR ungefähr wissen, wie hoch das Eigenkapital der Stadt Zug ist. Schliesslich haben alle das Budget oder die Jahresrechnung irgendwann mal abgesegnet in diesem Jahr.

Philip C. Brunner

Gut, dann machen wir andere Rechnungen.

Es sind 5'514 m². Wenn Sie CHF 10'000 pro Quadratmeter einsetzen, kommen sie somit auf CHF 55 Mio. Der Kanton Zug hat kürzlich hier in diesem Saal beschlossen, die Casa Rossa zu kaufen. Die Casa Rossa hat 1'433 m², Ich weiss nicht, ob Sie wissen, wo das ist, an der Artherstrasse neben dem alten Kantonspitalareal, vorne eine Strasse, schöne Aussicht. Der Quadratmeterpreis, der bezahlt wurde, lag bei rund CHF 7000.00. Wenn man diese CHF 7'000.00 pro Quadratmeter umrechnet auf die Fläche der Villa Etter, kommt man bereits auf CHF 38 Mio., das wäre das Äquivalent. Hingegen ist die Lage an der Artherstrasse 6 zweifellos sehr viel grösser. Also das gibt Ihnen eine Idee von der Dimension.

Ich persönlich lehne die Initiative auch ab, möchte aber, Herr Präsident, noch ein gutes Wort einlegen für Monika Mathers. Ich finde, Monika Mathers wurde jetzt zu wenig gewürdigt hier. Sie hat als ehemalige Gemeinderätin, glaube ich, ein Anliegen von weiten Teilen der Bevölkerung – so nehme ich es wahr, ich wurde verschiedentlich angesprochen – aufgenommen und hat es jetzt präsentiert. Dass die Form vielleicht nicht ganz ideal ausgefallen ist – okay, verstehe ich. Dass man das in dieser Form ablehnen muss, kann ich nachvollziehen. Unsere Fraktion hat das ja auch so beschlossen.

Aber ich stelle jetzt einen Gegenantrag. Der entspricht diesem Prozess, den der Stadtschreiber uns zugesandt hat. Ich meine, das haben alle erhalten, in der zweiten Linie, heisst es, wenn der GGR die Initiative ablehnt, dann kann er auch einen Auftrag erteilen, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Und den möchte ich machen. Ich habe Ihnen, Herr Präsident, den Antrag bereits übergeben. Der Stadtschreiber hat ihn geprüft. Ich habe ihn den Fraktionschefs ebenfalls gegeben. Ich denke wirklich: Window of Opportunity. Es ist eine Riesenchance und sie kommt nicht zweimal.

Ivano De Gobbi

Ich muss Sie jetzt unterbrechen. Es geht um die Überweisung der Einzelinitiative. Zuerst stimmen wir darüber ab. Dann können Sie einen Antrag für einen Gegenvorschlag machen.

Philip C. Brunner

Gut, wenn das der Ablauf ist, kündige ich mein Erscheinen hier noch einmal an. Ich werde dann noch ein paar Sachen ergänzen.

Beat Werder, Stadtschreiber

Es ist mir wichtig, dass ich die rechtliche Situation noch klarstellen kann. Anlässlich der heutigen Sitzung geht es bei diesem Geschäft nur darum, ob die Einzelinitiative an den Stadtrat zu Bericht und Antragstellung überwiesen wird oder ob sie abgelehnt wird und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

Gleichwohl ist die Diskussion über einen allfälligen Gegenvorschlag natürlich wertvoll, wenn man den zukünftigen Prozess anschaut. Und vielleicht kann ich hierzu kurz einige Worte verlieren, damit Sie die rechtliche Situation kennen.

Falls die Einzelinitiative an den Stadtrat überwiesen wird, hat er wie gesagt die Aufgabe, einen Bericht und Antrag für eine der nächsten Sitzungen zu erstellen. Das Tempo hängt dann halt vom Tempo des Stadtrates ab.

Eine weitere Variante wäre die Ablehnung der Einzelinitiative. Wir haben gehört, dass die Auseinandersetzungen des Stadtrates mit diesem Kauf durchaus auch Sympathien geniesst in diesem Rat. Es würde dann im Anschluss die Möglichkeit bestehen, dass der Stadtrat von sich aus Bericht und Antrag erstattet an einer der nächsten Sitzungen.

Oder die dritte Variante wäre, dass die Einzelinitiative abgelehnt wird und aus den Reihen des Gemeinderates eine Motion zu diesem Thema eingereicht wird. Allerdings würde, auch wenn diese Motion dann sofort überwiesen würde, bei der Variante 3 der Prozess vermutlich am längsten dauern.

David Meyer

Ich stehe hier, weil ich auch noch etwas sagen wollte. Den meisten Voten zuvor konnte man ja entnehmen, dass der Preis zu hoch ist. Aber ich habe jetzt etwas mitgebracht, das wir noch nicht gehört haben, und deswegen hoffe ich, dass mich der Herr Präsident nicht gleich unterbricht.

Die Stadt könnte nämlich, als mögliche Käuferin der Villa am See, den Eigentümern etwas anbieten, das wohl keine andere Käuferin machen würde. Ein Angebot – quasi unschlagbar. Für die Stadt hat diese Villa nämlich vor allem als geschichtliche Dimension, das Bewahrende der Villa am See, einen Wert. Weder braucht die Stadt ein Domizil in Zug aus steuerlichen Gründen noch braucht die Stadt ein Domizil am See aus repräsentativen Gründen. Und am allerwenigsten braucht sie ein solches Domizil aus wohntechnischen Gründen. Im Unterschied zur Besitzerfamilie, die eben heute da wohnt.

Deshalb erzähle ich Ihnen von einem Konzept, das ich auf einer meiner Reisen vor vielen, vielen Jahren gesehen habe und jetzt als kleines Souvenir mitbringe.

Das Konzept ist nicht abwegig. Nein, es wäre gar passend für die Villa am See. Ich habe diese Tage auch auf dem Internet geschaut, es gibt das Konzept immer noch, auch nach Jahrzehnten funktioniert das Konzept auf dieser sonnigen, schönen Insel. Damals wie heute handelte es sich um eine herrschaftliche Villa, wie wir sie eben auch hier haben, aus Zeiten der Sklaverei und der Zuckerrohrplantagen. Und das ist der historisch wichtige Teil für diese einigermaßen junge Nation. Aber natürlich hatte diese Villa auch Eigentümer aus der Plantagenzeit, die heute noch Besitzer waren.

Wir haben also ein Ding, eine Villa, aber zwei Parteien, die Interessen haben. Was tun?

Sie haben das Problem so gelöst: Die herrschaftliche Villa der Zuckerrohrplantage ist heute ein öffentliches Museum im EG, mit allem nostalgischen und antiken Interieur, der Gartenumschwung natürlich auch. Aber die Nachkommen der Plantagenbesitzer leben im oberen Stockwerk und halten

das Anwesen bewacht und in sorgsamer Tradition. Die Familiengeschichte, die sich dort seit Generationen an das Anwesen anknüpfte, riss dadurch nicht ab und die Familienmitglieder konnten ihre Bindung, ihre Erinnerungen lebendig halten.

Also vereinfacht gesagt: Museum, Umschwung, Garten sind für die Öffentlichkeit zugänglich, gehören der Stadt, und oben Wohnen die ehemaligen Eigentümer. Vielleicht kann man das mit den heutigen Besitzern auch so erreichen. Das ganze Haus mit Garten wird gekauft von der Stadt und die heutigen Besitzerinnen, Besitzer bekommen ein lebenslanges Nutzrecht oben drin.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Ich bin nicht sicher, was Ihr Votum bis jetzt mit der Überweisung zu tun hat.

David Meyer

Ich komme darauf, bin schon auf der letzten Seite. Im Gegenzug würde die Familie natürlich dann den Preis auf ein erträgliches Mass reduzieren, sonst könnten wir als Stadt das ja gar nicht kaufen.

Deswegen ist die Überweisung, wie sie heute angedacht ist, nicht ideal, weil man sowas nicht verhandeln kann, es sei denn, man verhandelt es eben ohne diesen Druck einer Initiative. Das Anwesen würde so, mit einem solchen Modell, in die zuverlässigen Hände der Stadt gebettet, der Preis ist erträglich, die Familie bekommt immer noch einen guten Batzen, und zwar jetzt und von nicht irgendwem, die Familie kann ihre Familiengeschichte vor Ort weiterführen, das Anwesen ist nachts bewohnt und vor Streunern sicher und die Öffentlichkeit kann den für sie wichtigen historischen Teil des Hauses und des Gartens nutzen.

Und jetzt bin ich fertig. Danke.

Martin Iten

Sie müssen keine Angst haben, ich habe keine eigene Idee, die ich einbringen will und ich will die Villa Etter auch nicht selber kaufen, obwohl ich im Liebfrauenhof zur Welt gekommen bin. Wir haben jetzt bei den Argumentationen oft gehört, wenn wir diese Einzelinitiative überweisen, dann sei der Stadtrat in der Verhandlungsstrategie geschwächt, wir hätten eine schwächere Position.

Ich muss Ihnen sagen, ich habe nichts gewusst von dieser Einzelinitiative, obwohl ich auf dem Stuhl sitze, auf dem Monika Mathers früher gesessen hat und wir zur gleichen Partei gehören. Sie hat es vorgezogen, das wirklich als Einzelinitiantin einzureichen und auch nicht mit der Partei abzusprechen. Das ist ihr gutes Recht. Ich war auch ein bisschen überrascht, als ich diese Einzelinitiative sah und ich habe auch zuerst so reagiert und habe gedacht, das ist doch eine Schwächung unserer Position als Stadt.

Ich muss Ihnen sagen, ich sehe aber auch noch eine andere Seite: Das kann uns durchaus auch stärken in der Verhandlung seitens der Stadt mit der Eigentümerin. Warum?

Die Stadt kann gestärkt durch den grossen Gemeinderat in diese Gespräche gehen und insbesondere die jetzige Eigentümerin muss sich dann auch fragen, ob sie tatsächlich mit anderen auch noch reden will – mit, wir haben es gehört, Superreichen oder so –, weil natürlich dann auch ein moralischer Druck in der Öffentlichkeit entstehen würde und die Eigentümerin sich zweimal überlegen würde, ob sie nicht doch den Verkauf an die Stadt, an die Öffentlichkeit vorziehen möchte.

Deswegen möchte ich ebenfalls eine Lanze brechen und dafür plädieren, dass wir diese Einzelinitiative tatsächlich so überweisen, damit der Stadtrat in diese Gespräche gehen kann und wir hier für die Allgemeinheit etwas sichern können.

Marilena Amato Mengis

Wenn ich Beat Werder richtig verstanden habe, ist es der schnellste Weg, die Initiative zu überweisen, wenn wir wollen, dass der Stadtrat sich mit diesem Geschäft befasst. Das müsste man wirklich klären, weil ich glaube, wir entscheiden heute weder über CHF 50 Mio. – das steht nämlich nirgends – noch über sonst was, sondern ich glaube, hier ist es wichtig, ein Zeichen zu setzen: Ja, wir möchten. Entweder sind wir selber dafür, dass das Grundstück gekauft wird, oder – was ich noch viel wichtiger finde – wir überlassen es der Zuger Bevölkerung. Ich finde es falsch, wenn 40 Leute hier drin Ja oder Nein sagen zu diesem Geschäft. Es ist so wichtig, es soll vor die Bevölkerung.

Ich werde keine Geschichten erzählen, ich möchte aber jenen, die sagen, es braucht ein Konzept und eine Nutzung, entgegen: Ich bin eine Freundin von Konzepten und von Strategien. Und ich glaube, die Strategie gibt es. Wenn ich nach hinten links schaue, man sagt oft: Zukunft hat Herkunft. Es ist jetzt eine Möglichkeit, ein historisches Gebäude zu sichern für die zukünftigen Generationen. Und wenn ich hier hinschaue, muss nicht immer unbedingt heute schon ein Konzept vorliegen, wie man es nutzt, weil sich dies vielleicht erst in 10 Jahren erschliesst. Wenn wir zurückschauen, wie viele Sünden begangen wurden in dieser Stadt, was wir heute bereuen, was abgerissen wurde etc. – dies ist eine Chance, nicht nur das Gebäude, sondern den Zugang zum See zu sichern. Denken wir mal über unsere Nasenspitze und unsere Generation hinaus. Denken wir an die nächsten Generationen. Und in diesem Sinne: Falls es nötig ist, dass wir dranbleiben, dann würde ich empfehlen, dass wir die Initiative überweisen und der Stadtrat uns dann den Bericht vorlegt, so wie er die Sache sieht.

Patrick Steinle

Ich denke, inhaltlich sind wir uns wirklich einig. Ich möchte hier nochmal ins selbe Horn stossen wie Marilena und Martin vor mir: Der Prozess ist gar nicht so falsch. Wenn wir jetzt diese Einzelinitiative überweisen, kaufen wir noch gar nichts, beschliessen gar nichts. Wir geben dem Stadtrat die Möglichkeit, mit einem Auftrag zu verhandeln, einen Preis auszuhandeln – der muss nicht irgendwo sein, sondern das muss ein seriöser Preis sein –, zu schauen, welche Nutzungen überhaupt möglich sind, und vielleicht auch erste Ideen zu entwickeln. Bezüglich Ideen, was man da machen könnte, können Sie sonst mich fragen.

Das heisst, wir haben dann einen Bericht und Antrag mit einem konkreten Preisschild dran, mit Ideen, was da möglich wäre. Und dann können wir ja immer noch sagen: Nein, wir wollen nichts wissen vom Ganzen. Ich plädiere aber sehr stark dafür, dass wir dann sagen, das soll das Volk entscheiden. Da sind die Meinungen nämlich teilweise schon erstaunlich weit gemacht. Einige finden, das müssen wir unbedingt machen, sonst ist das der grösste Fehler des Jahrhunderts. Andere sagen, ihr spinnt ja wohl. Ich finde, das soll am Schluss doch das Volk entscheiden. Und der Weg dazu ist, diese Einzelinitiative jetzt dem Stadtrat zu unterbreiten. Dann sehen wir, was da rauskommt. Nachher bin ich dann dafür, jawohl, Volksabstimmung. Wenn Sie dann finden, nein, das ist zu dumm, dann kann das immer noch der Rat hier abklemmen, in diesem zweiten Durchgang. Danke, wenn Sie das so unterstützen.

Philip C. Brunner

Ich habe eigentlich Fragen an den Stadtschreiber für das Vorgehen. Ich kann mich mit den Voten meiner Vorredner einverstanden erklären. Ist das so? Wenn wir das jetzt überweisen, dann geht das

an den Stadtrat, der Stadtrat kommt mit einer Vorlage, hat den Auftrag, Abklärungen zu treffen, und entsprechend kommt dann irgendwann auch ein Preisschild. Ist das so richtig?

Beat Werder, Stadtschreiber

Nach meiner Einschätzung bestehen wie gesagt drei Varianten. Wenn nun diese Einzelinitiative überwiesen wird, dann ist es korrekt, erstattet der Stadtrat Bericht und Antrag. Aber der Behandlungsgegenstand ist natürlich die Einzelinitiative und es kommt dann darauf an, was er eben berichtet und beantragt.

Ich würde eigentlich eher die Variante empfehlen, dass die Einzelinitiative abgelehnt wird und gleichzeitig der Stadtrat rasch von sich aus mit einem Bericht und Antrag in den Gemeinderat kommt und sich mit dem Kauf auseinandersetzt.

Philip C. Brunner

Gut, ich habe hier ja einen Antrag formuliert. Ich wurde gebeten, den nach der Abstimmung zu bringen. Jetzt habe ich aber verstanden, nach der Abstimmung ist fertig, das Traktandum ist abgeschlossen. Wenn ich das so richtig verstanden habe.

Also ich habe Ihnen folgenden Antrag: Der Stadtrat wird mit der Ausarbeitung eines Gegenvorschlages zur Einzelinitiative von Monika Mathers beauftragt. Dieser Gegenvorschlag beinhaltet eine Abstimmungsvorlage derart, dass die Stadtzuger Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über den Kauf der Liegenschaft Unterer Frauenstein und so weiter, 5514 m², Land am See, in Kenntnis wesentlicher Punkte – das sind insbesondere der Park und das Haus – und den Kaufpreis abstimmen können, ob sie solch einem Objektkredit zustimmen wollen oder nicht. Gut, das Deutsch ist noch verbesserungsfähig, aber eigentlich ist der Auftrag konkreter.

Ich möchte noch etwas zur Überweisung sagen, Herr Präsident. Etwas ist eigentlich hier noch viel zu wenig gesagt worden, auch von meinen Vorrednern. Wir reden immer über dieses Haus. Das ist eigentlich in meiner Wahrnehmung nicht der Hauptpunkt. Der Hauptpunkt ist das Land, ist die grüne Perle – wenn ich sie so nennen darf – am See, mit diesen alten Bäumen, die aus der Zeit von 1850/60 stammen und heute erhalten sind und die dem Ganzen eine Cachet geben.

Und jetzt frage ich Sie: Wo sind weitere Bäume im Umfeld zwischen Landsgemeindeplatz, Altstadt, Casino.

Etwas, das auch nicht gesagt wurde: Die 5514 m² entsprechen genau der Fläche, die heute die Seeliken und das jetzige Casino mit Anbau haben. Es ist eine sinnvolle Sache.

Und der dritte Punkt, wenn ich den noch erwähnen darf, ist: Es ist nicht so, dass sich die Stadt noch nie mit dem Thema befasst hat. Der GGR hat in den 80er Jahren bereits einmal Ja gesagt zu einem Vorkaufsrecht. Das können Sie alles nachlesen. Der GGR hat sich damit beschäftigt und wir haben 30 Jahre lang bezahlt für ein Vorkaufsrecht, weil unsere damaligen GGRler und Stadträte die Wichtigkeit dieses Areals erkannt haben. Und leider, aus mir unbekannten Gründen, hat man dann 2010 den Vertrag nicht mehr verlängert. Oder vielleicht wollten die Besitzer ihn nicht verlängern. Auf jeden Fall ist es verfallen.

Und diese Chance, die müssen wir unseren Stimmbürgern geben. Bei aller Demut vor der Intelligenzija, die hier in diesem Saal versammelt ist: Ich habe das Gefühl, die Bevölkerung hat das Recht, hier Ja oder Nein zu sagen. Und ich bitte vor allem auch die Besitzerinnen entsprechend, jetzt keinen zeitlichen Druck aufzusetzen. Die Demokratie ist leider langsam. Und die Argumente, die ich heute gehört habe, entsprechen ziemlich genau denjenigen, die wir in diesem Saal vor 13 Jahren oder

mittlerweile 14 Jahren gehört haben, als es um den Kauf der Gubelstrasse ging: Zu teuer, der Nutzen ist nicht gut, der Zustand der Liegenschaft ist ganz schlecht, wir dürfen nicht ins Privateigentum eingreifen und so weiter – die genau gleichen Argumente hören wir heute. Ist das ein Diskussionspunkt, der Kauf der Gubelstrasse? Monika Mathers war übrigens an vorderster Front.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Ich muss Sie schon wieder unterbrechen. Wir reden über die Überweisung und nicht über den Kauf des Gebäudes.

Philip C. Brunner

Der Entscheid der Überweisung ist vielleicht etwas grösser als bei einem normalen Postulat oder einer Motion. Das ist jetzt sehr bedeutend, auch für den zeitlichen Ablauf. Und ich vermisse noch etwas. Ich vermisse hier zur Überweisung – das ist nicht üblich – auch die Stellungnahme des Stadtrates. Der könnte ja vielleicht auch mal was sagen dazu.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Dann überlassen wir doch dem Stadtrat das Wort, wenn er sich dazu äussern möchte.

Urs Raschle, Stadtrat

Etwas ist wichtig: Die Stadt Zug wurde in diesem Frühling seitens Verkäuferschaft über den Makler frühzeitig über die Möglichkeit eines Kaufes dieses Gebäudes informiert. Persönlich, aber auch aus Sicht des Stadtrates ist das sehr positiv zu werten. Man hat also schon damals die Möglichkeit angedacht, dass die Stadt hier potenzielle Käuferin sein könnte.

Ich persönlich und die Verantwortlichen der Immobilien haben diese Liegenschaft bereits im Frühling besucht. Und es ging ihnen wie den Kolleginnen und Kollegen der BPK und GPK, insbesondere wenn man in den unteren Räumlichkeiten ist, fühlt man sich tatsächlich rund 100 Jahre zurückversetzt. Aber ich bin auch ehrlich, man fühlt sich nicht gerade am Zugersee, sondern beinahe wie am Comersee. Es ist so ein südländisches Flair, das man da spürt.

Seit diesem Zeitpunkt im Frühling stehen wir in intensivem Kontakt, insbesondere mit den Maklern und somit indirekt auch mit der Verkäuferschaft. Die Verkäuferschaft weiss, dass die Stadt Zug interessiert ist an dieser Liegenschaft. Sie ist sich aber auch bewusst, dass der Preis für uns eine gewisse Herausforderung darstellt. Medial wird seit dem Sommer der Preis von rund CHF 50 Mio. kolportiert. Seitens Stadt sind wir uns aber bewusst, dass dieser Preis eher hoch ist. Damit der Stadtrat wirklich eine Grundlage hat, haben wir während der Sommerferien die Zeit genutzt, um ein Drittgutachten in Auftrag zu geben, welches nun einen klaren Preis aufzeigt. Und darüber konnte der Stadtrat schon einmal diskutieren.

Der Stadtrat hat dann entschieden, die GPK als Soundingboard zu benützen. Deshalb wurde gestern der GPK eine kleine Präsentation präsentiert und fand auch eine Diskussion statt. Das zeigt, dass sich auch der Stadtrat der Verantwortung dieses Geschäftes bewusst ist und nicht einfach einen Schnellschuss machen möchte, sowohl auf die eine wie auch auf die andere Seite.

Grundsätzlich ist aber klar definiert, bis Ende September gilt es, ein Angebot abzugeben, damit man weiterhin mit der Verkäuferschaft und dem Makler in Diskussion bleiben kann.

Aktuell geht der Stadtrat davon aus, dass man diese Option nutzen will, um eben der Verkäuferschaft offiziell zu zeigen, dass man interessiert ist. Mit welchem Preis, das muss der Stadtrat dann noch entscheiden.

Das war ja auch die Frage von dir, Jérôme Peter, wie man bereits in Kontakt ist. Ich meine, wir sind in gutem Kontakt, auch konstruktiv. Und trotz allem ist es natürlich wichtig, auch für die Verkäuferschaft zu sehen und zu verstehen, ob die Stadt wirklich interessiert ist oder nicht.

Deshalb ist die heutige Diskussion für den Stadtrat auch sehr wertvoll – zu spüren, was die Mehrheit dieses Rates denkt. Und ich habe mir sehr viele Notizen gemacht, die werden wir dann auch intern diskutieren.

Ob sie nun die Einzelinitiative aber annehmen sollen oder nicht, kann ich ihnen nicht vorwegnehmen, diese Entscheidung müssen sie selber fällen.

Trotz allem denke ich, die Voten haben wir verstanden im Sinne von: dranbleiben, Interesse zeigen und auch eine Möglichkeit geben, damit die Bevölkerung dann mal über diese Liegenschaft abstimmen kann.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Nach Rücksprache mit dem Stadtschreiber schlage ich folgendes Vorgehen vor: Wir müssen kurz zusammen mit den Fraktionen, inklusive Philip C. Brunner, klären, wie die Handhabung des Gegenvorschlags gehen soll.

Ich würde vorschlagen, wir machen 20 Minuten Pause. Die Fraktionschefinnen und Fraktionschefs bitte ich, kurz nach vorne zu kommen, dann können wir das kurz diskutieren. Natürlich sind weitere interessierte GGR-Mitglieder ebenfalls eingeladen, hier kurz nach vorne zu kommen.

Pause

Ratspräsident Ivano De Gobbi fährt mit der Sitzung fort und fragt, ob es weitere Voten zur Überweisung gibt.

Barbara Gisler

Ich habe eine Frage an den Stadtschreiber. Der Wortlaut der Einzelinitiative lautet, Aufforderung zum Kauf, ohne Preisschild. Heisst das, wir müssen kaufen, egal zu welchem Preis?

Beat Werder, Stadtschreiber

Diese Frage ist nicht ganz so einfach zu beantworten. Ich gehe davon aus, aufgrund der Formulierung dieser Einzelinitiative – sie ist ja nicht sehr konkret gehalten, sie hat wie gesagt kein Preisschild. Man könnte es so interpretieren, in der Tat. Ich gehe allerdings davon aus, dass dies eher nicht so gemeint ist. Man kann von der Stadt nicht erwarten, zu einem beliebigen Preis dieses Grundstück zu kaufen. Aber diese Frage müsste meines Erachtens im Prozess der Bericht- und Antragstellung beim Stadtrat geklärt werden, wie diese Einzelinitiative auszulegen ist.

Barbara Gisler

Also Ja oder Nein?

Beat Werder, Stadtschreiber

Wie gesagt, ich kann es nicht auf die Schnelle verbindlich beantworten. Ich gehe davon aus, dass diese Auslegung zu weit geht, also ein Kauf zu jedem Preis.

Barbara Gisler

Aber die Gefahr besteht.

Beat Werder, Stadtschreiber

Wie gesagt, ich kann es nicht ausschliessen. Es ist eine anspruchsvolle Frage, die seriös geklärt werden muss.

Barbara Gisler

Dann plädiere ich dafür: Lassen Sie uns den Stadtrat die bereits begonnenen Verhandlungen ohne diesen Druck und Interpretationsspielraum weiter betätigen. Ich glaube, Stadtrat Urs Raschle hat mehr als glaubwürdig und klar dargelegt, dass Verhandlungen stattfinden, dass ein Interesse da ist, so dass wir nachher über ein konkretes Angebot sprechen können.

Bitte lassen Sie uns die Überweisung ablehnen und den Stadtrat mit dem bereits begonnenen Weg fortfahren, ohne in Gefahr zu laufen, hier einen allzu grossen Interpretationsspielraum zu gewähren.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Im Zusammenhang mit der Einzelinitiative können wir heute nur darüber abstimmen, ob wir die Einzelinitiative überweisen oder nicht überweisen. Wenn ich den Puls im Rat richtig gespürt habe, ist die Mehrheit des Rates grundsätzlich dafür, dass man die Vertragsverhandlungen, welche die Stadt gestartet hat, weiterführt – sprich, dass man einen Kauf der Arterstrasse 6 prüfen soll. Damit wir das als Quasi-Auftrag dem Stadtrat übergeben könnten, schlage ich vor, falls die Einzelinitiative nicht überwiesen wird, machen wir anschliessend eine Konsultativabstimmung im GGR, wer dafür ist, dass der Kauf durch den Stadtrat weiter geprüft werden soll. Dann hätten wir einen Quasi-Auftrag an den Stadtrat, das weiter zu prüfen – oder auch nicht, wenn es abgelehnt wird. Der Gegenantrag von Gemeinderat Philip C. Brunner käme erst zur Abstimmung, wenn wir die Einzelinitiative überweisen und ein Antrag des Stadtrats vorliegt. Und dann könnten wir entweder über das Abstimmen oder über den Gegenvorschlag abstimmen.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass zu diesem Vorgehen keine Einwände gemacht werden. Damit folgt nun die Abstimmung über den Antrag auf Nichtüberweisung.

Abstimmung Nr. 4

- Gegen die Überweisung der Einzelinitiative stimmen 24 Ratsmitglieder
- Für die Überweisung der Einzelinitiative stimmen 9 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 4

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat dem Antrag auf Nichtüberweisung der Einzelinitiative zugestimmt hat.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat die Einzelinitiative nicht überwiesen hat.

Abstimmung Nr. 5 (Konsultativabstimmung)

- Für den Antrag, dass der Stadtrat den Kauf der Liegenschaft Artherstrasse 6 weiterhin prüft und die Verhandlungen fortführt, stimmen 30 Ratsmitglieder
- Gegen diesen Antrag stimmen 4 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 5

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat dem Antrag zugestimmt hat und damit dem Stadtrat den Quasi-Auftrag erteilt, den Kauf weiterhin prüfen.

6. Politische Sachgeschäfte

6.1 Finanzpolitik: Finanzstrategie 2026 bis 2032 der Stadt Zug

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2949 vom 24. Juni 2025
- Bericht und Antrag der GPK Nr. 2949.1 vom 18. August 2025

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

Urs Raschle, Stadtrat



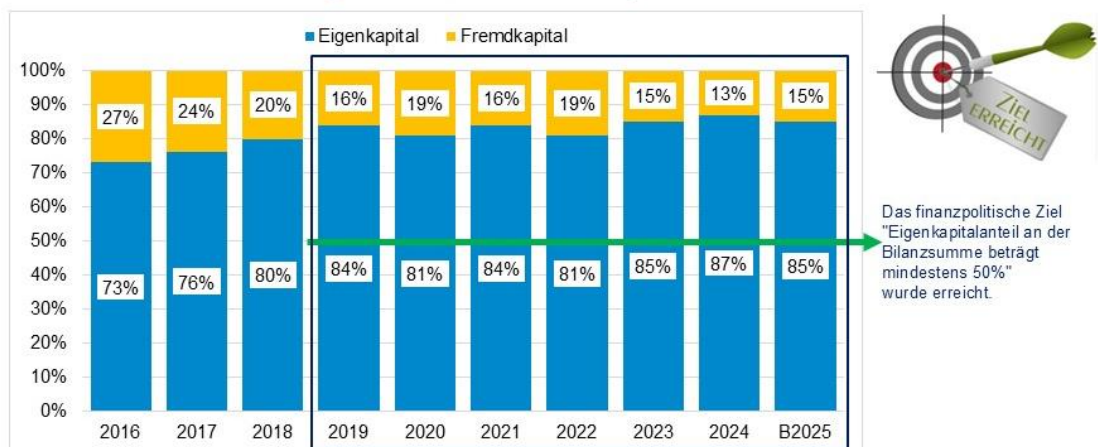
Normalerweise halte ich eine Präsentation bei Budget und Rechnung. Auf Anraten unseres GPK-Präsidenten habe ich mich aber entschieden und auch das Okay des Ratspräsidenten erhalten, auch bei diesem wichtigen Traktandum der Finanzstrategie eine Präsentation halten zu dürfen. Ich bedanke mich sehr. Ich denke aber, es ist für uns alle hilfreich, wenn wir die wichtigsten Punkte dieser Finanzstrategie auch auf den Bildschirmen sehen können.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug Agenda

1. Rückblick / Zielerreichung Finanzstrategie 2019 bis 2025
2. Ziele der Finanzpolitik
3. Geopolitik und Sicherheitsrisiken
4. Künftige Entwicklungen
5. Monitoring der wesentlichen Entwicklungen
6. Fazit

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

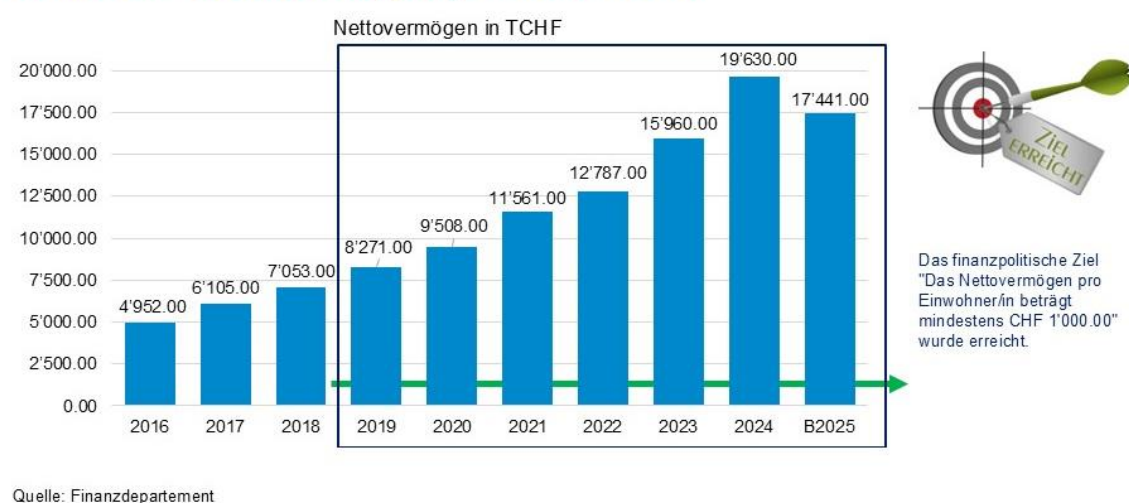
Rückblick: Anteil Eigen- und Fremdkapital



Ich beginne mit einem Rückblick. Die einen oder anderen von ihnen können sich erinnern: Vor rund zehn Jahren war die Situation der Stadt Zug anders, wir sprachen über Sparen und Verzicht. Basierend darauf entstand der Wunsch, auch dieses Parlamentes, eine klare Strategie zu entwickeln, wo die Finanzpolitik hingehen soll. Darauf hat der Stadtrat im Jahr 2019 eine erste Strategie präsentiert, und diese Strategie gilt immer noch. Damals wurde entschieden, dass die Eigenkapitalquote bei rund 50 % liegen soll. Auf dieser und weiteren Folien sehen Sie nun, was in den letzten Jahren passiert ist. Dieser Wert wurde erreicht. Ende 2024 sprechen wir von einer Eigenkapitalquote von 87 %.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

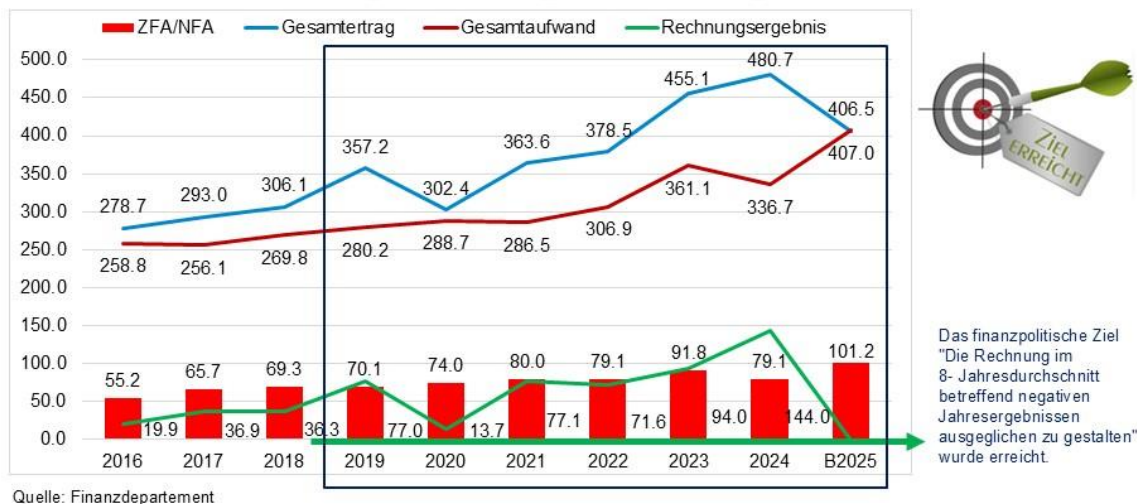
Rückblick: Nettovermögen je Einwohner/in



Das sieht man auch beim Nettovermögen pro Einwohnerin und Einwohner. Damals hat der Stadtrat CHF 1'000.00 für eine Person definiert. Ende 2024 lagen wir bei CHF 19'630.00.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

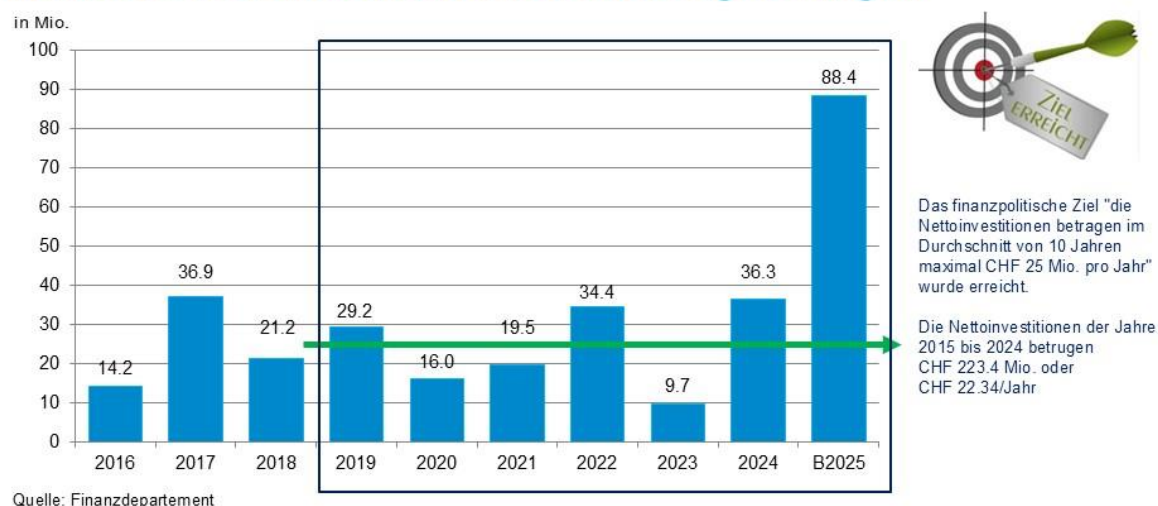
Rückblick: Entwicklung Jahresergebnis, Ertrag, Aufwand, ZFA, NFA



Wichtig ist jeweils auch, die Finanzergebnisse der letzten Jahre zusammenzuzählen, insbesondere über einen Zeitraum von acht Jahren, basierend auf dem Finanzhaushaltsgesetz des Kantons. Und auch da sieht man die roten Balken. Das sind die Überschüsse der letzten Jahre. Das ist deutlich, in den letzten Jahren, das wissen Sie selber, konnten wir sehr schöne Überschüsse präsentieren und auch darüber diskutieren. Auch dieser Punkt wurde erreicht.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

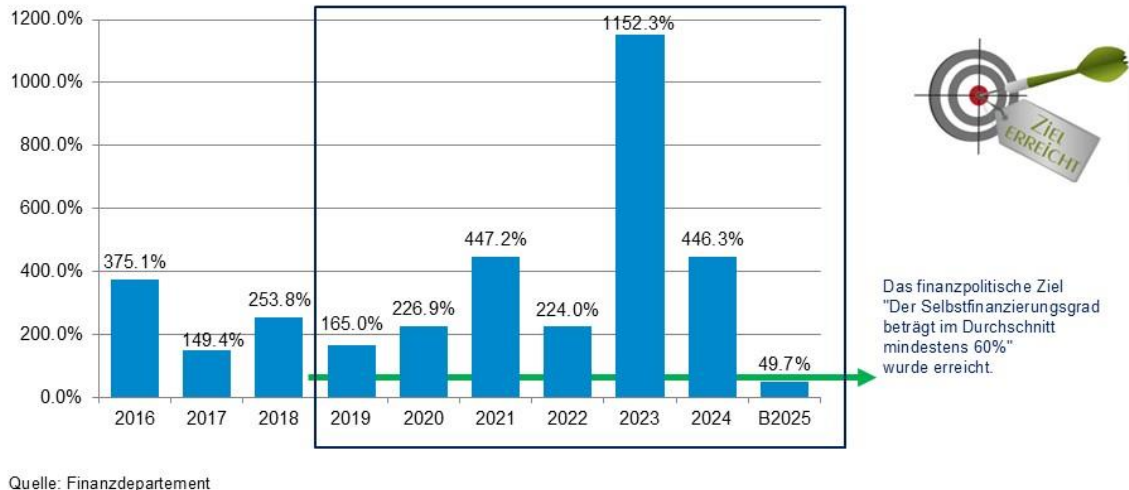
Rückblick: Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen



Dann ein Blick in die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen. Schon damals hat der Stadtrat eine doch ziemlich hohe Zahl von CHF 25 Mio. definiert. Wenn man die Zeit 2015 bis 2024 anschaut, waren das rund CHF 223 Mio. über diesen Zeitraum. Und dann betrachtet über die Jahre sind es rund CHF 22.3 Mio. Na ja, dieses Ziel haben wir knapp nicht erreicht. Aber sie wissen ja, es gibt da immer wieder Hindernisse für Investitionen ins Verwaltungsvermögen.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

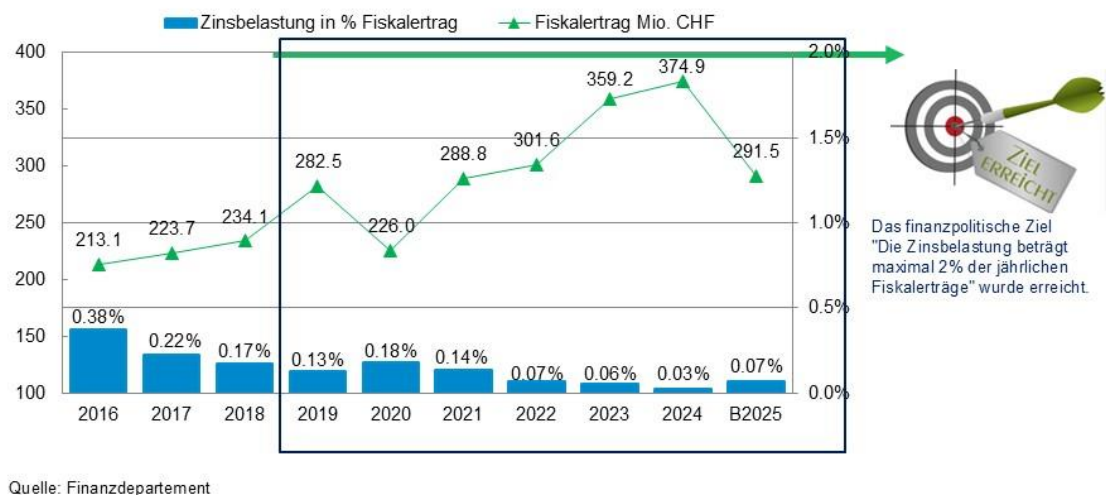
Rückblick: Selbstfinanzierungsgrad



Anders sieht es beim Selbstfinanzierungsgrad aus. Damals hat man ihn auf mindestens 60 % definiert und im Jahr 2024 betrug dieser 446 %.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

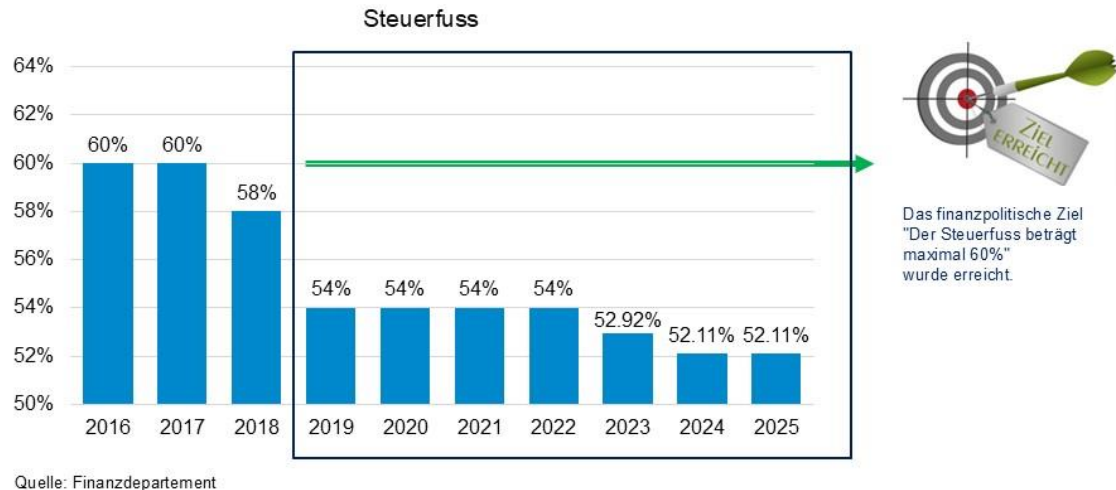
Rückblick: Zinsbelastung der jährlichen Fiskalerträge



Entscheidend ist dann jeweils aber auch die Zinsbelastung der jährlichen Fiskalerträge. Im Jahr 2019 hat man diese Belastung auf maximal 2 % definiert. Sie wissen es, in den letzten Jahren sind die Zinssätze eher tief gewesen, teils sogar negativ. Und das führt dazu, dass wir Ende 2024 einen Zinssatz von 0.03 % hatten auf diese Erträge. Also immer noch ein sehr gutes Ergebnis.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

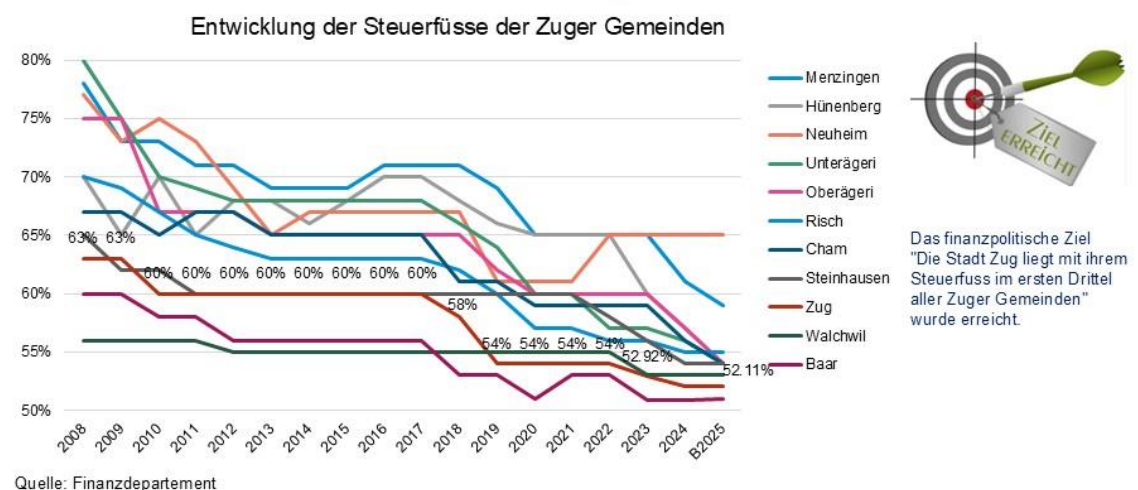
Rückblick: Attraktive Steuerbelastung



Der Steuerfuss, ebenfalls ein sehr wichtiger Aspekt, wurde damals auf maximal 60 % definiert. Aber bereits im Budget 2019 hat der Stadtrat dann 54 % vorgeschlagen. Und diese 54 % würden immer noch gelten, aber sie haben in den letzten drei Jahren Rabatte entschieden, man sieht dies deutlich bei der Grafik. Aktuell haben die Zugerinnen und Zuger einen Steuerfuss von 52.11 % zu bezahlen. Grundsätzlich wäre der Steuerfuss aber immer noch 54 %. Also auch dieses Ziel ist erreicht.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

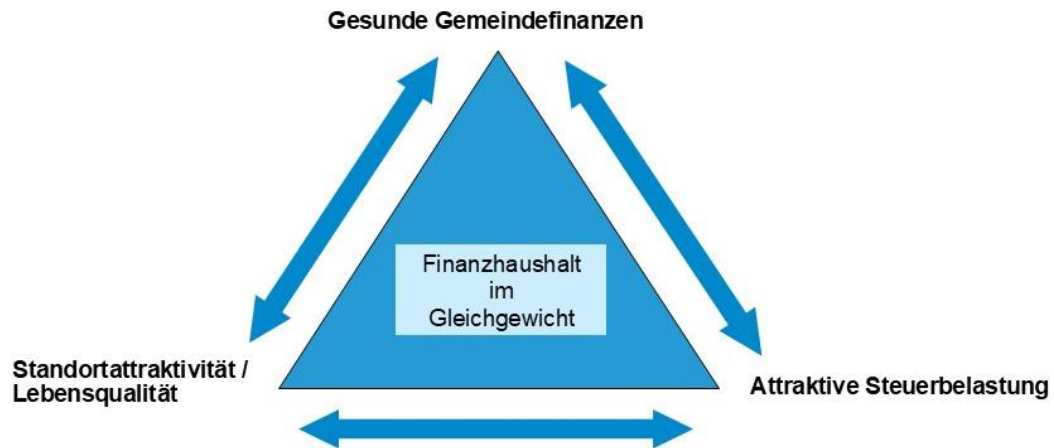
Rückblick: Attraktive Steuerbelastung



Man sieht das auch auf dieser Grafik. Die Stadt Zug hat den drittiefsten Steuerfuss sämtlicher Gemeinden des Kantons.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

Ziele der Finanzpolitik



Damals hat der Stadtrat entschieden, ein Gleichgewicht mit 3 Hauptpfeilern zu entwickeln: gesunde Gemeindefinanzen, attraktive Steuerbelastung und ein gutes Leistungsangebot. Vor rund zwei Jahren haben wir mit dem Prozess gestartet, eine neue Finanzstrategie zu entwickeln. Und an dieser Stelle möchte ich ganz klar Andreas Rupp für seine Arbeit danken. Es ist sozusagen sein letztes Werk für die Stadt Zug, er geht ja Ende Jahr in Pension, und er hat massgeblich an dieser Strategie mitgearbeitet. Lieber Andy, vielen Dank auch von dieser Stelle aus.

Man hat dann aber entschieden, dass wir bei Standortattraktivität etwas breiter schauen und nicht nur ein gutes Leistungsangebot, sondern eben die Standortattraktivität verbunden mit der Lebensqualität als dritten Pfeiler nehmen.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

Ziele der Finanzpolitik

Gesunde Gemeindefinanzen

- a) Für Grossinvestitionen werden entsprechende Vorfinanzierungen gebildet.
- b) Die Eigenkapitalquote beträgt mindestens 70% (bisher 50%).
- c) Die Zinsbelastung beträgt maximal 2% der jährlichen Steuereinnahmen.
- d) Das Nettovermögen pro Einwohner/in beträgt mindestens CHF 10'000.00 (bisher CHF 1'000.00).

Nun, das eine ist das Gerüst, das andere ist dann das Fleisch, damit das Ganze auch kontrollierbar bleibt. Und da haben wir pro Pfeiler wichtige Massnahmen definiert. Sie sehen beispielsweise bei der Eigenkapitalquote, diese beträgt nicht mehr 50 %, sondern soll 70 % sein. Oder aber das Nettovermögen pro Einwohnerin und Einwohner soll nun nicht mehr CHF 1'000.00 sein, sondern CHF 10'000.00. Das hat der Stadtrat bewusst so entschieden, um auch eine gewisse Stärke zu zeigen. Es bleibt aber zu beachten, sollten diese Werte darunter fallen, muss man über mögliche Massnahmen diskutieren können.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

Ziele der Finanzpolitik

Attraktive Steuerbelastung

- a) Die starke Stellung in einem dynamischen Steuerwettbewerb ist zu behaupten.
- b) Die Steuerbelastung in der Stadt Zug ist für alle Steuerpflichtigen attraktiv.
- c) Die Steuerpolitik ist auf Stabilität und Verlässlichkeit ausgerichtet.
- d) Der Gemeindesteuerfuss der Stadt Zug gehört zu den drei attraktivsten im Kanton Zug und wird mit maximal 52% (bisher 60%) festgelegt.
- e) Auf dem Steuerfuss kann jährlich ein Rabatt festgelegt werden.

Der zweite Pfeiler, die attraktive Steuerbelastung, da möchten wir ebenfalls einen Schritt machen. Aktuell ist der Steuerfuss bei 54 %. Mit dem Rabatt zahlen die Zuger 52.11 %. Und in den letzten drei Jahren war dieser Fuss immer bei rund 52 %. Deshalb hat der Stadtrat entschieden, er soll mit der neuen Strategie auf 52 % gesenkt werden. Warum 52 %? Grundsätzlich ist das ein Wert, den wir über die nächsten sechs Jahre auch erfüllen können. Und das ist aus Sicht des Stadtrates sehr wichtig. Es braucht da eine klare Transparenz und es ist wichtig, dass wir diesen Fuss auch immer wieder präsentieren können. Gerade bei den Firmenbesuchen stellen wir nämlich fest, dass die Firmen immer wieder auf diesen Steuerfuss schauen, und dies auch als Symbol und als Beispiel der Rechtsstabilität des Kantons und der Stadt nehmen.

Der Stadtrat ist klar der Meinung, und das zeigen auch die Berechnungen, 52 % ist für die nächsten Jahre machbar. Diejenigen von euch, welche zwischenzeitlich das Papier der Hochschule Luzern studiert haben, haben gesehen, wir könnten auf 23 % runter mit dem Steuerfuss und müssten immer noch in den ZFA bezahlen. Und genau dieses Race to the Bottom wollte der Stadtrat nicht. Ich denke, das ist ein gewichtiges Zeichen. Wir wollen zwar einen attraktiven Steuerfuss, aber wir wollen nicht ein weiteres Rennen mit den anderen Gemeinden anstossen. Und aus Sicht des Stadtrates ist deshalb dieser Steuerfuss von 52% optimal.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

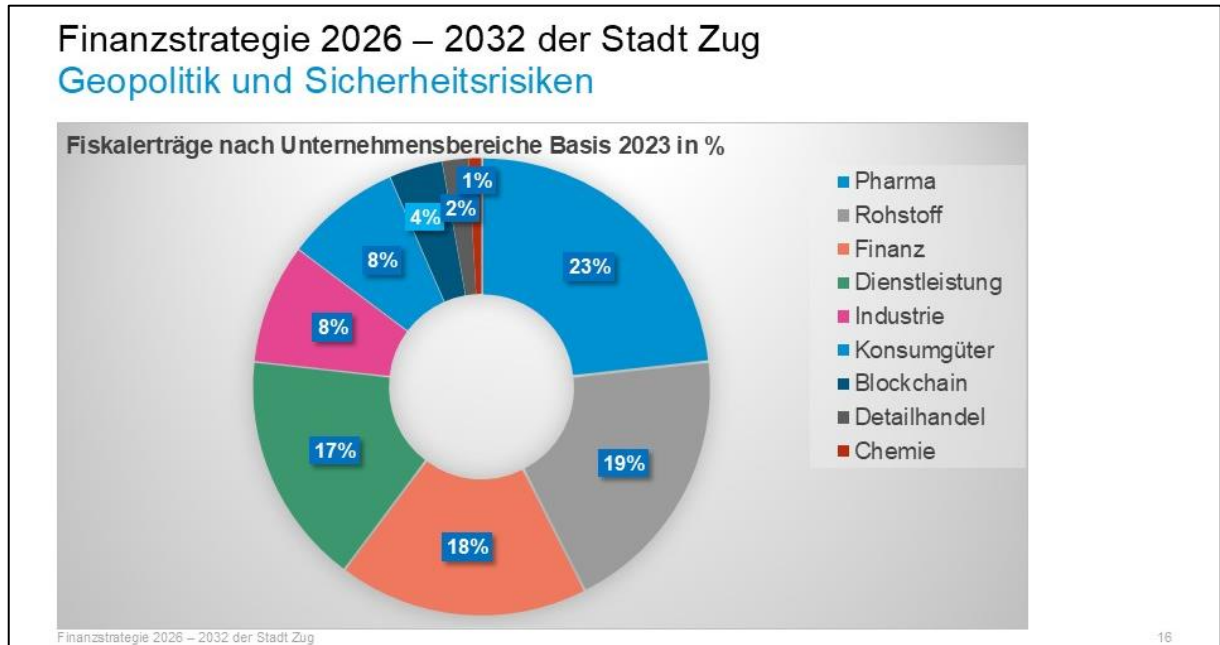
Ziele der Finanzpolitik

Standortattraktivität und Lebensqualität

- a) Die hohe Standort- und Lebensqualität wird mit sinnvollen und angemessenen Massnahmen und Investitionen erhalten und gepflegt. Die Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen sind zu priorisieren und betragen nach Entnahmen aus den Vorfinanzierungen, im 10-Jahresdurchschnitt höchstens CHF 30 Mio. (bisher CHF 25 Mio.) pro Jahr.
- b) Für die Vorfinanzierungen von Grossprojekten werden im Budget jährlich Beträge in der Höhe von maximal 50% der ordentlichen Abschreibungen vorgesehen.
- c) Wir bieten ein hochstehendes Leistungsangebot.
- d) Die Stadt Zug ist ein wichtiges Dienstleistungszentrum der Region und erbringt die öffentlichen Aufgaben effizient und bürgernah.
- e) Im Zusammenhang mit den anderen Themen verweisen wir auf die Entwicklungsstrategie Stadt Zug.

Und dann die Standortattraktivität und Lebensqualität. Dort sprechen wir vor allem von Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen. Und ein neuer Ansatz, den wir jeweils bei den Budgets schon umsetzen möchten, ist die Vorfinanzierung von Grossprojekten, jeweils in der Höhe von

maximal 50 % der ordentlichen Abschreibungen. Das als Zeichen, dass wir von der aktuellen Situation profitieren können und müssen, um diese Grossprojekte auch finanzieren zu können.



Ich habe es angetönt, es war mir persönlich und dem Stadtrat sehr wichtig, dass wir nicht einfach nur die Strategie überschrieben haben, sondern dass wir eine gute Grundlage hatten für die heutige Diskussion. Deshalb haben wir vor einem Jahr der Hochschule Luzern den Auftrag gegeben, eine Analyse zu machen, wohin die Reise der Stadt Zug geht. Wir konnten dies zwischenzeitlich auch in der GPK präsentieren und diese Geschichte ist auch öffentlich. Ich denke, Sie haben sie studiert, man findet sie auch auf der Website des GGR. Und dabei ist ganz interessant, woher die Steuereinnahmen kommen. Wir haben dies in die Branchen eingeteilt. Und man sieht, die Branche Nummer 1, die wichtigste, ist die Pharmabranche, vor der Rohstoff-, der Finanz- und der Dienstleistungsbranche. So weit, so gut. Wenn man diese Grafik anschaut, muss man nicht von einem Klumpenrisiko sprechen. Aber es gilt zu beachten, dass es vielfach zwei, drei grosse Unternehmungen sind, welche verantwortlich sind für diese Werte. Und der Stadtrat kennt die besten Steuerzahler der Stadt Zug sehr gut, er besucht sie auch immer wieder. Und genau da ist es wichtig, eben hinzuhören und die Schwierigkeiten und Probleme frühzeitig zu antizipieren, damit das grundsätzlich so bleibt. Denn es sind, man muss es leider so sagen, vor allem die grossen Steuerzahler, welche entscheidend sind, dass man diese Finanzstrategie überhaupt umsetzen kann.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug
Geopolitik und Sicherheitsrisiken

«Leider kann damit nicht ausgeschlossen werden, dass sich infolge eines Eskalationsszenarios die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bis 2032 fundamental verändern.

Dies ist aber eine «bekannte Unbekannte», das heisst, man muss mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit mit einem schlimmen Szenario rechnen, aber es ist unmöglich vorauszusehen, ob, wie und wann ein solches eintritt.»

Quelle: HSLU

Die Studie, über welche ich gesprochen habe, wurde dem Stadtrat im Februar von diesem Jahr präsentiert. Und Sie wissen es, ein halbes Jahr später sieht die Welt ziemlich anders aus. Damals sprach noch niemand von einem Zollhammer oder auch der sehr schwierigen geopolitischen Situation. Deshalb gelten diese Sätze von der Hochschule heute mehr denn je, es bleibt eine sehr grosse Unbekannte und es wird wichtig sein, dass wir genau beobachten, was passiert, welche Entwicklungen eben auch in Zug vonstattengehen und wie die Unternehmungen betroffen sind.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

Monitoring der wesentlichen Entwicklungen

Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung:

- a) Wachstum und Struktur der Beschäftigtenzahlen in Zug
- b) Entwicklung der wertschöpfungsstarken Branchen
- c) Anzahl und Art der Unternehmensansiedlungen bzw. -abwanderungen
- d) Auswirkungen des Fachkräftemangels auf den Standort

Demografische Entwicklung und Wohnraumangebot

- a) Entwicklung der Einwohnerzahl nach Alter, Einkommen/Vermögen, Nationalität und Wohnsituation
- b) Verfügbarkeit und Preisentwicklung von Wohnraum für verschiedene Einkommensgruppen
- c) Auswirkungen der Wohnpolitik auf die langfristige Standortattraktivität

Infrastruktur und öffentliche Finanzen

- a) Investitionsbedarf für Schulen, Verkehr, Digitalisierung und Stadtentwicklung
- b) Selbstfinanzierungsgrad der Stadt, Entwicklung des Eigenkapitals und des Nettovermögens
- c) Effizienz der öffentlichen Verwaltung und potenzielle Einsparpotenziale

Finanzausgleich und kantonale Transfers

- a) Entwicklung der ZFA- und NFA-Beiträge der Stadt bzw. des Kantons Zug
- b) Veränderungen im innerkantonalen Finanzausgleich und deren Auswirkungen auf die Stadt Zug
- c) Politische Diskussionen zur Reform des innerkantonalen Finanzausgleichs

Und das möchten wir mit einem genauen Monitoring tun, welches auch als Hinweis von der Studie von der Hochschule Luzern übernommen werden soll, indem wir die Faktoren, welche entscheidend sind, genauer studieren, sei dies die demografische Entwicklung oder eben auch die Infrastruktur und dann natürlich auch die Thematik ZFA. Es soll dafür eine Taskforce-Gruppe gebildet werden und diese Gruppe soll das Monitoring definieren, damit einerseits der Stadtrat, aber auch das Parlament immer wieder weiss, wo man steht.

Finanzstrategie 2026 – 2032 der Stadt Zug

Fazit

Die Ziele der Finanzpolitik stellen sicher, dass sowohl wirtschaftliche Einflüsse als auch das Wachstum die Zukunft der Stadt Zug finanzverträglich und attraktiv gestalten können.

Dies ist jährlich zu überprüfen und bei wesentlichen Abweichungen ist über den Finanzplan oder das Budget mit entsprechenden Massnahmen korrigierend einzuwirken.

«Unter dem Strich gibt es zwar verschiedene Gefahren für die Finanzstrategie, jedoch mindestens ebenso viele und gewichtige Chancen. Die eher positiven Aspekte überwiegen, so dass die Finanzstrategie aus heutiger Sicht als realistisch zu betrachten ist.» Quelle: HSLU

Ich komme zum Schluss meiner Präsentation. Stadtrat und GPK, aber dazu wird der GPK-Präsident noch etwas sagen, sind der Meinung, dass wir mit dieser Strategie eine gute Grundlage bilden, damit der Erfolg auch über die nächsten Jahre erhalten werden kann und dass wir eben auch gut gerüstet sind für die Herausforderungen der nächsten Jahre.

Aber den letzten Satz, er stammt von dieser Studie von der Hochschule Luzern, gilt es auch zu beachten: Unter dem Strich gibt es zwar verschiedene Gefahren für die Finanzstrategie, jedoch mindestens – immerhin – ebenso viele und gewichtige Chancen. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Ich werde jetzt etwas kürzer sein. Ich danke dem Stadtrat für die Ausführung, er hat das Ihnen wirklich besser nahegebracht, als das irgendjemand anders könnte. Ich möchte mich einfach zur Arbeit der GPK äussern.

Die GPK hat sich eigentlich an zwei Sitzungen mit dem Thema der Finanzstrategie auseinandergesetzt. An der ersten Sitzung, das war noch vor den Sommerferien, wurden wir von den beiden Professoren, Prof. Hauser und Prof. Lengwiler, von der Hochschule Luzern orientiert über ihre Arbeit, welche dann eben auch die Grundlage bildete für die GPK-Sitzung vom 18. August, wo wir dann die Vorlage, die Finanzstrategie 2026 bis 2032 behandelt haben. Ich kann das Ergebnis vorwegnehmen, es ging ja um eine Kenntnisnahme. Wir haben uns intensiv damit auseinandergesetzt, das darf ich sagen, und haben dann mit 6:1 entschieden, eine positive Kenntnis zu nehmen. Ich verweise also auf Bericht und Antrag.

Ich möchte auch nochmals wiederholen, was der Vorsteher des Finanzdepartements Urs Raschle gesagt hat. Ich danke auch an dieser Stelle vor allem dem Team um Andreas Rupp, der seine langjährigen Erfahrungen als Leiter der Finanzen und Finanzsekretär der Stadt da eingebracht hat. Ich selber bin ja mittlerweile seit 15 Jahren in meiner Funktion, wir haben gemeinsam doch einige Höhen und Tiefen erlebt. Und ich kann nur bestätigen, ich bringe das jeweils sowohl beim Budget, aber auch bei der Jahresrechnung, vielleicht in anderen Worten, als es jetzt der Finanzvorsteher gesagt hat: Ja, die Zukunft ist nicht immer ganz klar, gewisse Dinge sieht man kommen, gewisse tauchen dann plötzlich auf, die Erfahrung haben wir gemacht in den beginnenden Zehnerjahren, als die Stadt ja Defizite schrieb und nach einer doch fünfjährigen Periode dann wieder zu etwas Wachstum zurückgefunden hat. Und meistens kommt es anders, als man denkt. Damals, vor über zehn Jahren,

sich vorzustellen, dass man dann irgendwann CHF 144 Mio. Gewinn schreiben kann, auch das ist nicht normal – beziehungsweise das ist nicht die Realität, wie sie auch in Zukunft sein wird. Aber ich denke, wir haben die Gelder gut eingesetzt.

Und wenn ich daran denke, dass Stadtrat Urs Raschle vorhin gesagt hat, die Investitionsgrenze sei jahrelang ungefähr bei CHF 25 Mio. gelegen, das war die Ausgangslage bei der alten Finanzstrategie, dann kann ich Ihnen doch vertraulicherweise mitteilen, dass der Stadtrat in seinem Budget 2026 die 100-Millionen-Grenze plant zu überschreiten. Es ist allerdings zu sagen, dass dieser Betrag von CHF 113 Mio. nicht erreicht werden wird. Aber wir dürfen davon ausgehen, etwa 70 % werden investiert werden, da sind ja die Schulhausbauten ein wichtiger Pfeiler im Investitionsprogramm, das auch die nächsten Jahre umfassen wird. Und weitere Schulbauten sollen ja noch folgen. Wir sind da also wirklich aktiv dran. Und wie gesagt, ich danke auch dem Baudepartement. Ich hatte gestern die Möglichkeit, dem neuen Hochbauchef Fragen zu stellen. Ich hatte einen guten Eindruck, dass es da doch am einen und anderen Ort sehr gut nach vorne geht.

Ja, ich möchte nicht länger werden. Das ist alles sehr, ich sage jetzt mal, gut fundiert. Aber wie gesagt, die Gefahren müssen wir im Auge behalten. Und ich bin froh, dass dieses Monitoring, das der Stadtrat angekündigt hat, dann auch aktiv stattfindet. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist das auch ein bisschen der Hintergrund der Reorganisation des Finanzdepartements, mindestens an dieser Stelle, dass man sich da auf diese Entwicklungen konzentriert.

Also nochmals, ich fasse zusammen: Wir empfehlen Ihnen die positive Kenntnisnahme. Und wir danken sowohl dem Stadtrat, aber auch den Beteiligten und den Professoren der Universität, die da mit ihrem fachlichen Wissen mitgearbeitet haben. Ich denke, wir sind gut aufgestellt. Dass der Stadtrat jetzt schon so quasi eine Kennzahl aus dem Budget bekannt gibt, nämlich die 52 %, das ist doch auch erfreulich, zumindest aus bürgerlicher Sicht. Wir werden vielleicht dann heute noch andere Meinungen dazu hören. Ich danke dem Präsidenten, dass ich nicht unterbrochen wurde und schliesse.

Alexander Eckenstein

Wir dürfen uns freuen und auch etwas stolz sein. Wir sprechen hier im Parlament der innovativsten Gemeinde im innovativsten Kanton des innovativsten Landes der Welt. Diesen Innovationsweltmeistertitel erteilte uns die Hochschule Luzern in deren Bericht vom 20. Februar 2025. Ein Titel, welchen man nicht über Nacht erreicht und den man sich auch nicht erkaufen könnte. Er ist die Auszeichnung für eine jahrzehntelange Standortpolitik, welche Unternehmertum, Forschung und Kreativität fördert. Es wurden Rahmenbedingungen geschaffen, welche es für Unternehmen attraktiv machte, am Standort Zug zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Studie der HSLU zeigt eindrücklich auf, dass die Wirtschaftsakteure in Zug sehr breit diversifiziert sind. Wir haben die Darstellung hier soeben gesehen. Die Branchen Pharma, Rohstoff, Finanz und Dienstleistungen liefern je rund 20 % der Fiskalerträge. Gute Infrastrukturen und effiziente Dienstleistungen sind zusammen mit einer attraktiven Steuerbelastung wichtige Faktoren für einen attraktiven Standort.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Stadtrat in seiner Finanzstrategie 2026 bis 2032 für Kontinuität, Berechenbarkeit und Stabilität ausgesprochen. Diese Stossrichtung unterstützt die FDP-Fraktion ohne Wenn und Aber. Gerade in unruhigen Zeiten mit einer Vielzahl internationaler Konflikte und unberechenbaren Staatsoberhäuptern selbst in befreundeten Staaten erscheint uns das strategische Ziel, ein «Safe Haven» – ein sicherer Hafen – zu sein, die richtige Antwort.

Teil der Strategie ist es, die Steuern für Unternehmen und Private weiterhin tief zu halten. Der Steuerfuss, welcher sich in den vergangenen Jahren angesichts der Steuerrabatte bereits bei etwa 52 % eingependelt hatte, wird neu konsequenterweise bei diesem Wert festgesetzt.

Der Fokus sollte aus unserer Sicht darauf gerichtet sein, die bereits ansässigen Unternehmen und Einwohnenden hier zu halten. Der internationale Druck im Steuerwettbewerb und im Wettbewerb um gute Arbeitgeber wird zunehmend grösser. Die OECD-Mindeststeuer ist da erst der Anfang.

Unsere Fraktion begrüsst auch die vorgesehenen Vorfinanzierungen von Grossprojekten und Anhebung der Nettoinvestitionen in das Verwaltungsvermögen von bisher durchschnittlich CHF 25 Mio. auf neu CHF 30 Mio. pro Jahr. Diese Massnahmen garantieren, dass Infrastrukturprojekte in guten Zeiten vorangetrieben und realisiert werden. Davon profitieren alle Einwohnenden und alle Unternehmen in der Stadt.

Durch die Bildung der Steuerausgleichsreserven wird zudem ein sinnvoller Puffer geschaffen, um Schwankungen bei Steuereinnahmen auszugleichen und damit das strategische Ziel eines stabilen Steuerfusses zu erreichen und den sicheren Hafen für Unternehmen wie auch Private bieten zu können.

Die Studie der HSLU erinnert schliesslich auch daran, dass es für die Akzeptanz der Finanzstrategie wichtig ist, dass ein wesentlicher Teil der Fiskalerträge auch für die Förderung der Lebensqualität aller Einwohnenden verwendet wird. Nicht zuletzt auch, um die soziale Durchmischung der Bevölkerung zu sichern. Der Stadtrat scheint diese Bedenken aufgenommen zu haben, indem er ein hochstehendes Leistungsangebot mit staatlichen Leistungen im Bereich des preisgünstigen Wohnungsbaus, der Kinderbetreuung und der Kultur anstrebt. In diesem Zusammenhang erwarten wir auch mit Interesse die Beantwortung unserer Motion zur Soziokulturstrategie.

Die FDP nimmt von der Finanzstrategie 2026 bis 2032 zustimmend Kenntnis und dankt dem Stadtrat einerseits für die solide Abstützung der Strategie mit einer Studie der HSLU und andererseits dafür, dass er sich bei der Finanzpolitik für Stabilität ausspricht und sich nicht auf Experimente einlässt.

Marilena Amato Mengis

Die vorliegende Finanzstrategie ist solide berechnet, gut untermauert und hält den Haushalt im Gleichgewicht. Dafür danken wir dem Finanzdepartement und dem Finanzsekretär ausdrücklich. Auch für den Bericht der Hochschule, der zeigt, dass auch bei Krisen und zukünftigen Unsicherheiten die Stadt nicht gleich auseinanderfällt, sondern ein Safe Haven ist, auch ganz unabhängig vom Steuerfuss.

Dennoch nehmen wir die Strategie negativ zur Kenntnis.

Erstens, weil sie das Pferd von hinten aufzäumt: Der Steuerfuss soll auf maximal 52 % festgelegt werden. Dazu sagen wir klar Nein. Denn der Steuerfuss ist kein Ziel an und für sich, der Steuerfuss ist ein Mittel. Er soll so hoch sein, wie es für die Finanzierung der städtischen Aufgaben nötig ist. Das mag im Moment bei 52 % sein, aber es soll kein Dogma sein für die Tiefsteuerpolitik.

Zweitens, weil die Folgen der formulierten Strategie ausserhalb von Budget und Investitionsrechnung fast vollständig ausgeblendet werden. Der neue Pfeiler Standortattraktivität wird in unseren Augen immer noch viel zu einseitig als Anziehungskraft für wohlhabende Fachkräfte und Firmen definiert. Welche Auswirkungen das wachsende Ungleichgewicht zwischen Arbeitsplätzen und Einwohnerschaft

und der sich stark verändernde Bevölkerungsmix hat, wird nur angetönt, aber die Folgen nicht erörtert. Es geht nicht nur um die hohen Mieten und die Gefahr, dass der politische Rückhalt schwinden könnte. Die Fragestellungen und Folgen sind vielschichtiger und viel komplexer.

Hätte man anstatt zweier Ökonomen vielleicht auch eine Demografin oder einen Soziologen beigezogen, wäre vielleicht nicht untergegangen, dass die Strategie «Geld anziehen um jeden Preis» auch einen Preis hat, der sich nicht einfach monetär beziffern lässt. Aber auch ohne hochkarätige wissenschaftliche Studien liegen die wirklich wichtigen Fragen auf der Hand:

Gemäss der Studie braucht Zug, um den Status quo an Finanzkraft zu halten, jedes Jahr mehrere Hundert hoch qualifizierte Zuzügerinnen und Zuzüger aus aller Welt. Ich sage nicht, ob das gut oder schlecht ist. Aber es wird nicht beleuchtet, was das für unsere Stadt bedeutet.

Junge, internationale Zuziehende bringen Vielfalt, aber auch neue Bedürfnisse. Ein Beispiel, das ich täglich in der Nachbarschaft erlebe: Kinder wachsen vermehrt ohne Grosseltern in der Nähe auf. Oft fehlt das familiäre oder stabile soziale Netz – auch bei Erwachsenen. Für Kinderbetreuung, Hilfe oder Pflege im Not- oder Krankheitsfall und ähnliches, werden wir in Zukunft vermehrt professionelle Anbieter brauchen.

Zudem fehlen Szenarien, die aufzeigen, was es bedeutet, wenn immer weniger Menschen in Zug in systemrelevanten Berufen arbeiten und pendeln müssen: mehr Verkehr, mehr Infrastrukturbedarf – aber auch, dass der Bezug zur Lebensrealität der Bevölkerung fehlt.

Auch die Idee der ETH Learning Factory klingt attraktiv, fokussiert aber auch wieder auf Hochqualifizierte. Und Sie wissen es wie ich: Die Stadt funktioniert nicht nur mit Hochqualifizierten. Diese müssen auch zum Coiffeur, müssen auch einkaufen und wollen abends in Restaurant.

Solche Aspekte sind zentral und solche Überlegungen sind zwingend zu machen, bevor wir festlegen, dass unser strategisches Ziel sein muss, den Steuerfuss bei maximal 52 % anzulegen.

Unser Fazit: Das Finanzdepartement und der Finanzsekretär haben gute Arbeit geleistet. Aber leider unter den falschen beziehungsweise fehlenden Voraussetzungen. Für uns ist klar, diese Strategie kommt so nur den Wohlhabenden zugute, sie dreht eine gefährliche Spirale weiter, die Ungleichheiten verschärft auf Kosten jener, die für eine funktionierende Stadt lebensnotwendig sind.

Wir brauchen nicht nur ein Monitoring, das wir begrüssen, wir brauchen eine Gesamtstrategie, die ihren Erfolg nicht am Überschuss festmacht, sondern an der Zufriedenheit ihrer Einwohnerinnen und Einwohner – aller, nicht nur weniger.

Und jetzt habe ich vergessen, dieses Buch mitzunehmen. Alles, was ich hier sage – habe ich gestern Abend bemerkt –, ist gar nicht neu. Was die Stadt braucht, ist eine Neuauflage der Stadtzuger Idee, die 2015 mit einem Thinktank formuliert wurde, der genau die richtigen Fragen stellt: Wohin soll diese Stadt gehen? Welches Wachstum wollen wir? Wie halten wir die Gesellschaft zusammen? Und so weiter und so fort...

Ich würde erwarten, dass so etwas mit der genau gleichen Professionalität gemacht wird wie die Finanzstrategie.

Daniel Marti

Die Finanzstrategie des Stadtrats für die Jahre 2026 bis 2032 knüpft an eine erfolgreiche Vergangenheit an. Wie wir gehört haben, haben wir heute stabile Gemeindefinanzen, eine gesunde Eigenkapitalquote, einen attraktiven Steuerfuss und solide Vorfinanzierungen, insbesondere auch für die künftige Schulinfrastruktur. Dies ist eine beachtliche Leistung, verdient unsere Anerkennung und darauf dürfen wir auch tatsächlich – wie der Vorredner schon gesagt hat – ein bisschen stolz sein.

Gleichzeitig ist uns auch klar: Die Finanzstrategie darf kein starres Instrument sein. Sie muss sich an der Entwicklungsstrategie der Stadt Zug orientieren. Themen wie eine innovative Wirtschaft, eine starke Gemeinschaft, eine grüne Stadt und gesunde Finanzen hängen eng zusammen. Eine Finanzpolitik, die nicht zur übergeordneten Entwicklung passt, würde ihre Wirkung verfehlen. Der Stadtrat schlägt darum auch zu Recht vor, die Strategie jährlich zu überprüfen und bei Abweichungen über Finanzplan oder Budget korrigierend einzugreifen. Nur so können wir sicherstellen, dass Chancen genutzt und Risiken rechtzeitig erkannt werden und darauf adäquat und zeitnah reagiert werden kann.

Die Studie der Hochschule Luzern macht deutlich, dass es verschiedene Gefahren gibt – Stichwort OECD-Mindeststeuer, geopolitische Spannungen, demografischer Wandel –, aber ebenso viele und gewichtige Chancen. Wie die Studie sagt, überwiegen die eher positiven Aspekte und die Finanzstrategie kann aus heutiger Sicht als realistisch betrachtet werden.

Dem können wir von der GLP uns anschliessen, denn obwohl gewichtige Faktoren nicht in die Finanzstrategie miteinberechnet wurden, wie zum Beispiel die US-Zölle von 39 % auf Schweizer Waren, werden auch im Worst Case die Firmen, die heute am Standort Zug sind, nicht morgen schon verschwunden sein. Und die Steuern werden bezahlt aufgrund von Parametern, die in der Vergangenheit liegen. Die Reaktionszeit, bis etwas Einschneidendes geschieht, beträgt mehrere Jahre und nicht nur ein paar Monate. Dies gibt uns entsprechend Zeit, Massnahmen einzuleiten.

Wir unterstützen die Zielsetzung, langfristig einen Steuerfusses von 52 % anzustreben. Dieser Wert ist sinnvoll und realistisch. Er wahrt die Attraktivität für Einwohnerinnen und Einwohner wie auch für Unternehmen und trägt gleichzeitig zur fiskalischen Stabilität bei, die in einem volatilen Umfeld, wie wir es heute haben, eminent wichtig ist.

Unser Fazit: Unter dem Strich ist diese Finanzstrategie solide, weitsichtig und realistisch. Sie verdient unsere wohlwollende Kenntnisnahme. Gleichzeitig bleibt es aber unsere Aufgabe, Jahr für Jahr genau hinzuschauen und bei Bedarf nachjustieren – damit Zug nicht nur heute, sondern auch morgen stark, lebenswert und weiterhin finanziell gesund bleibt.

Dagmar Amrein

Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für den ausführlichen Bericht zur Finanzstrategie.

Zug glänzt. Seit Jahren schliesst Zugs Jahresrechnung mit glänzenden Resultaten ab, die Stadt macht Überschüsse in Millionenhöhe. Daraus können wir uns ein tolles Casino, schöne Schulhäuser und bald vielleicht auch ein Hallenbad leisten.

Aber wie jede Medaille hat auch diese eine Kehrseite. Wir alle erfahren nunmehr seit Jahrzehnten die Kehrseite der Zuger Finanzpolitik – und diese glänzt ganz und gar nicht.

Die internationalen Firmen, angezogen durch die Tiefsteuerpolitik, bringen hunderte Expats in die Stadt. Normale Zuger, unsere Freunde und Kinder finden keinen bezahlbaren Wohnraum mehr und verlassen Zug. In der Innenstadt hört man immer weniger Schweizerdeutsch. Zug wird immer

anonymer, bewohnt von Menschen, die einige Jahre hier leben und dann weiterziehen. Die Menschen, welche unsere Kultur prägten, welche das Vereinsleben mittragen, welche in unseren Spitälern oder im Werkhof arbeiten, müssen pendeln und sind abends gar nicht mehr hier. Eindrückliche Pendlerströme blockieren unsere Strassen.

Die Finanzstrategie 2026 bis 2032 will grundsätzlich die bestehende fortsetzen. Die Standbeine «gesunde Gemeindefinanzen» und «attraktive Steuerstrategie» will man beibehalten, das dritte Standbein wird durch «Standortattraktivität und Lebensqualität» definiert. Nun, wenn das Hauptziel ist, Finanzen anzuhäufen, dann war die bisherige Strategie höchst erfolgreich. Sie sicherte uns mehr, als wir brauchen können. Die neue Strategie will die bisherige fortsetzen und noch etwas akzentuieren. Der Stadtrat will den Steuerfuss von 54 % auf 52 % senken, was die Attraktivität weiter erhöht.

Einverstanden sind wir natürlich damit, dass die Strategie aktualisiert wird. Als dass man beispielsweise die Investitionen der Bevölkerungszahl anpasst. Auch das geplante Monitoring begrüssen wir. Aber wir sind dagegen, die bisherige Steuerstrategie noch zu verschärfen.

Meine Damen und Herren, kann das Scheffeln von Geld der Hauptzweck einer Stadt sein? Wieso ist nicht «Lebensqualität sichern» das übergeordnete Ziel unserer Finanzstrategie? Diese Strategie muss doch uns Zugern und unserer Stadt dienen und nicht umgekehrt. Der vor 60 Jahren eingeschlagene Weg, damals in einem ganz anderen Umfeld, wollte tatsächlich die Lebensqualität der Zugerinnen und Zuger verbessern und hat dies auch eine Weile lang getan. Inzwischen ist diese Finanzstrategie zum Selbstzweck geworden: Sie dient nicht mehr unserer Stadt, sondern sie dient den internationalen Firmen und den Superreichen.

Die Studie der HSLU, die offensichtlich den Auftrag hatte, zu zeigen, wie Zug weiterhin seine Finanzen sichern kann, benennt durchaus auch Risiken, will man diese denn heraushören. Da steht zum Beispiel: Ein weiterer Nebeneffekt des schwindenden einheimischen Mittelstandes in Zug sei ein langsames Verschwinden des Vereinslebens. Oder: Der Erhalt von erschwinglichem Wohnraum und die Lebensqualität für alle Bevölkerungsschichten ist daher wesentlich für den Erhalt der Attraktivität des Standorts.

Zynischerweise geht es den Autoren dann jedoch nicht um die Zuger Bevölkerung, sondern um die Stadtfinanzen, die darunter leiden könnten, dass Zug weniger attraktiv würde. Wir in diesem Parlament haben aber doch die Aufgabe, für das Wohl der ganzen Stadt zu denken. Heute müssen wir uns fragen: Was macht es mit einer Stadt, wenn jährlich 500 Expats zuziehen?

Meine Damen und Herren, wir wollen etwas für Einheimische machen und nicht ein Safe Haven für Superreiche sein. Selbstverständlich geht es auch uns nicht darum, den Karren an die Wand zu fahren. Wir können auch verstehen, dass man zuerst abwarten will, welchen Effekt die OECD-Mindeststeuer auf unsere Finanzen haben wird. Dies wird man aber bis in ein, zwei Jahren wissen. Und die Chancen stehen – auch gemäss der HSLU-Studie – sehr gut, dass Zug weiterhin Überschüsse schreiben wird. Jetzt, wo wir eine neue Finanzstrategie beschliessen, müssen wir uns doch im Klaren sein, was die Vorteile, was aber auch die Nachteile des eingeschlagenen Weges sind.

Wir haben eine andere Vorstellung von Lebensqualität, als ein Küsnachter Villenhang für Superreiche zu werden. Deshalb sind wir gegen Steuersenkungen, gegen noch höhere Eigenkapitalquoten und wir müssen auch nicht unbedingt bei den Top-3-Gemeinden des Kantons sein, die vordere Hälfte würde doch auch reichen.

Mit der vorliegenden Finanzstrategie 2026 bis 2032 verpasst man die Chance für eine Wende. Aus diesem Grund nehmen wir negativ zur Kenntnis.

Philip C. Brunner

Ich spreche namens der SVP-Fraktion, welche den Bericht der GPK und den Bericht des Stadtrates zur Finanzstrategie – das sei vorab gesagt – positiv zur Kenntnis nimmt.

Wir haben jetzt ein bisschen Kapitalismuskritik gehört, die wir so nicht teilen. Und wenn sie die Seite 7 von 13 des Berichtes des Stadtrates aufschlagen, dann hat es dort eine sehr interessante Tabelle, und zwar sind es 3'370 Personen, die zwischen CHF 250'000.00 und höher verdienen. Und diese sind genau 17 % und tragen 79, also knapp 80 % der Einkommenssteuer der natürlichen Personen. Und so geht es weiter auf Seite 8. Es sind Leute mit Vermögen, nämlich diejenigen mit über CHF 5 Mio. Vermögen, die 86.5 % der Vermögenssteuern zahlen. Und es sind die Fiskalerträge bei den juristischen Personen von 390 Personen, die fast 95 % der Ertragssteuern der juristischen Personen zahlen. Und auf Seite 9 von 13, bei der Struktur der Fiskalerträge, bei den Kapitalsteuern der juristischen Personen sind es 6.24 %, die 94.36 % des Ganzen tragen. Und wenn Sie die Entwicklungen sehen, die hier auch sehr gut dokumentiert sind, dann kann es nicht sein, dass wir hier drin im GGR ein Reichen-Bashing machen.

Auch wir von der SVP sehen die Einwanderung und die Probleme, die damit zusammenhängen, durchaus realistisch. Und wenn ich die Entwicklung anschau von den knapp 3'000 Schülern auf der Grafik Nummer 7, dann wenden wir sehr, sehr viel Geld für diese Schüler auf.

Und selbstverständlich sind wir froh, dass der Stadtrat die Steuern bei 52 % belassen will, behalten uns aber auf jeden Fall vor, nach Erhalt des Budgets auch diese Zahl vielleicht dann genauer anzuschauen und können uns durchaus vorstellen, dass die vielleicht auch noch tiefer sein können, auf dem Niveau einer Gemeinde wie Baar.

Also insgesamt herzlichen Dank allen, die hier mitgearbeitet haben. Und die farbige Präsentation des Berichtes des Stadtrates ist wirklich sehr erheiternd. Ich bedaure ehrlich gesagt, ich habe das aber bereits der Stadtkanzlei mitgeteilt, dass es nicht möglich war, den GPK-Bericht entsprechend auch farbig zu machen. Da ist offenbar ein Fehler passiert, das soll nicht wieder vorkommen.

Weniger Freude haben wir ehrlich gesagt an diesen SDGs, die hier auch noch in diesem Bericht auftreten. Also da muss man sich schon fragen, ob es uns als Kleinstadt mit 33'000 Einwohnern möglich ist, SDG 10, Ungleichheiten zwischen Staaten zu verringern, oder SDG 17, globale Partnerschaften zur Wiederbelebung einer nachhaltigen Entwicklung zu machen. Meine Damen und Herren des Stadtrates, es ist schade, dass sie diese SDGs hier auch noch dazunehmen, wenn doch eigentlich zur Entwicklung schon alles gesagt ist, muss man diese auch weglassen.

Es ist übrigens, wenn ich zu den SDGs noch ergänzen darf: In diesem GGR haben wir nie beschlossen, diese SDGs zu respektieren. Wir haben auch nie beschlossen, dass die auf jedem Dokument der Stadt erscheinen müssen. Da hat sich der Stadtrat wieder einmal selber Kompetenzen herausgenommen, die er eigentlich meiner Meinung nach nicht hat. Die Struktur dieser Berichte ist eigentlich vorgegeben.

Das sind so ein paar Bemerkungen, die man machen könnte. Im Weiteren, wie gesagt, die Zukunft wird zeigen, wie wir aufgestellt sind. Und es ist in der Tat so, wie ein Vorredner oder eine Vorrednerin bereits gesagt hat: Es ist schon morgen möglich, dass wir da irgendeine Meldung haben, amerikanische Firma XY in Zug zieht sich aus der Schweiz zurück, der Hauptsitz Zug wird geschlossen, mehrere 100 Leute werden entlassen. Wenn sie die Medien verfolgen, was in

Deutschland teilweise abgeht, das hat konjunkturelle Geschichten, aber schlechte Politik, das ist das Resultat. Arbeitslose. Ich habe heute Morgen gelesen, auf dem Platz Köln werden 1'000 Mitarbeiter der Ford-Werke auf einen Schlag in den nächsten vier Monaten entlassen. Warum? Weil man auf die falsche Strategie gesetzt hat. Man hat auf das Elektroauto gesetzt, das sich jetzt überhaupt nicht verkauft von Ford. Und diese Leute verlieren ihren Job. Das ist die Realität.

In diesem Sinne kann man nur sagen: Spreiten wir die Vergangenheit, die positiv war und die dieser Stadt doch einiges ermöglicht hat. Und vielleicht, wenn wir Glück haben, ermöglicht es auch, einen Park neben dem Casino zu haben, das wäre sehr schön. Dank dem, dass wir eben gut gewirtschaftet haben, können wir uns auch diese Lebensqualität, welche die Linken hier einfordern und die wir überhaupt nicht ablehnen – auch wir haben Freude an der Natur, auch wir haben Freude an der Identität und an der Geschichte unserer Stadt –, aber die ist nur möglich, wenn wir finanziell gut wirtschaften. Und das wünsche ich dieser Stadt und das wünsche ich dem Team von Urs Raschle. In diesem Sinne nehmen wir Kenntnis von dem Bericht, und zwar positiv.

Gabriela Furrer Auf der Maur

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Parlamentsreihen. Ich betrachte mich auch als bürgerliche Person. In diesem Sinne fühle mich immer mitgemeint, wenn Sie von den bürgerlichen Menschen sprechen. Ich habe die Studie meiner eigenen Hochschule sehr genau gelesen. Die Stadt Zug hat also gesunde Finanzen, sie hat eine diversifizierte Wirtschaft, sie investiert in Forschung und Innovation, sie siedelt zukunftsorientierte Branchen an, sie sucht die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, der öffentlichen Hand und Wirtschaft, wie das zum Beispiel mit der ETH Learning Factory geplant ist. Das ist richtig und das ist wichtig. Die Stadt Zug will aber noch viel mehr: Sie will im nationalen Steuerwettbewerb einen Spitzenplatz einnehmen, sie will ihr Vermögen permanent steigern und all das zusätzliche Geld nicht ausgeben, sondern aufhäufen, damit man in schwierigeren Zeiten international signalisieren kann, dass man ein attraktiver Safe Haven für internationale Firmen und Hochvermögende ist – Sie merken es, ich bin echt genervt und verärgert. Schwerreiche natürlichen Personen sollen nämlich in noch stärkerem Mass angelockt werden, wie das die Studie der HSLU vorschlägt. In der Studie kann man dann zum Beispiel nachlesen, dass die hohen Wohnungsmieten für die Stadt Zug ein Vorteil sind, weil bei Wegzügen aus hochwertigen Wohnungen an attraktiven Lagen immer einkommensstarke Personen einziehen. Wie sollen wir normalsterblichen Zugerinnen und Zuger, die kein Eigentum besitzen und nicht von tiefen Hypotheken profitieren können, das verstehen? Schön, dass die Mietpreise so hoch sind, dann wandern die Durchschnittsverdienerinnen und -verdiener schneller ab? In der Studie der HSLU wird das Thema folgendermassen abgehandelt: «Am Standort Zug werden Haushalte mit hohem Einkommen favorisiert, das ist eine Herausforderung für einheimische Familien mit durchschnittlichem Einkommen. Das kann ein politisches Risiko bergen, welches die Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gefährden könnte.» Das Problem ist also nicht, dass die einheimische Bevölkerung vertrieben wird, das Problem sind die daraus resultierenden Unruhen, welche die Stabilität der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gefährden könnten. Und das wird unverfroren so festgehalten.

Mir geht es nicht in den Kopf, wer eine solche Entwicklung, eine solchermassen ad absurdum getriebene finanzpolitische Stabilität längerfristig anstreben wollen soll – und warum. Die Zuger Finanzstrategie ist zu kurzfristig, wenn sie nur die Steigerung der Einkünfte im Auge hat. Immer wieder wird in diesem Saal propagiert, nicht nur die Steuern würden die Stadt Zug attraktiv machen. Aber: Zugs Standortpolitik richtet den Blick fast ausschliesslich auf die Steuereinnahmen von morgen und die Steigerung der finanziellen Standortqualität und rückt tragende Faktoren gesellschaftlichen Zusammenlebens weit in den Hintergrund. Diese Haltung schockiert mich. Die Studie der HSLU und

die neue Finanzstrategie haben mir schlaflose Nächte verschafft. Die gewollte Verdrängung von einheimischer Bevölkerung ist in vollem Gange. Sie wissen es. Ich komme aus einer Familie, die sich seit Generationen auf vielfältige Weise für das Zusammenleben in der Stadt Zug einsetzt. Im Liebfrauenhof geboren. Auch meine Jungs setzen diese Tradition fort. Sie sind hier verwurzelt und in Vereinen engagiert. Sie erleben nun aber, wie ihre Freundinnen und Freunde nach und nach die Stadt verlassen. Sie haben selbst den Eindruck, sie könnten hier nach ihrem Studium keine Wohnung mehr finden und sich leisten. Mich beelendet das. Ich verstehe nicht, wie jemand, der hier wohnt und wählt, eine so einseitige Entwicklung befürworten kann.

Warum muss die Stadt Zug für Firmen und vermögende natürliche Personen mit ihren Family Offices attraktiver sein als für die einheimische Wohnbevölkerung? Warum werden in der Stadt Zug mit hochvermögenden Personen Gespräche darüber geführt, welche Entwicklung sie sich für die Stadt Zug wünschen und wie ihnen der Stadtrat dabei behilflich sein kann? Ist das eine Vorstellung von Demokratie? Warum sollen die Dienstleistungen der öffentlichen Hand in erster Linie der Verbesserung der Standortqualität dienen? Wer soll denn warum noch hier leben wollen? Wollen wir wirklich das Schweizer Monaco werden? Oder ein libertärer Freistaat mit radikalem Staatsabbau? – Die Studie nennt das «konstruktiven Umgang mit Regulierungsfragen». Ein Dienstleistungszentrum für Vermögensstarke ohne soziale Verpflichtungen? Wem nutzt denn diese Gier nach immer mehr? Sollen wir zusammen in einem Geldspeicher schwimmen gehen?

Meine Damen und Herren, hier ist eine Verdrängung in Gang, die kaum mehr zu stoppen ist. Sie betrifft nicht ein paar linke und nette Weltverbesserinnen und Weltverbesser, die sich das Leben gerne sonnig denken, sondern einen grossen Teil der Stadtzuger Bevölkerung. Weiter wie bisher kann keine Lösung sein. Überschüsse müssen auf vielfältige Art und Weise dafür eingesetzt werden, dass die Einheimischen hierbleiben können und sich weiterhin engagieren.

Es wird Zeit, dass sich verantwortungsvolle Personen aller politischen Couleur stark machen für eine Stadt Zug, die ihre Identität nicht verliert. Schlussendlich vertreten wir alle Wählerinnen und Wähler, die hier wohnen und auch hier wohnen bleiben möchten.

Martin Iten

Ich kann Ihnen sagen, ich bin mir in den letzten viereinhalb Jahren als Gemeinderat manchmal unsicher gewesen, ob ich in der richtigen Fraktion sitze. Und zwar bin ich eigentlich ein sehr konservativer – sozialkonservativer – und würde auch sagen bürgerlicher Mensch, auch ein bisschen traditionell orientiert. Aber heute ist wieder ein Tag, an dem ich froh bin, in dieser Fraktion zu sitzen, weil ich von bürgerlicher Seite etwas höre, das mich wirklich auch innerlich ein bisschen erregt. Es ist ein neoliberales Gerede, das wir hier gehört haben. Dass wir das wirtschaftsliberale Gerede von der FDP hören, erstaunt niemanden – gut, von der GLP auch, natürlich. Aber dass auch die Schweizer Volkspartei so klar und deutlich in diese Kerbe schlägt und dass wir von der Mitte-Partei gar nichts hören, das überrascht mich sehr.

Ich möchte mich nämlich entschieden dem Votum von Gabriela Furrer Auf der Mauer anschliessen. Sie hat mit eindrücklichen Worten die gesamte Diskrepanz zwischen der vermeintlich so tollen Zuger Finanzstrategie und ihrer vielen negativen Folgen, die wir alle bereits spüren und zukünftig noch deutlicher spüren werden, aufgezeigt.

Dieses Zug, das der Stadtrat durch die Finanzstrategie «sichern» und «weiterentwickeln» will, ist jedenfalls nicht mehr mein Zug. Und auch nicht mehr das Zug der vielen Zugerinnen und Zuger, die

ich kenne. Unsere Heimat ist uns grossteils fremd geworden – und soll uns offenbar zukünftig noch fremder werden.

Am vergangenen Freitagabend nahm ich als Familienvater am Schulfest in einem Zuger Quartiersschulhaus teil. Beim Aperitif standen wir Eltern zusammen und der Vater einer neuen Mitschülerin meines Sohnes stellte sich vor. Er fragte mich, woher ich denn sei. Ich antwortete ihm, dass wir gleich etwas weiter vorne, wenn man der Strasse recht, links und so weiter entlang geht, wohnen. Da meinte er: Nein, nein, er wolle nicht wissen, wo wir wohnen, sondern woher ich denn ursprünglich käme. Ich reagierte etwas verdutzt: «Ähm, ich bin ein Zuger, hier aufgewachsen. Vaterseits ist meine Familie seit sicher 700 Jahren im Kanton Zug wohnhaft, mutterseits sicher über 400 Jahre.» Mit grossen Augen schaute er mich an und sagte: «Oh wow, ein echter Zuger, ein Aborigine, amazing. Du bist der Erste, den ich treffe hier.» So ist es am letzten Freitagabend passiert.

Das ist das neue Zug. Das sind die Erfahrungen, die wir hier machen.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich liebe andere Kulturen, habe selber bereits mit grossem Interesse 40 Länder dieser Welt bereisen dürfen. Auch helfe ich gerne immer wieder Neuzugezogenen aus aller Welt, hier heimisch zu werden. Einem jungen Asylsuchenden habe ich eine Schnupperlehre besorgt, einem Expat habe ich geholfen, im Jodlerklub Fuss zu fassen, mit einer deutschland-stämmigen Zuwanderin habe ich für ihre Einbürgerungsprüfung gebüffelt, seit drei Jahren wohnt eine Ukrainerin bei uns im Haus... Ich erfreue mich an Zugs Vielfalt. Und doch frage ich mich: Wo sind denn all meine Gspändlis von der Schulzeit mit ihren Familien heute?

Ich kann ihnen sagen: Viele wohnen heute maximal in Cham, Menzingen oder Steinhausen. Viel eher aber in Oberrüti, Auw, Oberarth, Hausen am Albis... Insbesondere jene, die Familie haben, mussten aus der Stadt Zug wegziehen. Sie konnten es sich nicht mehr leisten, hier zu wohnen. Sie fanden keinen geeigneten, zahlbaren Wohnraum, keine Perspektiven für ihre Familien. Ausgerechnet die Familien der Zugerinnen und Zuger ziehen also weg, jene, die so viel zum sozialen Zusammenhalt, zum Vereinswesen, zu unserer Kultur beitragen könnten – und bestimmt auch würden. Sie verlassen uns in Scharen.

In der neuen Zuger Finanzstrategie des Stadtrates habe ich nach dem Wort «Familie» gesucht. Quizfrage: Wie oft fand «Familie» in der Finanzstrategie Eingang? Familie als immerhin wichtigste gesellschaftliche Zelle des Staates und Ausgangspunkt des subsidiären Verständnisses einer gesellschaftlichen Ordnung.

Sie haben es richtig erraten: Es kommt auf den 24 Seiten kein einziges Mal vor.

Hingegen das Wort «Standortattraktivität», mit welchem man noch mehr Firmen und ihre Gutverdienenden nach Zug locken will, wird gebetsmühlenartig 13 Mal eingebracht. Und das Wort «Wachstum», das grosse Mantra des Liberalismus – wird ebenfalls 10 Mal eingebracht. In der Studie der Hochschule Luzern lesen wir gar 35 Mal vom «Wachstum». Ist ja auch klar, es geht ja auch darum, alles diesem Wachstum unterzuordnen.

In der HSLU-Studie kommt das Wort «Familie» allerdings tatsächlich dreimal vor. Das erste Mal im Zusammenhang, wie man politische Risiken abwägen solle, die die Standortattraktivität für «Familienunternehmen» gefährden könnten.

Das zweite Mal im Loblied, wie «Family Offices» einen wunderbaren Teil der diversifizierten Zuger Branchenstruktur darstellen.

Und die dritte und letzte Erwähnung des Wortes «Familie» stellen die wirtschaftsliberalen – offensichtlich wirtschaftsliberalen – Professoren aus Luzern in folgenden Kontext: «Der Standort Zug wird durch hohe Immobilienpreise und tiefe Steuern geprägt. Dies favorisiert grundsätzlich Haushalte mit hohem Einkommen. Für einheimische Familien mit moderatem Einkommen kann dies zur Herausforderung werden.»

Da – hingegen – haben sie sowas von recht.

Doch, offenbar geblendet von ihrem alleinigen Wirtschaftsglauben, erörtern sie, die Wirtschaftsprofessoren, gar eine Gefahr und führen weiter aus: «Darin steckt ein politisches Risiko, welches die stabilen Rahmenbedingungen bis 2032 untergraben könnte.»

Übersetzt: Die einheimischen Familien mit moderatem Einkommen könnten zur politischen Gefahr werden, falls sie sich dagegen wehren.

Meine Damen und Herren, merken Sie nicht, dass hier etwas komplett aus dem Ruder gelaufen ist, dass wir hier komplett auf einer schiefen Platte unterwegs sind?

Die Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte hat Zug sicherlich vorwärtsgebracht und auch viel Positives erreicht. Das anerkenne ich. Doch irgendwann ist das gesunde Mass überschritten worden. Und ich sage bewusst, es ist schon überschritten worden. Die neue Finanzstrategie ist im Grundsatz ein Weiter-wie-bisher.

Nur noch besser, noch höher, noch weiter – mehr, mehr, mehr... Die Finanzstrategie trieft – meines Erachtens – vor Geldgier. Und vor der Angst, dass man diese Gier aus irgendwelchen Gründen, lokalpolitisch motiviert oder geopolitisch ausgelöst, nicht mehr befriedigen könnte.

Für viele Zugerinnen und Zuger ist das Mass voll. Sie wollen nicht mehr die Zuger Identität und unsere soziale Gemeinschaft einfach der weiteren Maximierung, dem unendlichen Wachstum und der Standortattraktivität, die anderen gilt, unterordnen. Sie würden sich wünschen, dass einheimische und ganz allgemein normal verdienende Familien hier ansässig bleiben könnten.

Dazu müsste der Stadtrat in seiner Finanzstrategie aber nicht einfach die neoliberalen Grundsätze der Marktwirtschaft runterbeten, sondern insbesondere sein Augenmerk auf die sozialen Komponenten legen, an den hiesigen Mittelstand denken und besonders auch an jene, die unterhalb dieses Mittelstandes leben müssen. Das tut er meines Erachtens aber leider nicht.

Vor einigen Monaten sass ich oben bei St. Verena mit einem alten, circa 80-jährigen Bauern vom Zugerberg auf einer Bank. Er ist Korporationler, ebenfalls ein «Zuger Aborigine», würde ich meinen. Wir schauten auf die Stadt und ich fragte ihn: Was würden wohl die Alten, unsere Vorfahren sagen, wenn sie das heutige Zug sehen würden?

Der alte Bauer sagte: Sie würden nach Hause gehen und ihre Hellebarden holen...

Ich sage das in Richtung der hinteren Reihe, an diejenigen, die gerne mit ihren Parteigenossen mit Hellebarden herumlaufen.

Sind wir froh, dass wir diese Zuger Masslosigkeiten, diese Fehlentwicklungen, die insgesamt so sehr Schaden anrichten, nicht mit Waffengewalt ändern müssen. Wir können unseren Unmut auf politischem Weg einbringen. Bei den nächsten Wahlen an der Urne. Und als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte heute, in dem wir diese Finanzstrategie ablehnen.

Philip C. Brunner

Geschätzter Vorredner, lieber Martin, danke für deine Ausführungen. Ich glaube, du glaubst das wirklich, was du hier vorne erzählst. Du sagst uns zwar, die alte Finanzstrategie sei gut gewesen, habe Zug einiges gebracht, wir wären nicht so weit, wie wir heute sind, und dann sollen wir jetzt die Weiterführung ablehnen.

Und nachdem jetzt das Wort allgemein frei ist, Herr Präsident, und wir offenbar ein bisschen auch Sozialpolitik und andere Dinge hier besprechen, möchte ich noch einen Aspekt einbringen, der hängt eng mit dem Bauen zusammen. Ich denke an verschiedene Abstimmungen, die wir in der Stadt Zug hatten, wo wir eigentlich gekämpft haben für Wohnungen und gegen grossen Widerstand gestossen sind. Vielleicht ein Hochhaus, ich denke an das Hochhaus Pi, wo Wohnungen entstehen für genau die Leute, die offenbar aus finanziellen Gründen aus dieser Stadt fliehen müssen. Wobei, ich will das jetzt nicht irgendwie ins Lächerliche ziehen, das ist eine Tatsache, ja, das stimmt. Aber weil keine Wohnungen da sind und weil die Linke genau alles unternimmt, um das zu verhindern. Ich denke an die Ablehnung eines grossen Bebauungsplanes im Unterfeld, wo ein paar hundert Wohnungen entstanden wären, das wurde bekämpft von linker Seite. Oder ich denke an die Auseinandersetzung, die wir an anderen Orten haben, beim Bebauungsplan An der Aa. Und ich habe heute mit Freude von der Bauchefin gehört, dass offenbar die bauliche Entwicklung des Metalli jetzt nicht noch irgendwie durch Einsprachen von irgendeiner Seite behindert wird, sondern dass die Leute, die investieren wollen und können, weil sie die Möglichkeiten haben, entsprechend Wohnungen zu bauen, das auch tun können.

Und ich bitte wirklich, unser Problem ist – natürlich kann man jetzt dem Kapitalismus und den Reichen den Fehler zuschieben, auch ich bin ein Zugewanderter, seit über 30 Jahren in dieser Stadt, und ich setze mich auch, wie du vorher gemerkt hast, für Dinge ein, mit denen ich vielleicht Identität in dieser Stadt verbinde, auch Grünraum etc. Aber das können wir nur machen, wenn es dieser Stadt gut geht.

Wir haben hier drin Diskussionen gehabt vor 15 Jahren, da ging es um jeden Bleistift für die Stadtverwaltung, da wurde an absurder Art und Weise gespart. Und ich bin sehr froh, dass wir diese Steuerausgleichsreserven haben, damit eine Kontinuität – und das hat irgendjemand im Vorgespräch gesagt, das ist wichtig –, dass wir eine gewisse Stabilität haben in dieser Stadt und nicht einmal die Steuern raufgehen und einmal gehen sie runter, wie beim Jojo-Effekt. Das ist genau, was die internationalen Firmen nicht wollen.

Und was sie auch nicht wollen und wir alle nicht wollen, ist diese steigende Bürokratie. Wenn man in die Finanzstrategie hineinschaut und schaut, wie seicht eigentlich diese Zunahme an Bevölkerung ist, nämlich nur ein paar hundert Personen pro Jahr, dann frage ich mich natürlich, wieso braucht die Stadtverwaltung jährlich dutzende von zusätzlichen Stellen, die geschaffen werden. Da wird man mir antworten: Ja, wir haben mehr Schüler. Stimmt, wir haben 3'000 Schüler, aber wir haben alleine – und Etienne Schumpf kann mich korrigieren – etwa 450 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen allein im Bildungsdepartement. Und mittlerweile gehen wir dem in der ganzen Stadt in grossen Schritten entgegen. Warum braucht es das? Es braucht das nicht zuletzt, weil die Bürokratie verlangt wird, weil wie heute jetzt irgendwelche Forderungen an den Stadtrat herankommen, er müsse dieses Konzept machen und das müsse er machen.

Ja, jemand muss es beantworten, jemand muss es bearbeiten – und wir können es dann zur Kenntnis nehmen.

Also hier einfach den Rundumschlag «Alles ist schlecht in dieser Stadt» zu machen, das verbitten wir uns. Und ich bitte Sie, der Finanzstrategie zuzustimmen. Ich denke, die Stadt hat sich wirklich sehr gut vorbereitet. Der Finanzvorsteher hat nicht nur einfach schnell, schnell irgendwas hingezaubert und gesagt, so weiter wie bisher, sondern es wurde Ihnen hier wissenschaftlich fundiert etwas vorgelegt. In diesem Sinne bin ich froh, dass die Bürgerlichen zumindest nicht genauso denken wie du, Martin.

Gabriela Furrer Auf der Maur

Danke für deinen Beitrag. Ich weigere mich, in die Ecke gestellt zu werden, wo man von wissenschaftlich nicht fundiert ausgeht. Ich habe diese Studie der Hochschule Luzern wissenschaftlich fundiert gelesen und auch die neue Finanzstrategie.

Es gibt einen Unterschied zwischen genug und zu viel. Wir hatten für 2024 eine angestrebte Eigenkapitalquote von 50 %. Wir haben 87 % erreicht. Jetzt wird die Quote neu auf 70 % festgelegt. Das heisst, es wären immer noch 17 % zu viel. Wir hatten ein angestrebtes Nettovermögen pro Einwohnerin von CHF 1'000.00. Erreicht haben wir CHF 19'630.00. Neu werden CHF 10'000.00 festgelegt. Es ist immer noch viel zu viel, es sind immer noch CHF 9'630.00 Franken darüber. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 446 % statt der angestrebten 60 %. So viele Reserven brauchen wir nicht, um Stabilität auszustrahlen.

Es gibt eine grosse Bandbreite von finanziellen Möglichkeiten. Es gibt nicht nur die Naiven, die keine Ahnung von Wirtschaft haben und denen es völlig egal ist, was mit der Stadt passiert. Aber es muss eine Grenze geben. Es muss eine Grenze geben, wo es möglich ist, hier zu wohnen.

Philip C. Brunner repliziert von seinem Platz aus: Wofür sollen wir denn Schulden machen, wenn du mehr Schulden verlangst?

Ratspräsident Ivano De Gobbi bittet die Votanten, nicht bilaterale Gespräche zu führen, es sollen alle Ratsmitglieder daran teilnehmen können.

Urs Raschle, Stadtrat

Ich danke grundsätzlich für die positive Aufnahme. Wenig überraschend geht der Graben durch die politischen Ausrichtungen.

Und, liebe Gabi, da muss ich mich entschuldigen, dass du schlaflose Nächte hattest wegen dieser Strategie. Das war gerade eben nicht der Sinn dieser Strategie.

Ich gehe zurück auf das Votum von Marilena. Du hast gesagt, diese Finanzstrategie sei zu wenig weit denkend und gewisse Aspekte würden nicht berücksichtigt. Ja, das stimmt, denn es gibt eine umfassendere Strategie, das ist die sogenannte Entwicklungsstrategie. Die hat der Stadtrat im Jahre 2021 in acht Sitzungen, zusammen auch mit Ihnen, erarbeitet.

Und wenn Sie dieses Bild vor Augen haben, dann haben Sie in der Mitte ein kleines Rädchen. Das ist die Finanzpolitik dieser Stadt. Dieses Rädchen dreht die drei grossen Räder. Die drei grossen Räder sind eine «innovative Wirtschaft», eine «grüne Stadt» und eine «gesunde Gemeinschaft».

Und deshalb ist es eben genau entscheidend, dass das mittlere Rädchen mit den Finanzen gut funktioniert, damit auch die grossen drehen können. Diese Strategie gilt für den Stadtrat immer noch. Wir haben damals bei der Legislaturzielerarbeitung diese Strategie genommen und gewisse Punkte

heruntergebrochen, welche nun in dieser Legislatur umgesetzt werden. Wir können natürlich nicht alle Punkte in dieser Legislatur umsetzen, aber es ein gewichtiger Leitfaden. Und wenn André Wicki und ich Firmen besuchen, dann präsentieren wir jeweils diese Entwicklungsstrategie. Und ich kann Ihnen sagen, die Begeisterung der Unternehmungen ist jeweils gross: Wow, die Stadt Zug hat eine solch gute Strategie auf kleinstem Format. Diese Strategie wurde damals nicht einfach so entwickelt. Sondern sie wurde entwickelt basierend auf den SDGs. Der Stadtrat hat sich sehr umfassend mit diesen SDGs auseinandergesetzt und deshalb ist es nicht nur ein farbiges Rad, es ist das Rad der SDGs. Ja, Sie dürfen jetzt lachen, aber ich kann Ihnen sagen, gerade dieser Aspekt wird von den internationalen Firmen sehr beachtet, dass wir schon damals im Jahre 2021 diese SDGs genommen haben. Basierend auf dieser Strategie wurde dann auch entschieden, dass nun alle Stadtratsvorlagen mit den SDGs versehen werden, um zu sehen, welche SDGs erwähnt sind. Aber das ist nur so ein Nebengeleise.

Die Punkte, die gesagt wurden, das müssen wir akzeptieren.

Und auch der Stadtrat weiss, dass nicht alles Gold ist, was glänzt. Ja, wir werden immer wieder konfrontiert mit Menschen, welche die Stadt Zug verlassen müssen, weil sie keinen Platz finden. Täglich erhalten wir teils Mails, teils auch sehr unschöne Reaktionen – das gilt es zu akzeptieren.

Aber gerade deshalb haben wir eine Strategie entwickelt, welche eben aus Sicht des Stadtrates vernünftig ist. Und da spielt nun eben mal der Steuerfuss eine entscheidende Rolle. Ich habe es vor rund einer Stunde schon mal gesagt, wir hätten den Steuerfuss aufgrund der finanziellen Situation sogar noch tiefer ansetzen können. Das machen wir bewusst nicht, um eben nicht mehr ein weiteres Race to the Bottom anzustreben, um nicht ein falsches Zeichen auszusenden. Aber gerade die internationalen Firmen brauchen diese Stabilität. Und diese 52 % sind ja nichts Neues. Es ist der Betrag, den die Zugerinnen und Zuger bereits in diesem Jahr bezahlen. Das war ein bewusster strategischer Entscheid des Stadtrates, dass wir diesen Steuerfuss belassen.

Du hast gesagt, Eigenkapitalquote 50 % und nun 70 %. Aber genau diese Eigenkapitalquote gibt uns die Möglichkeit, dass wir eben innovativ und gut investieren können, beispielsweise in mögliche preisgünstige Wohnungen, beispielsweise CHF 65 Mio. für einen Parkplatz beim Theilerareal, damit wir dort mittelfristig diese Wohnungen erstellen können.

Oder ich kann Ihnen verraten, aktuell erhalten wir auch noch weitere Angebote für Liegenschaften oder sogar Flächen in der Stadt, nicht nur diese Villa, und da ist der Stadtrat aktuell sehr gefordert. Deshalb braucht es auch eine Immobilienstrategie, weil wir aktuell sehr attraktiv sind für potenzielle Verkäuferinnen und Verkäufer. Das ist auch ein gutes Zeichen. Und gerade mit den finanziellen Mitteln haben wir auch die Möglichkeit, weiter zu investieren.

Es gäbe noch andere Punkte, aber die Zeit ist schon fortgeschritten. Und trotzdem glaube ich, dass wir mit dieser Finanzstrategie eine gute Basis legen für eine solide Zukunft dieser Stadt. Und das ist das Wichtigste. Für das haben wir einmal Ja gesagt, dass wir in diesem Raum sitzen und schauen, dass es dieser Stadt gut geht,

Martin Iten

Ich halte fest: Der Stadtrat kriegt täglich Mails von betroffenen Personen, die die Stadt verlassen müssen.

Und ich halte fest: Der Stadtrat findet, wir müssen das akzeptieren. So soeben gehört.

Und ich halte fest: Der Stadtrat will diese Tatsache, dieses Problem offenbar nicht als einen Punkt in seiner Finanzstrategie angehen, wie man dieses Problem beheben könnte.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 6

- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 9 Ratsmitglieder
- Für Kenntnisnahme stimmen 25 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 6

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme abgelehnt hat.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat die Finanzstrategie zur Kenntnis genommen hat.

6.2 Rechtsdienst: § 25a GO Stadtrat, Ergebnisse der Berichterstattung über die Aktualität des städtischen Rechts, Bericht des Stadtrates gemäss § 46 Abs. 2 GSO

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2954 vom 19. August 2025

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

Beat Werder, Stadtschreiber

Gemäss § 25a der Geschäftsordnung des Stadtrates erstatten die Departemente dem Stadtrat Bericht über die Aktualität des städtischen Rechts in ihrem Zuständigkeitsbereich, und zwar jeweils Mitte einer Legislaturperiode. Es geht in diesem Bericht darum, welche rechtssetzenden Beschlüsse des GGR und des Stadtrates aufgehoben und welche angepasst werden sollen, also wo allenfalls Revisionsbedarf besteht. Ist eine Anpassung erforderlich, äussert sich der Bericht zur Stossrichtung der Revision und zum Zeitplan. Der Stadtrat unterbreitet dem GGR die Ergebnisse der Berichterstattung zur Kenntnisnahme, was hiermit geschehen ist.

Ich beantrage Ihnen im Namen des Stadtrates, auf die Vorlage einzutreten und den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis zu nehmen.

Mathias Wetzel

Nun haben wir es schwarz auf weiss, es ist bereits wieder Mitte der Legislaturperiode. Wir danken dem Stadtrat für den Bericht und nehmen zur Kenntnis, dass die Rechtssammlung im Grossen und Ganzen à jour ist und unsere damalige Motion entsprechend auch nach wie vor umgesetzt wird.

Begrüssenswert ist die Kategorisierung nach entsprechendem Handlungsbedarf. Hier warten wir auf die entsprechenden Entwürfe der überarbeiteten Reglemente im Anschluss an die Ortsplanungsrevision.

Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass wir hier auf gutem Weg sind und der vom Stadtrat aufgelegte Plan weiterverfolgt werden kann. Vielen Dank für die Arbeit.

Roman Küng

Lieber Mathias, ich glaube, wir haben schon drei Viertel der Legislatur durch – aber egal.

Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht zur Aktualität des städtischen Rechts. Dieser periodische Bericht ist von grosser Bedeutung. Er gibt uns als Parlament die notwendige Übersicht über die geltenden rechtlichen Grundlagen und macht zugleich sichtbar, ob und wo Anpassungen oder Bereinigungen erforderlich sind.

Besonders hervorheben möchte ich, dass der Bericht nicht nur Transparenz schafft, sondern auch zur Rechtssicherheit beiträgt. Damit unterstützt er uns in unserer legislativen Arbeit und trägt letztlich zur guten Führung und Weiterentwicklung unserer schönen Stadt bei.

Die SVP-Fraktion nimmt somit den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis.

Magdalena Carlen

In diesem Votum spreche ich nicht über die inhaltlichen Punkte der aufgelisteten Rechtserlasse, sondern über das System, wie dieses möglichst aktuell gehalten werden kann.

Die Fraktion ALG-CSP möchte sich beim Stadtrat und bei den Departementen der Stadtverwaltung für ihre Arbeit und Hilfestellung bedanken. Wir finden dies eine gute und übersichtliche Lösung, um überholte Erlasse aufzuheben oder renovationsbedürftige Erlasse auf den neusten Stand zu bringen beziehungsweise in den zuständigen Gremien zu aktualisieren.

Die Fraktion ALG-CSP wird auf die Vorlage eintreten und den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis nehmen.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

7. Nicht behandelte Geschäfte der letzten Sitzung

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass keine Geschäfte vorliegen.

8. Parlamentarische Vorstösse

8.1 Motion der Fraktion ALG-CSP vom 18. September 2024 betreffend «Sanfte Landung» - Ausstieg aus der Tiefsteuerspirale vor dem Nullpunkt, Zug soll kein zweites Monaco werden!

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2957 vom 26. August 2025

Dagmar Amrein

Wir danken dem Stadtrat für den interessanten Bericht wie auch für die makroökonomische Studie. Beide haben irgendwie einen Zusammenhang mit unserer Motion, aber beide zielen völlig am Anliegen vorbei, weshalb wir Rückweisung beantragen.

Das Anliegen, das unserer Meinung nach nicht so schwer verständlich gewesen sein sollte, war, aufzuzeigen, wie die Stadt Zug mit möglichst wenig Kollateralschäden aus der jahrzehntelangen Tiefsteuerstrategie aussteigen könnte, da diese inzwischen doch sehr grosse Zentralschäden auf die Lebensqualität der Einwohnenden hat.

Das Einzige, was wir dazu sowohl in der Studie als auch im stadträtlichen Bericht finden, ist die Einschätzung, das könnte schwierig werden und die Behauptung, weiter wie bisher wäre besser.

Währenddem letzteres unbewiesen und letztlich wohl eine Frage der persönlichen Einstellung ist, stimmen wir ersterem, nämlich dass es schwierig werden könnte, voll und ganz zu. Genau deshalb haben wir die Motion eingereicht und nach wissenschaftlicher Unterstützung gefragt.

Wir verlangen, dass die Motion ernst genommen wird und die entsprechenden Fragen untersucht werden. Fragen wie: Wie elastisch ist die Nachfrage nach unserem Tiefsteuerprodukt? Gibt es Kippunkte, die zu beachten sind? Wie reagieren die unterschiedlichen Cluster, sprich die superreichen Privatpersonen und die verschiedenen Wirtschaftszweige?

Statt die Stakeholder zum Status quo zu interviewen, würden besser aus der Stadt Vertriebene gefragt, was sie denn zum Bleiben hätte bewegen können. Dem Vernehmen nach empfehlen die Berater der Zürcher Kantonalbank ihren Kunden, ab einem steuerbaren Einkommen von CHF 200'000.00 einen Umzug nach Zug ins Auge zu fassen. Ab wann und für welche Einkommensklassen würden sie diese Empfehlung zurücknehmen, damit unsere Feuerwehrleute im Wohnungsmarkt nicht mit allen Gutverdienenden aus dem Grossraum Zürich in Konkurrenz stehen?

Wir beantragen Rückweisung mit dem Auftrag, unter wissenschaftlicher Begleitung eine Exit-Strategie aus der Tiefsteuerspirale zu erarbeiten, inklusive Einschätzung von Risiken, aber Chancen, innerhalb von Jahresfrist.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Ordnungsantrag gemäss Geschäftsordnung § 50 auf Rückweisung vorliegt.

Marilena Amato Mengis

Ich finde es etwas seltsam, über diesen Antrag zu diskutieren und das Votum der Motionärin zu hören, während der betroffene Stadtrat gar nicht da ist.

Finanzvorsteher Urs Raschle betritt während des Votums von **Marilena Amato Mengis** den Saal, den er zuvor für kurze Zeit verlassen hatte.

Marilena Amato Mengis

Das kommt jetzt überraschend, aber wir unterstützen eigentlich diese Rückweisung, weil sie deckt sich mit unserem Votum.

Vor rund 60 Jahren, so fängt, glaube ich, die Antwort des Stadtrats an, vor rund 60 Jahren hat Zug eine Tiefsteuerstrategie gestartet.

Ivano De Gobbi, Ratspräsident

Darf ich ganz kurz daran erinnern: Wir sprechen jetzt nur über die Rückweisung.

Marilena Amato Mengis

Ich bin der Meinung, der Stadtrat hat die Aufgabe nicht erfüllt, das Anliegen der Motion nicht beantwortet. Also unterstützen wir die Rückweisung.

Abstimmung Nr. 7 (Ordnungsantrag)

- Für den Ordnungsantrag auf Rückweisung stimmen 9 Ratsmitglieder
- Gegen den Ordnungsantrag auf Rückweisung stimmen 24 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 7

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Rückweisung abgelehnt hat.

Florin Meier

Sanfte Landung – ich präsentiere Ihnen noch das Votum der Mitte-Fraktion, natürlich auch in Zusammenhang zu den vorherigen Diskussionen.

Mit der heute vorgelegten Finanzstrategie wurden die Eckpfeiler für die kommenden Jahre diskutiert und die Weichen gestellt. Die Mitte-Fraktion war zwar in der Debatte ruhig, hat aber selbstverständlich das Argumentarium aktiv verfolgt und die Thematik auch intern eingehend diskutiert.

Sie ist komplex, die Thematik, und wir werden nicht heute alles lösen. Und wir werden und sollten schon gar nicht Kurzschlusshandlungen vornehmen. Wir sprechen uns als Fraktion für die Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses aus, sprich weder eine Erhöhung noch eine Senkung ist derzeit aus unserer Sicht angezeigt. Und das entspricht der vorgelegten Strategie.

Das heisst aber nicht, dass wir wegschauen. Wir tragen eine Verantwortung als Politik. Wir müssen Chancen und Risiken wie zum Beispiel die geplante OECD-Mindeststeuer aufmerksam beobachten und deren Entwicklung für die Weiterentwicklung unserer Standortattraktivität berücksichtigen. Dazu gehört auch die soziale Balance, welche von den Interpellanten betont, als auch vom Stadtrat in seinen Bericht aufgenommen wurde. Sie ist für unsere Stadt und für unsere Gesellschaft wichtig. Der gesellschaftliche Rückhalt für wirtschaftliche Offenheit ist zentral für eine langfristige Standortattraktivität. Dies geht auch so aus dem Bericht der HSLU hervor, wenn man genau liest. Dabei gilt es, alle Schichten, aus unserer Sicht insbesondere auch den Mittelstand im Blick zu behalten, welcher das Rückgrat einer gut funktionierenden Wirtschaft als auch Gesellschaft bildet.

Wir begrüßen grundsätzlich einen konstruktiv-kritischen Dialog, wie dieser heute geführt wurde und wohl auch jetzt nochmals geführt wird. Dies erwarten wir dann erneut auch in der Budgetdebatte, wo es gilt, unsere Mittel, die wir zur Verfügung haben, mit Weitsicht und zum Wohle der Gesellschaft und einer langfristigen Optik für eine hohe Lebensqualität einzusetzen. Die Herausforderung etwa im Wohnraum, in der Infrastruktur, im Verkehr, dem Erhalt von Fachkräften und der internationalen Steuerpolitik, die derzeit abläuft, verlangen eine vorausschauende, breit abgestützte Strategie und ein vorsichtiges Handeln mit Weitblick. Es ist zentral, die Attraktivität unseres Standorts auch langfristig zu sichern, unser Ziel bleibt eine ausgewogene und verantwortungsvolle Finanzpolitik, die den Wirtschaftsstandort stärkt und zugleich den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichert.

Wir haben hier Herausforderung. Die Mitte-Fraktion nimmt den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

Marilena Amato Mengis

Dann mache ich weiter, wo ich vorher angefangen habe. Vor rund 60 Jahren hat Zug eine Tiefsteuerstrategie gestartet. Damals – und das ist das Wichtige – in einer völlig anderen Ausgangslage: Zug war arm, strukturschwach, ein Agrarkanton. Man setzte sich zusammen und hat sich ein Ziel gesetzt: Unternehmen und Wohlhabende anlocken, mit tiefen Steuern, um Wohlstand zu schaffen für die Menschen in Zug.

Wir haben es heute schon gehört: Dieses Ziel nicht nur erreicht, wir schiessen längst über das Ziel hinaus. Ein Strategiereview wäre vielleicht mal angebracht.

Heute erleben wir – wir haben es gehört, ich mache es kurz – die Kehrseite dieser Strategie: schwindelerregende Wohn- und Bodenpreise, Auszug, während die Bevölkerung sich rasant akademisiert, internationalisiert und – um den Fachbegriff zu nennen, der heute noch nicht gefallen ist, was mich wundert – gentrifiziert, das heisst, Wohlhabende verdrängen Ansässige. Zug droht, seine soziale Durchmischung und Identität zu verlieren. Wohlstand ist da – aber er verteilt sich ungleich. Und die vorliegende Strategie dreht weiter an der Spirale.

Und das ist kein Reichen-Bashing. Im Gegenteil, es ist ein Einstehen und ein Lobbying für alle anderen. Damit sie zumindest gleich berücksichtigt werden. Ich sage nicht behandelt, aber berücksichtigt. Denn sie sind genauso wichtig, wenn nicht wichtiger, für das Funktionieren der Stadt.

Die Motion wäre eine Chance gewesen für einen echten Realitätscheck und eine Neuausrichtung. Eine Strategie, die unsere Lebensqualität schützt, die soziale Balance wahrt und Zug nicht weiter in ein zweites Monaco verwandelt. Aber der Stadtrat hat in unseren Augen diese Chance verpasst und das getan, was er immer tut: statt auf Menschen auf das Geld geschaut – ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Folgen.

Wenn wir jetzt dem Stadtrat folgen und die Motion erheblich erklären und abschreiben – ich weiss nicht, ob er sie nun nicht erheblich erklären will, das ist, glaube ich, noch offen. Wir sind einfach nicht einverstanden, denn wir blenden sonst das Offensichtliche aus: Die Tiefsteuerstrategie war vor 60 Jahren der richtige Weg – heute ist sie zum Problem geworden. Die Ausgangslage ist diametral anders: Zug muss nicht noch attraktiver für Top-Steuerzahlende, sondern sie muss wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Die Stadt muss nicht nur zu den Finanzen Sorge tragen, sondern in erster Linie zu den Menschen, zur Gesellschaftsstruktur, zu ihrer Identität, zu ihrer Seele und zu ihrer Zukunft.

Unser Fazit: Hausaufgaben nicht gemacht. Motionsbegehren missverstanden beziehungsweise ignoriert. Wir können es nicht mehr zurückweisen, wir stimmen einfach gegen den Antrag des Stadtrats. Es bleibt uns irgendwie nichts anderes übrig.

Dagmar Amrein

Ich lese das Votum von Patrick Steinle, der auf den Nachtzug musste. Oder ich erlaube mir, einen Teil davon zu lesen, weil wir vieles nun auch schon öfters gehört haben.

Wir Motionäre freuen uns, zu lesen, dass der Stadtrat auch nicht will, dass Zug ein zweites Monaco wird. Mit dem Finanzausgleich gibt es tatsächlich eine Notbremse, ganz auf null werden unsere Steuersätze nicht sinken können. Das Finanzhaushaltsgesetz kann man tatsächlich dahingehend auslegen, dass wir über viele Jahre hinweg Überschüsse einfahren und Reserven bilden können, also nicht unbedingt zu weiteren kontraproduktiven Steuersenkungen gezwungen sind, wenn wir das viele Geld nicht loswerden. Mit der Anpassung der Unternehmenssteuern an den OECD-Mindestsatz ist der Kanton tatsächlich und zum Glück zu einer teilweisen Steuererhöhung gezwungen. Es läuft also demnächst sowieso ein unfreiwilliger Selbstversuch mit höheren Steuern. Und ja, die Zeiten sind gerade sehr instabil, was freiwillige Experimente erschwert und wo man vermeintlich Bewährtes nicht so leicht aufgibt.

So weit, so gut. Aber: Der Stadtrat erkennt unserer Ansicht nach, wie weit wir schon fortgeschritten sind auf dem Weg nach Monaco und wie schnell wir unterwegs sind. Wir haben nicht mehr viel Zeit, dafür zu sorgen, unseren Jungen hier eine Zukunft zu geben und dass Zugerinnen und Zuger in ihrer eigenen Stadt nicht zur Randgruppe werden.

Statt weiter wie bisher nehmen wir doch besser die Hinweise der Studie auf, was Zug anders machen könnte, insbesondere auch für eine weitere Diversifikation, was ja insgesamt die Risiken dämpft. Hier sticht insbesondere der wenig entwickelte Bildungsstandort hervor, der viel Zusatznutzen und Leben in die Stadt bringen könnte. Die Informatik haben wir an Rotkreuz verloren, aber vielleicht lässt sie sich mit dem Lockvogel Zurlaubenhof zurückholen. Warum knüpfen wir nicht an dessen krieglerische Vergangenheit an und gründen ein Cyber Security Center of Central Switzerland, dessen Hackathlons haufenweise talentierte junge Menschen anziehen, die den russischen Trollen das Fürchten lehren?

Zurück zur Motion: Eigentlich hätte der Stadtrat ja beantragen können, sie im Sinne seiner Erwägungen erheblich zu erklären, abgeschrieben wird sie ja sowieso. Das ging vermutlich rein aus Prinzip nicht, eine Motion der ALG-CSP erheblich zu erklären. Wir sind dem Stadtrat daher dankbar für seine Korrektur und Kehrtwende, da wir uns andernfalls gezwungen gesehen hätten, uns gegen unsere eigene Motion zu stellen. So können wir getrost den Antrag stellen, die Motion erheblich zu erklären – im Sinne der Motionäre. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

David Meyer

Einen Vorstoss mit Monaco und Steuern und dann noch etwas Zug drankleben, das kann man immer bringen. Da kann man als politische Linke nur gewinnen, zumindest Aufmerksamkeit.

Also schauen wir uns das einmal mehr mit Monaco an. Zug hat tiefe Steuern, aber wir sind nicht die einzigen. Und zwischen tief wie hier in Zug und Null wie in Monaco sind dann doch Welten. Das Bild, der Vergleich Monaco-Zug bekommt schon mal die ersten Risse. Wir haben eine diversifizierte Wirtschaft im Zug, das haben wir vorher gesehen, und nicht mal ein Spielcasino. Die Risse des Vergleichs werden grösser und grösser. Wir sind eine Demokratie, Monaco ist ein Fürstentum. Bei uns bestimmt immer noch der Souverän, also die Mehrheit der Bürger, wie hoch der Steuerfuss ist, und

nicht ein Fürst wie in Monaco. Und jetzt ist der Vergleich Zug-Monaco wohl vollends zerbröselt. Aber eben, schon nur weil wir demokratisch und nicht monarchistisch über den Steuerfuss bestimmen, muss diese Motion abgelehnt werden.

Aber was will diese Motion denn wirklich?

Höhere Steuern eintreiben, weil die Stadtkasse klamm wäre? Die Kasse ist so voll wie noch nie, also das kann kaum der Grund sein. Sie will was anderes. Also schauen wir nochmals genau hin. Und hier im Text der Motion finden wir es: «Insbesondere soll dabei evaluiert werden, wie mit dosierten Steuererhöhungen der weitere Zuzug von superreichen Privatpersonen und gewinnstarken Firmen gestoppt werden kann, ohne eine massive Abwanderung von Steuersubstrat auszulösen.»

Also man möchte keine weiteren Zuzüger, also sicher keine Reichen, aber deren Zaster möchte man dann schon.

Na ja, ich habe ein längeres Pamphlet geschrieben, hat auch länger gedauert, zu dieser Doppelbödigkeit. Aber schlussendlich läuft es auf eine einfache Form hinaus: Die linken Armen wollen kein reiches Gesindel zuziehen lassen, weil die Armen Angst haben, ihre Wohnungen zu verlieren. Und die reichen Rechten wollen kein armes linkes Gesindel zuziehen lassen, weil sie Angst haben, dass sie ihr Geld via hohe Steuern verlieren. Also beide Seiten, hüben wie drüben, sind genau gleich. Beide Seiten haben Angst. Die Armen prangern deshalb die Reichen an, was diese nicht sehr mögen, weshalb die Reichen dann die Armen verachten, was die auch nicht gerne mögen. Vielleicht liegt da der Ansatz, an dem wir arbeiten sollten, nicht an Motionen, die jetzt hier noch Öl ins Feuer schmeissen, aber sicher keine Lösungen bringen. Und das ist der zweite Grund, weshalb wir diese Motion abschreiben sollten.

René Gretener

Vielen Dank an Stadtrat und Verwaltung für die ausführliche Antwort.

Zum Inhalt: Der Bericht lehnt sich an die Finanzstrategie an, welche mit externer Hilfe durch die HSLU erarbeitet wurde. Der Rückblick auf den Ursprung der Tiefsteuerstrategie zeigt, dass diese der Haupttreiber für den heutigen Wohlstand in Zug ist. Bei den Steuersätzen für natürliche Personen herrscht national wie international ein reger Wettbewerb; bei den Unternehmenssteuern hingegen wurde der Wettbewerb durch das Kartell der Hochsteuerländer – auch bekannt als OECD – eliminiert. Im Bericht wird deutlich gemacht, dass es umso wichtiger ist, zumindest bei den Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen wettbewerbsfähig zu bleiben.

Zum vermuteten Grund für die Motion: Es wurde jetzt schon viel darüber gesprochen. Linksgrün möchte aufzeigen, dass mit Steuererhöhungen der lokale Immobilienmarkt verbilligt werden kann. Das Ansinnen ist legitim, aber nicht unbedingt zielführend, um die heutigen Probleme zu lösen. Dazu kurz meine Ansicht zu den Treibern der hohen Immobilienpreise – nicht nur in Zug, sondern schweizweit sind dies:

- Verzögerungen grosser Bauprojekte wegen übermässiger gesetzlicher Anforderungen – Stichwort Stadt Zug; leider auch die 2000-Wohnungs-Initiative der SP;
- zu hohe Nettoeinwanderung. Stichwort: Keine 10-Millionen-Schweiz;
- das revidierte Raumplanungsgesetz von 2014 – Stichwort: Kein Bauen mehr auf der grünen Wiese;
- Verdichtung – Stichwort: Einsprachen nach dem Motto «not in my backyard»;
- Ultratiefzinspolitik der Nationalbank – Stichwort: Preissteigerungen wegen Flucht in Immobilienanlagen.

Alle diese Problemfelder können nicht über den Steuerfuss gelöst werden.

Unsere Schlussfolgerungen aus der Antwort des Stadtrates: Es wäre falsch, die Steuern zu erhöhen, in der Hoffnung, dass die Immobilienpreise dadurch fallen. Es besteht zwar ein kausaler Zusammenhang, nicht aber ein zeitlicher. Die Steuern sind seit 30-plus Jahren tief, die Immobilienpreise sind erst seit etwa zehn Jahren stark gestiegen. Es kann hier eine langjährige Vorlaufzeit beobachtet werden. Eine deutliche Erhöhung des Steuerfusses würde wohl innert einiger Jahre grosse Steuerzahler vergraulen, gefolgt von jahrelangen finanziellen Defiziten, und mit möglicherweise grosser Verzögerung eine gewünschte Wertverminderung auf Land und Immobilien.

Die OECD-Mindeststeuer ist nun ein Testfall dafür, was passiert, wenn für einen wichtigen Teil der Zuger Unternehmenssteuern der Wettbewerbsfaktor «Steuern» wegfällt. Die Auswirkungen sehen wir erst in einigen Jahren. Deshalb sollen die Steuersätze für natürliche Personen attraktiv bleiben und mit den Überschüssen sollen Kollateralschäden behoben werden.

Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis und stimmt dafür, die Motion als nicht erheblich zu erklären und von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Alexander Kyburz

Weiter geht es in der gleichen Richtung: Steuererhöhungen allein lösen die angespannte Wohnungssituation nicht. Ebenso trägt ein Abbau von Arbeitsplätzen nicht zur Schaffung neuer Wohnungen bei.

Die Zuger Wirtschaftspolitik bildet die Grundlage für unseren Wohlstand und ermöglicht verschiedene Investitionen in die Zukunft der Stadt: den Zurlaubenhof, preisgünstige Wohnungen auf dem Theilerplatz, das neue Hallenbad, einen Fonds für Alterswohnungen sowie angemessene Steuerausgleichsreserven. Nur dank unserer Wirtschaft können wir uns all diese schönen Sachen leisten.

Eine Steuererhöhung würde die angespannte Wohnungssituation aufgrund der etablierten Standortvorteile nicht verändern. Die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Zug haben wir über Jahrzehnte erfolgreich aufgebaut. Die mehr als 40'000 Arbeitsplätze leisten einen bedeutenden Beitrag zur positiven Entwicklung der Stadt.

Ein stabiler Steuerfuss von maximal 52 % gemäss der Finanzstrategie ist zentral, um die wirtschaftliche Stabilität zu sichern. Angesichts steigender Risiken in der internationalen Handelspolitik ist es wichtig, den Steuerfuss aktiv zu kommunizieren, um Planungssicherheit für unsere Unternehmen zu verkünden. Verlässliche Rahmenbedingungen sind ein zentraler Faktor, der sichere Hafen für unsere Wirtschaft. Sie zu zerstören, würde unserer Stadt massiv schaden. Unsere Zukunft könnte nicht mehr finanziert werden.

Die kantonale Finanzdirektion hat zudem überzeugend aufgezeigt, dass das Budget im Zeitraum von acht Jahren keine kumulierten Verluste aufweisen darf. Es handelt sich um eine Massnahme zur Einhaltung der Schuldenbremse. Kumulierte Überschüsse sind erstrebenswert und ermöglichen unsere Zukunft.

In diesem Sinne: Ja zu unserer Wirtschaft, Ja zu unseren Arbeitsplätzen, Ja zu unserer Steuerpolitik.

Nein zur Motion. Nein zur DDR. Die FDP-Fraktion unterstützt die Nichterheblicherklärung und die Abschreibung der Motion.

Urs Raschle, Stadtrat

Die Debatte geht ja gleich weiter, aber ich äussere mich nicht mehr zu den Punkten, welche da gesagt worden sind. Ich denke, man konnte ja schon abschliessend auch bei der Finanzstrategie darüber diskutieren.

Es ist mir aber wichtig, mich zu entschuldigen. Uns ist tatsächlich ein Fehler unterlaufen mit der Definition von Erheblichkeitserklärung. Der Stadtrat, sie konnten es ja studieren, ist der Meinung, dass diese Motion nicht als erheblich erklärt werden soll. Das ist uns aber schriftlich nicht gelungen. Aber ich habe erfahren, dass der Präsident bereits darauf hingewiesen hat. Und deshalb bleibt der Stadtrat also bei dem Aspekt der Nichterheblichkeitserklärung dieser Motion. So ist es dann politisch auch korrekt.

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass ein Antrag auf Erheblicherklärung der Motion vorliegt.

Abstimmung Nr. 8

- Für den Antrag auf Erheblicherklärung stimmen 10 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag auf Erheblicherklärung stimmen 23 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 8

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat den Antrag auf Erheblicherklärung abgelehnt hat.

Ergebnis

Ratspräsident Ivano De Gobbi stellt fest, dass der Rat die Motion nicht erheblich erklärt. Die Motion wird von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

8.2 Postulat (Motion) der FDP-Fraktion vom 1. Dezember 2023 betreffend «Stadtweites Konzept zu Tempo 30er Zonen»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2958 vom 2. September 2025

Das Geschäft wird auf die nächste Ratssitzung vertagt.

9. Mitteilungen

Rücktritt Manuela Leemann

Manuela Leemann, Ratsvizepräsidentin

Nach sorgfältiger Überlegung habe ich entschieden, das Vizepräsidium sowie mein Amt im Grossen Gemeinderat per sofort abzugeben.

Bei mir wurde Brustkrebs diagnostiziert. Die Operation habe ich inzwischen gut überstanden. Nun stehen in den kommenden Monaten längere Therapien an und ich möchte mich in dieser Zeit ganz auf meine Gesundheit konzentrieren.

Sicherlich wird es Situationen geben, in denen ich mit wehmütigem Herzen zurückschaue und bedaure, nicht mehr mitreden oder mitentscheiden zu können. Bestimmt wird es aber auch Momente geben, in denen ich mit erleichtertem Herzen froh bin, nicht mehr mitten im Ratsbetrieb zu stehen. So oder so gehe ich jetzt vor allem mit einem dankbaren Herzen weiter.

In den letzten sieben Jahren durfte ich hier im Rat wertvolle Erfahrungen sammeln. Ich konnte direkt erleben, wie unser politisches System funktioniert, wie engagiert politisiert wird, und welchen respektvollen Umgang wir hier pflegen – parteiübergreifend und auf Augenhöhe. Ich durfte zahlreiche inhaltliche Inputs geben, sowohl zu Geschäften, die mich emotional stark berührten, wie auch zu vielen anderen Themen. Und ich durfte erleben, wie auch die Rahmenbedingungen auf mich als Tetraplegikerin angepasst wurden, nicht zuletzt mit dieser Hebebühne, die nun auch den Weg für andere nach ganz oben ermöglicht.

Für all das danke ich. Diese Erfahrungen nehme ich mit und blicke zuversichtlich nach vorne.

Ein besonderer Dank gilt auch meinem Mann und meiner Tochter, die mich stets unterstützt und mir gezeigt haben, dass sie stolz auf mich sind. Für unsere vierjährige Tochter ist jedoch klar, dass sie es später anders machen möchte: Wenn Kira erwachsen ist, möchte sie zuerst in den GGR und erst danach in den Kantonsrat – so wie Corina Kremmel und nicht wie Mami...

Danke euch beiden, dass ihr fast alle Sitzungen via Videoübertragung mitverfolgt habt, dass ihr mir mit euren inhaltlichen Diskussionen bei der Vorbereitung der Sitzungen geholfen habt und ihr meine politischen Ämter immer mitgetragen habt. Und danke, dass ich auch in der kommenden Zeit auf euch zählen darf.

Ihnen allen wünsche ich für Ihre Aufgaben im Rat sowie persönlich und gesundheitlich nur das Beste.

Die im Ratssaal Anwesenden applaudieren.

Mariann Hegglin

Liebe Manuela, nach vielen Jahren voller Einsatz, Leidenschaft und Engagement für unsere Fraktion und Partei trittst du leider zurück.

Für die Mitte Stadt Zug warst du Co-Präsidentin, Vorstandsmitglied, Kantonsrätin und seit bald sieben Jahren Gemeinderätin. Du hast uns als Politikerin und als Mensch bereichert. Wir sind unendlich dankbar für alles, was du für die Stadt Zug, für unsere Gesellschaft gemacht hast. Dein Einsatz, deine Weitsicht und deine Herzlichkeit haben Spuren hinterlassen – vor allem deine Herzlichkeit, wirklich.

Wir werden dich sehr vermissen.

Für deine Zeit, die jetzt vor dir liegt, wünschen wir dir von Herzen viel Kraft, Zuversicht, Momente voller Ruhe und gute Gesundheit.

Die im Ratssaal Anwesenden applaudieren.

Und noch ganz schnell einen Blick nach vorne, wie es weitergeht. Die Nachfolge von Manuela Leemann im GGR und im Vizepräsidium werden wir später bekannt geben.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 21. Oktober 2025, 17:00 Uhr

Für das Protokoll
Beat Werder, Stadtschreiber



Qualifizierte elektronische Signatur - Schweizer Recht

Beilagen:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 16. September 2025
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste